



N 20587 F

Fragen der Freiheit

Die Ost-West-Spannung
in gesellschafts-
und wirtschaftspolitischer Sicht

November/Dezember 1979
Doppelheft 141

Es handelt sich um die Hauptursache der überall fortschreitenden langsamen Untergrabung der persönlichen Freiheit, also um einen Umstand, über dessen Natur sich die Verteidiger der Freiheit viel bewußter werden müssen, wenn sie jenem schleichenden Prozeß Einhalt gebieten wollen. . . .

Wir sind bestrebt, den Einzelnen soweit wie möglich gegen allen Zwang zu schützen, um ihm die beste Möglichkeit zu bieten, seine besonderen, in mancher Hinsicht immer einzigartigen Kenntnisse und Fähigkeiten am wirksamsten zu nützen. Der Zweck der Freiheit ist daher, Gelegenheit für etwas seiner Natur nach Unvoraussehbares zu bieten: weil wir nicht wissen, welchen Gebrauch der Einzelne von seiner Freiheit machen wird, ist es wichtig, *daß sie allen gewährt wird*, und sie ist um so wichtiger, je voraussehbarer der Gebrauch ist, den der Einzelne von ihr machen wird.

F. A. Hayek

(in »Die Ursachen der ständigen Gefährdung der Freiheit«)

FRAGEN DER FREIHEIT

- Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft -

Doppelheft 141

November/Dezember 1979

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Joachim Starbatty</i>	
Die Zukunft des real existierenden Sozialismus	3
<i>Ulrich Wagner</i>	
Die Bedeutung der Freiheit für die Fortschrittsfähigkeit einer Volkswirtschaft	25
<i>Ernst Winkler</i>	
Wettbewerb oder zentrale Planung	44
<i>Fritz Penserot</i>	
Freiheit und Ordnung – die zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe – Gedanken zum Jahreswechsel	63
<i>Buchbesprechung</i>	
<i>Ernst Winkler</i>	
Hans Hoffmann: »Die währungs- und wirtschaftspolitischen Einflüsse der Elemente der Geldmenge auf die Stabilität	71
<i>Ankündigung</i>	
Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 4. bis 6. Januar 1980 in der Ev. Akademie Bad Boll Thema: Die Bedeutung der Familie für die Gesamtkultur und die Gesellschaft	76

Die Zukunft des real existierenden Sozialismus*

Joachim Starbatty

1. Real existierender Sozialismus, Marxens Vision und Glaube marxistischer Denker

Unter real existierendem Sozialismus – ein Begriff, den Rudolf Bahro¹ verwendet hat und der seitdem heimisch geworden ist – verstehe ich die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung der Staaten des Warschauer Pakts. Bahro macht deutlich, daß in diesem Begriff, den er offiziellen Dokumenten entnommen hat, das Unbehagen der Funktionäre an der sich verbreiternden Kluft »zwischen der Vision der Klassiker und der Wirklichkeit der neuen Gesellschaft« Ausdruck findet. Er schreibt: »Dieses widerwillig reflektierte Schlagwort ist symptomatisch dafür, wie unseren herrschenden Parteien die marxistische Legitimation ihrer Praxis unter den Fingern zerrinnt.«² Das Legitimationsproblem des real existierenden Sozialismus ist eines der zentralen Stichworte meines Vortrages.

Wenn ich meine Ausführungen mit praktischen Beispielen illustriere, so habe ich mich an die sozialistische Praxis in der Sowjetunion gehalten, da die Sowjetunion seit der Oktoberrevolution mehr als 60 Jahre Zeit hatte, um Sozialismus zu praktizieren, zu überwinden und zum Kommunismus vorzustoßen, der die Endstation der menschlichen Wanderung sein soll. Die Sowjetunion befindet sich sozusagen im Stadium des »Spätsozialismus« (Michael Hereth). Wenn wir die sowjetische Wirtschaft überprüfen, können wir am ehesten feststellen, ob sich die von Marx prophezeite Realisierung des Endzieles der menschlichen Geschichte bewahrheitet hat.

Nun dürfen Sie nicht von mir verlangen, daß ich die Zukunft des real existierenden Sozialismus voraussage. Wenn es noch nicht einmal möglich ist, Konjunkturprognosen über einen Halbjahreszeitraum mit hinreichender Treffsicherheit vorauszusagen, wie kann man dann eine Prognose über ein so komplexes Phänomen wie den real existierenden Sozialismus wagen?! Meine ursprüngliche Themenformulierung, die nicht im Tagungsprogramm ihren Niederschlag gefunden hat, war auch bescheidener; sie hieß: »Gedanken zur Zukunft des real existierenden Sozialismus«. Und meine Überlegungen sind eher diagnostischer als prognostischer Natur. Ich zeichne die ideologischen

*) Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten auf der 60./61. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung (Mitteleuropa im Spannungsfeld von Ost und West am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der DDR) in Herrsching am Ammersee, 22. Juli 1979.

1) Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln-Frankfurt/M. 1977.

2) Rudolf Bahro, a.a.O., S. 20.

Grundlinien des real existierenden Sozialismus und des derzeitigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ist-Zustandes nach, um daraus einige Schlüsse über die zukünftige Entwicklung des real existierenden Sozialismus zu ziehen.

Der ideologische Hintergrund des real existierenden Sozialismus, letztlich die Legitimation dieses Gesellschaftssystems, baut auf zentralen Ideen von Marx und Engels auf. Diese besagen kurz und bündig in der metaphorischen Sprache Marxens, daß die proletarische Revolution dem krisengeschüttelten Kapitalismus den Todesstoß versetzt und daß aus dem Schoß des in Todeswehen liegenden Kapitalismus der Sozialismus hervorgeht – eine Gesellschaftsordnung, in der das private Eigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist, in der die Produktionsmittel vergesellschaftet sind. Der Sozialismus ist ein Übergangsstadium vom Kapitalismus zum Kommunismus. Und in diesem Übergangsstadium werden die Relikte der kapitalistischen Gesellschaft ausgebrannt. Marx gibt zu, daß der Sozialismus eine ziemlich rohe und blutige Angelegenheit ist. Er sagte einmal – reichlich schnoddrig –: »Ohne Köpfen geht das Ding nicht«¹. Im Stadium des Sozialismus stirbt der Staat allmählich ab, der Mensch findet zu sich selbst zurück, die Entfremdung des Menschen wird aufgehoben, die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts erfolgt noch nach dem Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Der Sozialismus ist also primär eine Leistungsgesellschaft. Im Kommunismus hat die Wanderung des Menschen ihr Ende gefunden; hier herrscht das Prinzip, daß jedem nach seinen Bedürfnissen gegeben werden soll, es herrscht also die Überflußgesellschaft.

Festzuhalten ist, daß der Sozialismus aus dem Schoße des Kapitalismus kommt und daß diese Entwicklung nach Marx unausweichlich ist. Ebenso die Abfolge Sozialismus – Kommunismus. Das heißt: Nicht der Sozialismus ist die Endstufe der Menschheit, sondern der Kommunismus. Wenn nun diagnostiziert wird, wie etwa Rudolf Bahro es getan hat, daß der Sozialismus verkrustet ist, daß er versteinert ist, dann ist damit gesagt, daß es auf dem Weg zum Kommunismus nicht mehr weiter geht. Das bedeutet, daß die Marx'sche These der unausbleiblichen Entwicklung vom Sozialismus zum Kommunismus entweder falsch ist oder daß wir eine tiefgehende Verfälschung des Marx'schen Ideengutes diagnostizieren müssen. Ein solcher Befund geht an das Selbstverständnis des real existierenden Sozialismus. Der Befund der Versteinierung, der Verknöcherung, der Selbstherrlichkeit des bürokratischen Apparates, der Entfremdung des Menschen in der Gesellschaft des real existierenden Sozialismus – ein solcher Befund geht an die legitimierenden Wurzeln des real existierenden Sozialismus. Die Reaktion der DDR-Führung gegenüber Bahro

1) Karl Marx in einem Brief an Friedrich Engels vom 8. Dezember 1866. Zitiert in: Arnold Künzli, Karl Marx – eine Psychographie, Wien u. a. 1966, S. 704.

(Vorwurf des Landesverrats und Verurteilung zu sieben Jahren Gefängnis) ist keine hysterische Reaktion, sondern die typische Reaktion eines Systems, das sich ins Mark getroffen fühlt.

Es ist immer wieder überraschend, daß Marxisten, die mit dem real existierenden Sozialismus konfrontiert worden sind, ihren Glauben an Marx und den Sozialismus nicht verloren haben, und daß diejenigen, die den Glauben verloren haben und ausgebürgert oder gegen Zahlung von Lösegeld freigelassen worden sind, so wenig Resonanz im Westen finden. Daß die UdSSR ihre Dissidenten in den Westen abschiebt, ist ja auch ein Zeichen dafür, daß die sowjetische Führung weiß, daß die Breitenwirkung der Dissidenten im Westen eher negativ ist. Das sind – in den Augen der linken Intelligentsia – die «Unbelehrbaren, die nicht in die heutige Zeit passen und den Zustand des Kalten Krieges wieder herstellen wollen».

Wir beobachten also folgendes Phänomen: Trotz aller Greuelthaten, Unzulänglichkeiten, Gemeinheiten, Lächerlichkeiten, für die der real existierende Sozialismus verantwortlich zeichnet, ist der Sozialismus als Idee für viele Intellektuelle immer noch die »lichte Zukunft des Menschen«, wie es in den Parteiprogrammen heißt, »der einzige Hafen, in dem Humanität vor Anker geht«, wie Oskar Wilde einmal die sozialistische Utopie gefeiert hat.¹ Entweder werden die Deformationen des real existierenden Sozialismus nicht zur Kenntnis genommen – hierbei zeichnen sich besonders westliche Intellektuelle aus – oder aber die Deformationen werden als Verfälschung der Ideen der wahren Lehre des Marxismus/Leninismus angesehen. So etwa bei Rudolf Bahro, Wolfgang Biermann oder Robert Havemann. Gefordert wird daher ein »Zurück zu den Quellen des wahren Marxismus/Leninismus«.

Ich werde daher in meinem Referat zunächst den ideologischen Hintergrund des real existierenden Sozialismus ausleuchten, also an »die Quellen des Heils« zurückkehren und dann eine knappe Diagnose des Ist-Zustandes des real existierenden Sozialismus geben. In einem weiteren Hauptteil werde ich die Frage prüfen: Gibt es eine auf Marx und Lenin aufbauende Alternative zum real existierenden Sozialismus? Eine zweite Frage lautet: Ist das System des real existierenden Sozialismus überhaupt reformfähig? Aus der Beantwortung dieser Fragen werde ich dann einige Schlußfolgerungen ziehen; diese Schlußfolgerungen lassen sich auf die Frage zuspitzen: Wem gehört die Zukunft – dem Osten oder dem Westen?

II. Die geistigen Quellen

Nun zu den geistigen Quellen des real existierenden Sozialismus. Diese werden vom wissenschaftlichen Sozialismus gespeist. Der wissenschaftliche

1) Oskar Wilde, *Der Sozialismus und die Seele des Menschen*, Zürich 1970, S. 10.

Sozialismus ist vornehmlich das Werk von Karl Marx und Friedrich Engels, wengleich sich die Bausteine dazu bei unterschiedlichsten sozialistischen Denkern finden. Der wissenschaftliche Sozialismus ist kein Rezeptbuch für die Organisation der zukünftigen Gesellschaft, sondern zunächst einmal bloß eine Analyse des bestehenden kapitalistischen Gesellschaftssystems: Das Hauptwerk von Marx heißt ja nicht »der Sozialismus«, sondern »das Kapital«, das heißt, Marx liefert eine Analyse des »Kapitalismus«, aus der er seine Schlüsse über die Zukunft des Sozialismus und Kommunismus zieht.

Marx und Engels über utopischen und wissenschaftlichen Sozialismus

Für einen Sozialismus, der konzeptionell ausgerichtet war und in dem sich konkrete Gedanken über die zukünftige Entwicklung des Menschen in einem befriedeten Miteinander fanden, für einen solchen Sozialismus, wie er beispielsweise von Saint Simon, Proudhon, Fourier oder Étienne Cabet skizziert wurde, hatten Marx und Engels im »Manifest der Kommunistischen Partei« nur Spott, Hohn und Verachtung übrig. Der »utopische Sozialismus« – so klassifizierten sie die konzeptionellen Entwürfe ihrer sozialistischen Mitstreiter oder Widersacher – sei letztlich eine reaktionäre Angelegenheit¹, da dessen Vertreter und vornehmlich deren Adepten nicht die Revolution wollten, sondern mit Mäzenen oder den herrschenden Parteien die Welt nach ihrem Entwurf zu verbessern suchten, während sie – Marx und Engels – den radikalen Schnitt und Neubeginn wollten. Wenn darüberhinaus der Sozialismus aus dem Schoße des Kapitalismus erwachse, sozusagen vom Kapitalismus gezeugt und geboren werde, was kann man sich da Gedanken über das Aussehen dieses Kindes machen, da seine Anlagen ja schon vorgeformt sind?! Hinzu kommt eine innerpolitische Auseinandersetzung zwischen Proudhon und Karl Marx um die Führung in der international organisierten Arbeiterschaft.² Hier gilt das Gebot: Du sollst keine fremden Götter neben mir haben. – Da empfiehlt es sich, konkurrierende sozialistische Systeme mit dem Etikett »utopisch«, die eigene Konzeption mit dem Etikett »wissenschaftlich« zu versehen, um zu zeigen, dort ist die Finsternis, hier ist die Aufklärung, hier ist das Licht.

An anderer Stelle hat Engels den utopischen Sozialismus etwas differenzierter betrachtet:³ Solange die Produktionsgesetze des Kapitalismus noch nicht voll entfaltet seien, habe der utopische Sozialismus durchaus eine Berechtigung, um der hoffenden und bangenden Seele Kraft zu geben. Wenn aber die

- 1) Manifest der Kommunistischen Partei, abgedruckt in: Marx-Engels, Ausgewählte Werke, Frankfurt/M. 1970, Band I, S. 448.
- 2) Vgl. hierzu: Martin Buber, Der utopische Sozialismus, Köln 1967, S. 13 ff.
- 3) Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Berlin (Ost) 1945, S. 31.

Produktionsweise des Kapitalismus voll entfaltet sei, dann müßten dessen Produktionsgesetze studiert werden, um die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen.¹ Es müsse eine proletarische politisierte Massenbasis aufgebaut werden, die die proletarische Revolution ins Werk setze und dem Kapitalismus den Todesstoß versetze.

Wissenschaftlicher Sozialismus ist Analyse und Aktion zugleich. Das Proletariat, das bisher immer leidendes Objekt war, wird zum handelnden Subjekt, wird als »agens« in die Geschichte eingeführt. In der Analyse der kapitalistischen Entwicklung machen die Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus den gesellschaftlichen Grundwiderspruch am Institut des Privateigentums an den Produktionsmitteln fest. Der Sündenfall der Menschheit sei die Einzäunung gewesen, die Herausbildung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Denn dies habe ermöglicht, daß diejenigen, die im Besitz der Produktionsmittel waren, anderen Menschen Produktionsmittel zur Verfügung stellen, sie für sich arbeiten lassen und damit ausbeuten konnten. Privateigentum an den Produktionsmitteln bedeute, daß dem Arbeiter der Mehrwert vorenthalten werde und stattdessen in die Taschen des Kapitalisten fließe. Zugleich sei dies ein Akt der Entfremdung des Menschen, da er Produkte schaffe, die ihm vorenthalten würden und die sich sogar gegen ihn wendeten, wenn beispielsweise Maschinen produziert würden, die dann – im Produktionsprozeß eingesetzt – Arbeitskräfte freisetzen würden. Dies bedeute die Ersetzung variablen Kapitals (Arbeitskräfte) durch konstantes Kapital (Maschinen), verursache also Arbeitslosigkeit. Die Folgen seien: wachsende industrielle Reservearmee, deswegen Lohndruck, Verelendung. Die ständige Substitution von variablem Kapital, also von Arbeitskräften, durch konstantes Kapital führe dazu, daß nur die leistungsfähigsten Betriebe überleben können, bedeute also eine Konzentration der Produktion in immer weniger Betrieben und damit zugleich eine Konzentration des Vermögens in immer weniger Händen, bis schließlich das leidgeprüfte Proletariat dem allem ein Ende mache und die Ausbeuter enteigne, die Expropriateure expropriere.

Indem der wissenschaftliche Sozialismus die Produktionsgesetze des Kapitalismus erforsche, lerne er, sie zu zähmen. Wenn Marx die Entlohnung des Arbeiters zu den Reproduktionskosten als Ausbeutung klassifiziert, so will er damit keineswegs ein moralisches Urteil über die Verhaltensweise des Kapitalisten sprechen.² Unter den Gesetzen des Kapitalismus sei Ausbeutung zwangsläufig. Wenn ein Kapitalist mit gutem Herzen einen höheren Lohn

1) Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus. . . , a. a. O., S. 38 ff.

2) Vgl. hierzu Egon Sohmen, Randglossen zur Marxschen Wertlehre, in: B. Külpe und W. Stützel (Hrsg.), Beiträge zu einer Theorie der Sozialpolitik, Festschrift für Elisabeth Liefmann-Keil, Berlin 1973, S. 80.

als die Konkurrenten zahle, so werde er vom Markt verdrängt. Der Konkurrenzdruck, die Gesetze des Marktes zwingen den einzelnen Kapitalisten, zu akkumulieren, konstantes Kapital anzusammeln und zu einem möglichst niedrigen Satz, nämlich zu den Reproduktionskosten, zu entlohnen. Somit gilt, daß sich die kapitalistische Entwicklung auch gegen den Unternehmer selbst richten kann. Er steht unter den Gesetzen der kapitalistischen Produktion. Und erst wenn man diese Gesetze erforscht und erkannt habe, könne man sie in den Dienst der Gesellschaft stellen. Genauso wie das Feuer verheerende Kraft habe, wenn man es nicht beherrsche, so seien die gesellschaftlichen Produktionsgesetze verheerend, chaotisch, anarchisch, solange man sie nicht beherrsche. Habe man sie zu beherrschen gelernt, dann seien sie willige Diener, genauso wie sich das Feuer vom Zerstörer zum willigen Diener verwandelt habe.¹

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mache den Sündenfall rückgängig, hebe die Entfremdung und die Herrschaft des Menschen über den Menschen auf und stelle die Produktionsmittel in den Dienst der Gesellschaft. Erst die Vergemeinschaftung der Produktionsmittel mache eine gesamtgesellschaftliche Planung des Wirtschaftsprozesses möglich und überwinde die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion. Die ordnungspolitischen Prinzipien der sozialistischen Gesellschaft sind gesellschaftliches Eigentum und gesamtwirtschaftliche Planung. Wenn Marx und Engels von gesellschaftlichem Eigentum sprechen, meinen sie nicht, daß die Arbeiter im Besitz der Fabriken sein sollten, in denen sie arbeiten, sondern daß die Gesellschaft als solche Eigentümer der Produktionsmittel sein solle; denn erst dann, wenn die Gesellschaft über die Produktionsmittel verfügen kann, läßt sich die Produktion nach einem vorherbestimmten Plan organisieren.² Drittes ordnungspolitisches Element der Zukunftsgesellschaft ist der nicht-entfremdete Mensch, ist der neue Mensch, für den Arbeit Erfüllung seines Selbst ist.

Ansonsten hat Marx es sorgsam vermieden, sich konkret über die Zukunftsgesellschaft zu äußern. Allerdings gibt es zwei Ausnahmen. Einmal hat er sich zu dem heroischen Satz hinreißen lassen, daß die Regelung der allgemeinen Produktion durch die Gesellschaft es dem Menschen möglich mache, »heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.«³ Nebenbei gesagt: Marx hat seine Zukunftsgesellschaft offensichtlich in der Vergangenheit, in der vorindustriellen Ära, angesiedelt. Die zweite Aussage über die kommunisti-

1) Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus. . . , a. a. O., S. 56.

2) Vgl. hierzu Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (»Anti-Dühring«), Berlin-Ost 1948, S. 359 f, 365 f.

3) Die Deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin-Ost 1978, S. 33.

sche Gesellschaft findet sich in der »Kritik des Gothaer Programms« (der deutschen Sozialdemokratie, 1875): »In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!«¹ An diesen Kriterien werde ich später einige Ausformungen des real existierenden Sozialismus messen.

Der Beitrag Lenins

Der konstruktive Beitrag Lenins zum wissenschaftlichen Sozialismus – in »Staat und Revolution« konzipiert und skizziert – ist ein zum Aktionsprogramm geformter Marxismus, wobei Marx' Aussagen in einigen zentralen Punkten modifiziert bzw. verfälscht werden. Zunächst fordert Lenin innerhalb der russischen Sozialdemokratie die Formung der kommunistischen Avantgarde zur konspirativen Kaderpartei. Er kann sich durchsetzen; die Partei spaltet sich in die Bolschewiki (Mehrheitsfraktion) und Menschewiki (Minderheitsfraktion). Damit gibt Lenin zu erkennen, daß er nicht darauf vertraut, daß selbsttätig aus dem Schoße des Kapitalismus die sozialistische Gesellschaft erwachse, sondern daß es dazu kräftiger Geburtshelfer bedürfe, eben der konspirativen Kaderpartei, wobei professionelle Revolutionäre über den parteipolitischen Kurs befinden.

Ferner hat Lenin den marxistischen Heilsrhythmus verlassen. Bei Marx erwächst die proletarische Revolution aus den Widersprüchen des hochentwickelten Kapitalismus, wo die Produktion in ganz wenigen Betrieben konzentriert ist. Erst dann sei die Zeit reif zum Sozialismus. Lenin dagegen organisiert die »proletarische« Revolution in einem Agrarland. Das schmückende Beiwort »proletarisch« ist bewußt in Führungszeichen gesetzt, weil es sich bei der russischen Oktoberrevolution eben nicht um eine wirklich proletarische Revolution handelt, wo das geknechtete Industrieproletariat die geschichtliche Initiative übernimmt und wo die Umstände selbsttätig – wie bei einer Geburt – die Revolution einleiten, sondern um das Werk einiger entschlossener Männer, die das Heft des Handelns an sich gerissen haben. Ohne Lenin und ohne eine kooperative deutsche Reichsregierung, die Lenin freie

1) Abgedruckt in: Marx/Engels, Ausgewählte Werke, a. a. O., Bd. IV, S. 389.

Durchfahrt gewährte, um die russische Front zu entlasten, hätte es keine russische Oktoberrevolution gegeben. Das ist aber nicht das, was Marx gemeint und prophezeit hat!

Damit haben die bolschewistischen Aktivisten die kapitalistische Phase übersprungen, die für Marx die Entfesselung der Produktionskräfte bedeutete. Man lese im »Manifest der Kommunistischen Partei« nach, wie Marx die Leistungen der kapitalistischen Bourgeoisie preist. Das Verhängnis des Kapitalismus sieht Marx darin, daß er die entfesselten Produktivkräfte nicht unter Kontrolle bringen kann. Aufgabe des Sozialismus ist die Zähmung dieser Produktivkräfte, die aber zuvor erst entfesselt werden müssen. Insofern ist also die Lenin'sche Strategie eine Abkehr vom marxistischen Heilsrhythmus.

Nach der Revolution ist bei Marx der »neue Mensch« von Freude zur Arbeit erfüllt, und zwar auch dadurch, daß er jetzt nicht mehr für den Ausbeuter, sondern für sich selbst, für die Gesellschaft arbeitet. Bei Lenin liest sich das ganz anders; bei Lenin sind es die Gewehrläufe, die widerspenstige Arbeiter und Intellektuelle, die sich zu harter Arbeit zu fein dünken, dazu bringen, Arbeitsdisziplin einzuhalten. Der Mensch wird durch Zwang und durch Gewohnheit diszipliniert.¹ Es ist also nicht mehr der Mensch, der von sich aus Freude an der Arbeit hat, sondern es ist der disziplinierte Mensch, der durch Zwang und Disziplin an die Einhaltung seiner Pflichten gewöhnt ist.

Alle Werktätigen sollen in einem einzigen riesigen Trust oder Syndikat arbeiten, wo die Produktion und die Konsumtion einer zentralen gesellschaftlichen Kontrolle unterliegen.² Die Beiträge der einzelnen Arbeitsstätten zum gesellschaftlichen Produkt müßten aufgezeichnet, registriert werden, damit kontrolliert werden könnte, ob die Leistungen den vorgegebenen Normen entsprechen. »Rechnungsführung und Kontrolle« sind die beiden, stets wiederkehrenden Schlüsselworte Lenins, mit Hilfe derer er die gesellschaftliche Planung und Produktion organisieren zu können glaubt. Die zentrale Leitung des Wirtschaftsgeschehens stellt er sich als ein rein administratives Problem vor, das sich hauptsächlich im Ausfüllen von Formularen erschöpfe, zu deren Erledigung die Beherrschung der vier Grundrechenarten völlig ausreiche.³ Vorbild Lenins war das reibungslose Funktionieren der deutschen Reichspost, die selbst unter den schwierigsten Bedingungen des Ersten Weltkriegs Briefe, Telegramme und Pakete pünktlich auslieferte. Damit hat sich Lenin ein Vorbild ausgesucht, das für die Dynamik der modernen Industriewirtschaft ganz und gar untypisch ist. Die Post ist der Prototyp einer stationären Wirtschaft. Sie wird auf Antrag der Kunden tätig und verrichtet tagein, tagaus

1) W. I. Lenin, Staat und Revolution, Berlin 1918, S. 95 f.

2) Ebenda, S. 91, 95.

3) Ebenda, S. 95.

das nämliche Geschäft. Kein Wunder, daß Lenin die Schwierigkeiten, die sich beim Aufbau einer Industriewirtschaft ergeben, übersehen mußte.

III. Diagnose der Entwicklung und der Funktionsfähigkeit des real existierenden Sozialismus

Die sozialistische Hoffnung und die Wirklichkeit nach der Oktoberrevolution

Die Diagnose soll an zwei Dingen festgemacht werden: einmal der »neue Mensch«, zum solidarischen Handeln bereit und in der Arbeit zu seinem Selbst findend, und zum anderen die gesamtwirtschaftliche Planung, die in Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Produktion Chaos und Anarchie ein Ende machen könnte.

Es war die Hoffnung, Erwartung der Sozialisten, daß nach der Proletarischen Revolution der Wohlstand gewaltig zunehmen würde, weil dann die Menschen in der Arbeit ihr Bestes gäben und weil die zentrale Planung die der Gesellschaft zur Verfügung stehenden produktiven Kräfte voll ausschöpfen könne. Denn erst bei allgemeinem Massenwohlstand¹ könne man an die Erfüllung der Verteilungsmaxime denken:¹ »Jedem nach seinen Bedürfnissen«.

Nach der Russischen Oktoberrevolution gab es jedoch zunächst ein riesiges Chaos, resultierend aus den militärischen Auseinandersetzungen, aber noch stärker daraus, daß die revolutionäre Kaderpartei glaubte, in Industrie und Landwirtschaft ähnlich rigoros vorgehen zu können wie in der Politik. Es kam zu einer Massenflucht aus den Städten aufs Land. Es kam zum Naturaltausch. Das ganze Wirtschaftssystem brach zusammen. Und dann gab es den berühmten Schritt zurück, zurück in die kapitalistische Gesellschaft, zu den Gesetzen der Marktwirtschaft: Handel, Industrieproduktion und landwirtschaftliche Produktion wurden weitgehend freigegeben. Hier war natürlich eine ideologische Klippe zu umschiffen; denn es bedeutete ja ein Zurück vom Sozialismus in das überwundene Stadium des Kapitalismus. Lenin hat das so erklärt, daß man, wenn man zu nahe an das Ziel herangekommen sei, oft zurücktreten müsse, um sie dann umso besser überspringen zu können. Und so sei es auch hier. Die neue ökonomische Politik (NEP) sei sozusagen bloß ein scheinbares Zurück.

Ludwig von Mises' fundamentale Kritik: das ungelöste Informationsproblem

Just zu dieser Zeit gab es eine fundamentale Kritik am Sozialismus durch Ludwig v. Mises:² Der Sozialismus wird nicht den erhofften Massenwohlstand schaffen können; denn der Sozialismus ist per se unfähig zu wirtschaft-

1) W. I. Lenin, Staat und Revolution, Berlin 1918, S. 93.

2) Vgl.: Ludwig v. Mises, Gemeinwirtschaft, Jena 1922.

ten. Zum Wirtschaften, zur richtigen Einweisung und Nutzung der Produktionsfaktoren gehören Vorstellungen über deren Kosten; Kosten gibt es nur, wenn wir Preise haben; Preise gibt es nur, wenn wir Märkte haben; Märkte gibt es nur, wenn wir Privateigentum an den Produktionsmitteln haben. Wenn im Sozialismus das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist, beseitigen wir zugleich die Märkte und damit auch Preise und Kosten; es gibt dann keine Wirtschaftsrechnung mehr, es gibt nur noch Chaos. – Dieser Angriff ist von den orthodoxen Marxisten unwidersprochen geblieben. Es war Oskar Lange, ein in Amerika geschulter »Neoklassiker«, also in marktwirtschaftlichen Denkkategorien Ausgebildeter, der die Antwort auf v. Mises gefunden zu haben glaubte. Zunächst einmal hat Oskar Lange Ludwig v. Mises seine Reverenz erwiesen, weil dieser den Finger auf die Wunde des Sozialismus gelegt habe, und vorgeschlagen, daß v. Mises deswegen ein Denkmal in der Eingangshalle des Planungsministeriums gesetzt werden sollte.¹ Der Einwand Oskar Langes lautete: v. Mises verwechsle das Phänomen der Preise als Resultat einer bestimmten Institution – Privateigentum und Märkte – mit dem Knappheitsphänomen, das in Preisen seinen Ausdruck finde; es sei aber möglich, die Knappheitsrelationen – ohne auf das Institut »Privateigentum« angewiesen zu sein – in einem Gleichungssystem einzufangen. Hierauf antwortete v. Hayek,² daß es theoretisch denkbar sei, die formale Struktur des Allokationsproblems, der Verteilung der Produktionsfaktoren auf die einzelnen Verwendungen, in Form von Gleichungen darzustellen, ohne des Instituts »Privateigentum« zu bedürfen, daß dieses Gleichungssystem aber lediglich das Problem beschreibe, das es zu lösen gelte, keineswegs aber eine Lösung des Knappheitsproblems selbst darstelle; denn diese Gleichungen müßten erst einmal aufgestellt werden, das heißt, wir benötigen Informationen darüber, wie knapp Äpfel gemessen an Birnen sind, wie knapp Birnen gemessen an Apfelsinen sind usw. Wenn wir uns vorstellen, daß es Millionen Produkte gibt, die in einem solchen Gleichungssystem einzufangen wären, dann wird uns schnell bewußt, daß die Arbeit des Sisyphus dagegen ein Kinderspiel ist.

In der profitorientierten Produktion für den Markt bereichert sich ja nicht, wie die Marxisten annehmen, der kapitalistische Produzent auf Kosten der Arbeiter, sondern er bringt zunächst einmal die Abstimmung von Produktion und Konsum zustande: Änderungen der Nachfrage schlagen auf die Preisstruktur durch. Eine Erhöhung der Nachfrage des Gutes X und eine Reduktion für das Gut Y lassen den Preis für das Gut X ansteigen und den für das

1) Oskar Lange, On the Economic Theory of Socialism, in: Oskar Lange, Fred M. Taylor, On the Economic Theory of Socialism, New York u. a. 1964, S. 57 f.

2) Aus neuester Zeit siehe dazu: F. A. v. Hayek, Sozialismus und Wissenschaft, in: Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen 1977 (Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, 63).

Gut Y sinken. Der Unternehmer merkt, daß er seinen Gewinn erhöhen kann, wenn er Produktionsfaktoren aus der Herstellung des Gutes Y abzieht und in die Herstellung des Gutes X einschleust. Wir haben also ein Durchschlagen der Änderung der Nachfragesstruktur auf die Preisstruktur und von der Preisstruktur auf die Produktionsstruktur. Das heißt, der Markt löst für uns selbsttätig das Informationsproblem. Dies war die zentrale Entdeckung von Adam Smith. Karl Marx dagegen war bloß auf die Ausbeutung des Arbeiters fixiert und übersah dabei die Leistungen des Marktes. Schon John Stuart Mill hat die Blindheit der Sozialisten gegenüber dem Wirkungsmechanismus des Marktes bedauert.

Zentral vorgegebene Kennziffern sind kein Ersatz

Dieses Informationsproblem (was soll produziert werden? wo soll produziert werden? und mit welchem Produktionsverfahren soll es produziert werden?) ist nach wie vor im real existierenden Sozialismus ungelöst. Jede Wirtschaftsreform hat an diesem Problem herumgedoktert. Wenn man eine Bilanz zieht, so muß man sagen: ohne Erfolg.¹ Bei der sowjetrussischen Reform von 1965 ist man beispielsweise von der »Brutto-Produktion« als Hauptkennziffer des Betriebserfolgs zum »Absatzvolumen« übergegangen. Die Brutto-Produktion ist eine Kennziffer für eine stationäre Wirtschaft, in der Bedarf nach allen Gütern existiert, in der alles, was zusätzlich produziert wird, abgesetzt werden kann. Dann kann man einen solchen linearen Maßstab hilfsweise anwenden. Es gab da einige Verfälschungen dieses Maßstabes, die wir unter dem Begriff Tonnen-Ideologie kennen (wenn die Prämie erhöht werden kann, indem beispielsweise unter Schuhe eine zweite Sohle genagelt wird, weil der Ausstoß in Gewicht gemessen wird). Alle diese Verzerrungen und Auswüchse sollten durch die neue Kennziffer »Absatzvolumen« abgeschafft werden. An dieser neuen Kennziffer können wir bereits erkennen, daß sich in der Sowjetunion die wirtschaftliche Umwelt geändert hat. Es kam jetzt darauf an, Produkte nicht nur herzustellen, sondern sie auch abzusetzen. Aber wenn die Preise für die einzelnen Produkte falsch sind, so nützen auch die Hauptkennziffern »Absatzvolumen« und »Betriebsgewinn« kaum, um die Produkte herzustellen, die der gesellschaftlichen Bedürfnisstruktur entsprechen; denn die Hauptkennziffer »Absatzvolumen« ist nur dann sinnvoll, wenn die Preise der abzusetzenden Produkte auch den Knappheitsrelationen entsprechen. Wenn das nicht der Fall ist, kommt es zu einer Verzerrung der Produktionsstruktur. Daher wären nicht bloß sporadische, sondern ständige Industriepreisreformen erforderlich. Wenn beispielsweise sozialistische Staaten es als einen Erfolg ansehen, daß sie die Einzelpreise langfristig stabil halten, so kommt

1) Vgl. hierzu: Gernot Gutmann, Funktionsprobleme der sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft, in: »ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft«, Bd. 38, 1977, S. 78 ff.

hier eher eine Starrheit des Plansystems zum Ausdruck als eine wirkliche Leistung. Ganz abgesehen davon, daß sich die Stabilität der Preise durch verschiedene Manipulationen vorgaukeln läßt – zumindest für die Statistik.

Der »neue Mensch« läßt auf sich warten

Ein weiteres Problem des real existierenden Sozialismus ist, daß der Mensch sich nicht so verhält, wie Marx es erträumt hat oder wie Lenin es nach einer Disziplinierungsphase erwartete. Konsequenz war, daß schon recht frühzeitig die materielle Interessiertheit der Arbeitnehmer in den Dienst der Produktionserfüllung gestellt wurde. Der Arbeitnehmer arrangierte sich mit dem System der zentralen Lenkung und versuchte, seinen Lohn auf Kosten der Allgemeinheit zu erhöhen, indem er beispielsweise Auskünfte über die betriebliche Leistungsfähigkeit verfälschte, nach unten reduzierte, um so leichter in den Genuß von Prämien für überplanmäßige Produktion zu kommen. Wir haben also eine Diskrepanz zwischen dem betrieblichen Interesse und dem gesamtwirtschaftlichen Interesse, eine Diskrepanz zwischen Makro- und Mikro-Interesse. Der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler Liberman schlug als Abhilfe folgenden Mechanismus vor: »Es muß unausgesetzt ein Mechanismus wirken, der in der Praxis bestätigt, daß die Erfolge jedes Kollektivs und jedes Werktätigen im Interesse der Gesellschaft in gerechter Weise moralisch und materiell belohnt werden und daß alle auf diesem Wege möglichen Fehler, Ungenauigkeiten und Abweichungen unter Beteiligung der Produzenten selbst korrigiert werden«. Es heißt weiter: »In allen Gliedern. . . müssen die Menschen für die strenge Beachtung der gegenseitigen Verpflichtungen, für die rechtzeitige Produktion und Auslieferung der Erzeugnisse prämiert werden und die materielle Verantwortung für die Verletzung dieser Verpflichtungen tragen«. ¹ – Nicht Vertrauen auf den »neuen Menschen« kommt hier zum Ausdruck, sondern Vertrauen auf ein institutionelles Arrangement, das es in das Interesse eines jeden legt, gesamtwirtschaftliche Ziele wie optimale Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung zu realisieren. Dies ist nichts anderes als die ordnungspolitische Idee des Marktes, die versucht über Verlust und Gewinn den Unternehmer zu zwingen, das zu produzieren, was die Gesellschaft braucht.

Aber dieses Postulat von Liberman bedeutet nicht, daß jetzt eine Dezentralisierung des Systems gewollt ist, daß den einzelnen Wirtschaftssubjekten mehr Freiheit gegeben werden soll, sondern dieser Satz zeigt, daß man die ordnungspolitische Idee des Marktes (Bestrafung von Ungenauigkeiten, Unregelmäßigkeiten, Prämierung guten Verhaltens) im Dienste der gesamtwirtschaftlichen Steuerung einzuspannen versucht. – Auch dieser Versuch ist

1) Evsey G. Liberman, *Ökonomische Methode zur Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion*, Berlin-Ost, 1973, S. 141 und 142.

weitgehend gescheitert, weil die Wirtschaftssubjekte es verstanden haben, solche Mechanismen zu unterlaufen.¹ Die Plankennziffern werden manipuliert seitens der Betriebe bzw. die Angaben über die Produktion werden verfälscht. Wenn beispielsweise eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Eier abliefern soll und das Soll nicht erfüllt, dann heißt es nicht: »Wir haben das Soll um 10% unterschritten«, sondern: »Das Soll zu 105% realisiert, 15% der Eier sind jedoch zu Bruch gegangen«. Ein Schweizer Journalist sagte einmal über die Arbeitsmoral des Sowjetbürgers: Gegen den Arbeitsfleiß des Sowjetbürgers nimmt sich das Dolce far niente des Neapolitaners aus wie schweizerische Arbeitswut.²

Die Vier-Klassengesellschaft

Es müßte für die politische Führung des real existierenden Sozialismus peinlich sein, daß diejenigen, die für die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts zuständig sind, sich stärker segnen und daß gerade an den einfachen Arbeiter zuletzt gedacht wird.³ Ferner hat sich die Einkommensverteilung nach der Oktoberrevolution noch differenziert. Die Sowjetunion war von der Devise: »Jedem nach seinen Bedürfnissen« noch nie so weit entfernt wie heutzutage – abgesehen von einer kleinen Schicht privilegierter Sowjetbürger. In allen staatlichen Ausformungen des real existierenden Sozialismus beobachten wir eine ausgeprägte Klassengesellschaft – keine Zwei-Klassengesellschaft, sondern eine Vier-Klassengesellschaft, um es grob zu sagen. Die erste Klasse nimmt sich in freier Wahl von dem, was produziert wird. Die zweite Klasse kann in Exquisit- und anderen bevorzugten Geschäften einkaufen. Die dritte Klasse hat Beziehungen zum Verkaufspersonal oder zur Bürokratie und kommt in den Genuß von Seltenheitsgütern oder von Ferienreisen. Die vierte Klasse muß Schlange stehen und mit dem vorlieb nehmen, was die bevorzugten Klassen übriggelassen haben.

Wenn wir die übrigen Kriterien Marxens für den Weg des Sozialismus nehmen (Freude an der Arbeit – Verschwinden des Unterschiedes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit – Verschwinden des Unterschiedes zwischen Stadt und Land), so kann der Befund nur lauten: Es liegt nicht bloß eine Stagnation in der sozialistischen Entwicklung auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaft vor, sondern der real existierende Sozialismus ist eine Karikatur dessen, was Marx und Engels vorschwebte. Der real existierende Sozialismus ist vom kommunistischen Endstadium weiter entfernt als jemals zuvor in der Geschichte des real existierenden Sozialismus.

1) Vgl. hierzu die instruktiven Berichte von Jerome Kaiser (Alle Kinder Lenins, Reinbek bei Hamburg 1976) und Hedrick Smith (Die Russen, Bern und München 1976).

2) Roger Bernheim, Die sozialistischen Errungenschaften der Sowjetunion, Zürich 1972, S.82.

3) Vgl. hierzu die Berichte von Jerome Kaiser und Hedrick Smith, a. a. O., passim.

Die Frage ist nun: Gibt es eine bessere Alternative, wenn wir uns wieder Marx zuwenden? Und: Gibt es Reformmöglichkeiten innerhalb des real existierenden Sozialismus, um den Bedürfnissen der Werktätigen gerecht werden zu können?

IV. Gibt es die bessere sozialistische Alternative?

Das Allokations- und Informationsproblem bei Marx und Engels

Zunächst zur marxistischen Alternative, also zur Frage, ob ein Zurück zu den Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus eine Gesellschaftsordnung ermöglichen könnte, die einen Sozialismus mit menschlichem Angesicht (wie es im »Prager Frühling« hieß) darstellt. Wenn wir Marx' und Engels' konzeptionelle Überlegungen überprüfen, so können wir nicht feststellen, wie sie sich die Lösung des Allokations-, des Knappheits-, des Informationsproblems vorstellen, also was, wo und wie produziert werden soll. Die Marx'sche Arbeitswert-Theorie (Ein Produkt ist das wert, was der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit entspricht, unter der Voraussetzung, daß es gesellschaftlich nützlich ist) ist eine Leerformel. Denn wir wissen ja gerade nicht, was gesellschaftlich nützlich ist, und wir wissen auch nicht, was die durchschnittlich gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist. Es ist jedoch nicht ganz korrekt zu sagen, wie Hayek das tut, daß Marx und Engels das Knappheitsproblem überhaupt nicht verstanden hätten.¹ Marx hat es sogar ausdrücklich angesprochen. Im ersten Band des »Kapital« führte er die berühmte Romanfigur und Modellfigur der Nationalökonomie, den Robinson Crusoe, ein und erläutert, wie der Robinson Crusoe auf seiner Insel seine Arbeitsfähigkeiten entsprechend seinen Bedürfnissen einsetzt.² Er legt sich ein Arbeitsbuch zu, wie jeder fleißige Engländer es tut oder früher getan hat, und schreibt dann die Arbeitszeiten auf, die er für die einzelnen Tätigkeiten aufwenden muß, und überprüft dann, ob er seine Arbeitsfähigkeiten entsprechend seinen Bedürfnissen eingesetzt hat. Wenn er nun feststellt, daß er zu häufig auf die Jagd geht, weil ihm das Spaß macht, und zu wenig Hirse anbaut, die er zum Überleben braucht, dann wird er seine Arbeitszeit entsprechend umorientieren müssen. Also hier ist das Informations- und Allokationsproblem angesprochen, auch gelöst, denn Robinson kennt seine Bedürfnisse und seine Arbeitsfähigkeiten. Marx folgert daraus: Genau so handelt eine sozialistische Gesellschaft. Sie teilt die Arbeitsfähigkeiten entsprechend den Bedürfnissen auf; das Gesamtprodukt ist nun ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil davon dient wieder als Produktionsmittel und bleibt gesellschaftlich. Der übrige Teil wird unter die

1) F. A. v. Hayek, a. a. O., S. 48.

2) Karl Marx, Das Kapital, Kritik der Ökonomie, Bd. 1, abgedruckt in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1977, S. 90 ff.

Gesellschaftsmitglieder verteilt. Der einzelne erhält nun entsprechend seinen Arbeitsleistungen, die im Arbeitsbuche festgehalten sind, seinen Anteil.

Marx übersieht, daß sich das Informationsproblem ganz anders stellt, wenn er statt des Robinson eine Gesellschaft einführt; denn hier sind zunächst die Fragen zu beantworten, über welche Arbeitsmöglichkeiten und Produktionsmittel die Gesellschaft verfügt und welche Güter die Gesellschaft tatsächlich braucht.

Engels hat das Informations- und Allokationsproblem sogar noch deutlicher angesprochen: »Sie (die sozialistische Gesellschaft, J. St.) wird den Plan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen.«¹ Die Forderung nach Gewichtung der Nutzen der Güter untereinander ist nichts anderes als eine mehr technische Formulierung des sogenannten zweiten Gossenschen Gesetzes, des Genußausgleichsgesetzes, nach dem die Produktionsfaktoren dann optimal auf die einzelnen Verwendungen verteilt sind, wenn der gesellschaftliche Nutzen durch eine andere Verteilung nicht mehr gesteigert werden kann.

Engels hat also das Allokationsproblem formuliert, aber er hat es nicht gelöst. Dies ist – wie wir wissen – keineswegs verwunderlich. Wir finden im wissenschaftlichen Sozialismus ex definitione keine konzeptionellen Überlegungen, wie Probleme in der sozialistischen Gesellschaft gelöst werden; denn die Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus ist ja die Analyse der bestehenden Gesellschaftsordnung, des Kapitalismus, um in Kenntnis dieser Gesetze dann die proletarische Revolution ins Werk setzen zu können. Konzeptionelle Überlegungen sind dem wissenschaftlichen Sozialismus wesensfremd. Marx und Engels erwarten eine gleichsam selbsttätige Entwicklung auf einen kommunistischen Endzustand hin.

*Der wissenschaftliche Sozialismus als »depossedierter Messianismus«
(Martin Buber)²*

Wenn sich Marx und Engels doch einmal zu Äußerungen über die Zukunftsgesellschaft hinreißen ließen, so wird eine starke utopische Komponente sichtbar: Nachdem der Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit geglückt sei, werde der Mensch wieder eins mit sich selbst, der Staat sterbe ab, es herrsche Überfluß, kurz: die Menschen lebten im Schlafraffenland. Martin Buber schreibt über die utopische Komponente des wissenschaftlichen Sozialismus: »Der Punkt, an dem bei Marx die utopisierte

1) Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung. . . , a. a. O., S. 386.

2) Martin Buber, a. a. O., S. 22.

Apokalyptik aufbricht und alle ökonomisch-wissenschaftliche Topik in reine Utopik umschlägt, ist die Wandlung aller Dinge nach der Revolution. . . Die Utopie der sogenannten Utopisten ist vorrevolutionär, die marxistische Utopie ist nachrevolutionär«. ¹

Wir können Marxens Gesellschaftstheorie, ohne dem Text Gewalt anzutun, theologisch deuten: Das Proletariat als das auserwählte Volk und der Prophet, der vom gelobten Land kündigt und es dorthin führt. Daher wird der wissenschaftliche Sozialismus Marxens von maßgeblichen Sozialphilosophen und Marx-Kennern (Martin Buber, Ernst Bloch, Nikolai Berdjajew, Ernst Topitsch, Arnold Künzli) als »depossedierter Messianismus« charakterisiert. Auch anhand der einzelnen Elemente der Marxschen Gesellschafts- und Entwicklungstheorie läßt dies nachweisen: ² In der mythischen Urgesellschaft, wo Mensch und Werk eins sind, lebt der Mensch in Harmonie mit sich selbst; der Sündenfall beginnt mit der Einzäunung, dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, woraus sich Entfremdung, Ausbeutung, alle Übel dieser Welt ergeben. Der Mensch hält den Zustand der Entfremdung für die letzte Wirklichkeit; der wissenschaftliche Sozialismus erkennt die Bewegungsgesetze des Kapitalismus und kann dem geknechteten Proletariat den Weg des Heils weisen: der wissenschaftliche Sozialismus als spezifisches »Heilswissen« (Gnosis); die proletarische Revolution als Akt der Erlösung des Menschen und das Stadium des Sozialismus als Übergangsstadium, als Katharsis, Fegefeuer, in dem die schädlichen Relikte der kapitalistischen Gesellschaft ausgebrannt werden; die kommunistische Gesellschaft als Ende menschlicher Wanderung, als Eins-Werdung des Menschen mit sich selbst; die Wiedervergöttlichung der Seele.

Die Weltdeutung des wissenschaftlichen Sozialismus läßt sich in theologische Begriffe fassen. Das Entscheidende des wissenschaftlichen Sozialismus ist die innerweltliche Erlösung: Der Mensch wird nicht im Jenseits, sondern im Diesseits erlöst, und er hat es selbst in der Hand, sich zu befreien. Insofern können wir den wissenschaftlichen Sozialismus als das profane Äquivalent des prophetischen Messianismus ansehen. Die Bekämpfung der Religion durch den Marxismus ist also nicht zufällig, sondern Befolgung des Grundsatzes: »Du sollst keine fremden Götter neben mir haben«. Das Pilgern zu bestimmen Mausoleen, wo die Känder der neuen Welt begraben liegen, ist ja nichts anderes als eine bestimmte Form des Religionskultes. So spricht selbst Rudolf Bahro von der politisch-ideologischen Organisation des real existierenden Sozialismus als »quasi-theokratischem Staat«. ³

1) Ebenda, S. 25.

2) Vgl. hierzu: Ernst Topitsch, Marxismus und Gnosis, in: ders., Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft, Neuwied 1961, S. 235 ff.

3) Rudolf Bahro, a. a. O., S. 25.

Utopischer Totalitarismus

Überprüft man nun Utopien, die die ideale Gesellschaftsordnung auf irgendeiner fernen Insel oder nach einer Revolution gänzlich neu gestalten wollen – und der wissenschaftliche Sozialismus ist, was die Zukunftsgestaltung anbetrifft, als Utopie zu klassifizieren – und die den Markt durch gesamtwirtschaftliche Planung und Zuteilung und das eigennützige Verhalten des Menschen durch die Einhaltung brüderlicher Solidarität ersetzen wollen, die den Menschen dazu bringen wollen, nicht mehr für sich selbst und die eigene Familie, sondern für die Gemeinschaft als solche zu arbeiten, wenn wir uns die Funktionsbedingungen einer solchen Gesellschaft vorstellen, dann ergibt sich mit Notwendigkeit, daß Behörden, wohlmeinende Behörden, eingerichtet werden müssen, die dem Einzelnen sagen, was, wo und wie er produzieren soll, und die ihn kontrollieren müssen, daß er das tut, was ihm gesagt wird.¹ Ein System, das vornehmlich auf Solidarität aufbaut, muß darauf achten, daß Solidarität geübt wird. Ansonsten bricht das System auseinander. Das heißt, ein System, das nur auf Solidarität aufbaut, nur auf Liebe aufbaut, ist ein System, in dem der Einzelne an die Hand genommen werden muß, damit er auch entsprechend den Geboten der Gesellschaft handelt. Eine Gesellschaftsordnung, die den Menschen von der Abhängigkeit anderer befreien will, endet mit der Entmündigung des Menschen und mit der Erstickung individueller Spontaneität. Künstlerische Spontaneität muß dann immer in »utopischen (sozialistischen) Realismus« einmünden. Dies gilt, soweit ich es überprüft habe, für alle utopischen Entwürfe, gilt auch für den marxistischen Zukunftsentwurf. Wenn wir also zu den Quellen, zu Marx und Engels zurückkehren, werden wir keine Gesellschaft aufbauen können, die den Vorstellungen von Biermann, Bahro und Havemann entspricht. Man könnte sogar sagen, daß der real existierende Sozialismus ein Hort der Freiheit gegenüber dem wäre, was aus Utopien werden könnte, würde man sie reißbrettkonform realisieren. Die Intentionen, die die utopischen Denker im allgemeinen haben, diese Intentionen mögen wir teilen können. Der Apparat, der jedoch zur Realisierung dieser Intentionen aufgebaut werden muß, ist zwangsläufig totalitär, und er unterliegt der Gefahr selbstherrlicher, obertanenhafter, bürokratischer Machtentfaltung.

V. Chancen für eine grundlegende Reform des real existierenden Sozialismus?

Kurieren am Sympton

Nun zur Frage, ob der real existierende Sozialismus durch Reformen den Bedürfnissen der Gesellschaft angepaßt werden kann. Ich will es kurz

1) Vgl. als exemplarische Analyse: Joachim Starbatty, Die »Utopia« des Thomas Morus – ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen, in: »ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft«, Bd. 27, 1976, S. 14 ff.

machen: Dies ist ein Punkt, den Ulrich Wagner schon angeschnitten hat¹. Alle Reformen, die im Bereich der zentralen Lenkung und der Fiktion des solidarisch handelnden Menschen bleiben, sind ein Kurieren am Symptom. Alle Reformmaßnahmen, die im ideologisch gesetzten Rahmen – »gesamtgesellschaftliche Planung« und »solidarischer Mensch« – bleiben, alle diese Reformen werden das Krebsübel des real existierenden Sozialismus nicht heraus-schneiden können. Diese These will ich an einem praktischen Beispiel aus neuerer Zeit erläutern.

In Polen ist im Februar 1979 ein Gesetz zur Qualitätsverbesserung verabschiedet worden.² Ursache dieses Gesetzes war, daß die Einhaltung der Termine und die Qualität der einzelnen Produkte der sozialistischen Betriebe doch sehr zu wünschen übrig ließen. Dieses Gesetz wollte die Hersteller für die unzureichende Qualität ihrer Produkte haftbar machen. Das heißt, die einzelnen Betriebe sollten dafür gerade stehen, wenn sie etwas produziert hatten, das den allgemeinen Qualitätsanforderungen nicht entsprach. In einem Leitartikel einer polnischen Zeitung, die sich seit längerem als Anwalt der Konsumenten versteht, ist jüngst bemängelt worden, daß sich die Betriebe um dieses Gesetz überhaupt nicht kümmerten; der Leitartikel forderte daher genauere Ausführungsbestimmungen, damit die Betroffenen einklagbare Tatbestände vorfänden. Aber dieser Leitartikler wird sich nicht zu wundern brauchen, wenn auch die genaueren Ausführungsbestimmungen die sozialistischen Betriebe nicht zu Qualitätsverbesserungen ermuntern. Denn wer haftet denn im sozialistischen Betrieb? Im sozialistischen Betrieb arbeitet der Produzent nicht auf eigene Rechnung, sondern im gesellschaftlichen Auftrag. Der Produzent ist nur ausführendes Organ der zentralen Planung, des Staates. Das heißt, der Staat ist der eigentliche Eigentümer des Betriebes und wäre daher haftbar zu machen. Diejenigen, die aufgrund des Qualitätsgesetzes klagen, klagen gegen die Gesellschaft, genauer: gegen die staatliche Bürokratie. Diese hat das Gesetz und die Ausführungsbestimmungen entworfen, ist über die zentrale Planung für Produktionsstruktur und -qualität verantwortlich und muß drittens über die Berechtigung der eingegangenen Klagen bestimmen. Sicherlich – es sind immer verschiedene Behörden, die mit den jeweiligen Vorgängen befaßt sind; das ändert aber nichts daran, daß sie alle den Staat vertreten. Weltfremd wäre zu erwarten, daß sich die Kollegen sozusagen selbst »in die Pfanne hauen«, daß der Staat sich selbst wegen mangelnder Qualitätsüberwachung zu Konventionalstrafen verurteilen würde. Das übliche Verfahren wird sein, daß solche Klagen abgewiesen, verschleppt, nicht

1) Ulrich Wagner, Die Bedeutung der Freiheit für die Fortschrittlichkeit einer Volkswirtschaft, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, abgedruckt in diesem Heft.

2) Vgl. hierzu: Ein »Qualitätsgesetz« – und dann kam nichts (ba.), »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, Nr. 162 vom 16. Juli 1979.

bearbeitet werden. Eine Besserung der Qualität wird sich jener Leitartikler nur erhoffen können, wenn die jeweiligen Produzenten für ihre Produktion verantwortlich wären und wenn die Konsumenten bei mangelnder Qualität zu anderen, besseren Produzenten abwandern könnten.

Eine Reform des real existierenden Sozialismus, die diesen Namen wirklich verdient, wäre nur möglich, wenn die betrieblichen Entscheidungen tatsächlich dezentralisiert würden, wenn die einzelnen Betriebe also haften müßten, weil sie über eigene Entscheidungsbefugnisse verfügen. Aber diese Entwicklung stößt sich einmal an der politischen Realität, weil die herrschende politische Klasse Macht verlieren würde, und zum anderen hätten wir einen Konflikt mit einem zentralen Satz der Marx'schen Ideologie zu konstatieren: Im Sozialismus sei die Anarchie der kapitalistischen Produktion überwunden, da sich nur mittels des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln eine gesellschaftliche Planung und Steuerung realisieren lasse, die den Bedürfnissen der Gesellschaft entspreche und die Entfremdung des Menschen überwinde.

Bröckelnde Legitimation und Aggressionspotential

Wenn man jetzt die zentrale Planung wieder rückgängig macht, die Unternehmen gegeneinander konkurrieren läßt, so ist dies ein Zurück in ein überwunden geglaubtes kapitalistisches Zeitalter, ist ein Bruch mit der bestehenden Ideologie, die das System legitimiert. Das System ist nicht durch demokratische Wahlen legitimiert, sondern durch die Ideologie, durch den Auftrag, nach der russischen Oktoberrevolution vom Sozialismus zum Kommunismus zu gelangen und die Proletarische Weltrevolution einzuleiten. Insofern kann man nicht erwarten, daß es Reformmaßnahmen gibt, die tatsächlich die Effizienz im Sinne der Konsumenten erhöhen, denn solche Reformmaßnahmen würden eine Abkehr von der herrschenden Ideologie bedeuten. Damit würde die eigentliche Legitimation des real existierenden Sozialismus untergraben. Andererseits wird sie aber auch durch die offensichtliche Unfähigkeit des herrschenden Systems unterminiert, die eigenen Bürger – ohne Notkäufe und Anleihen im Westen vor- und aufzunehmen – mit dem Nötigsten zu versorgen.

Ziehen wir eine Schlußfolgerung aus unserer Analyse der Entwicklungschancen des real existierenden Sozialismus: Wir haben ein marodes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem vor uns, das aus sich selbst heraus nicht lebensfähig ist, das durch Innovationsimporte seine Existenz von Mal zu Mal weiter fristet. Die Legitimationsgrundlage ist eine aggressive Ideologie, die die herrschende politische Klasse des real existierenden Sozialismus zwingt, die Richtigkeit der Prophezeiung des wissenschaftlichen Sozialismus zumindest durch eine Vergrößerung des sozialistischen Lagers zu dokumentieren. Wir haben aber zugleich eine bröckelnde Legitimation innerhalb der Staaten des real existierenden Sozialismus selbst, erkennbar u. a. daran, daß hochgemute

Marxisten aus dem Westen im Osten ausgelacht werden, weil dort niemand mehr an die Gebete von Marx und Engels glaubt. Die Ideologie muß jedoch aufrecht erhalten werden, um das System zu legitimieren. Aber jeder weiß, daß diese Ideologie Fassade ist.

Das »sozialistische Lager« ist hochgerüstet, militärisch stark, konfrontiert mit einem »kapitalistischen« Westen, der wirtschaftlich stark ist und die Innovationen liefert, die das »sozialistische« System fortleben lassen, der aber politisch, moralisch und militärisch schwach ist. Hieraus kann die Gefahr erwachsen, daß irgendeine Expansion seitens des sozialistischen Lagers Platz ergreift, um zu dokumentieren, daß es keinen Halt auf dem Weg zur sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft gibt. Das heißt, gerade die wirtschaftliche Schwäche des real existierenden Sozialismus und die ökonomische Stärke des Westens einerseits und die militärische Stärke des Ostens und Schwäche des Westens andererseits können nicht nur zu Bedrohungen, sondern zu militärischen Aktionen führen, die nicht direkt vor unserer Haustüre stattzufinden brauchen, sondern im Umfeld, in Afrika, Asien, in Amerika, die die Bewegungsfreiheit des Westens einschränken und ihn gegenüber den Forderungen der Staaten des real existierenden Sozialismus gefügig machen können.

VI. Überleben des Westens durch Beschwichtigungspolitik?

Vor dem Hintergrund des Aggressionspotentials muß die Bemerkung des maßgeblichen Strategen innerhalb des Regierungslagers gesehen werden, daß die sowjetische Rüstung defensiv sei. Jeder Kundige weiß, daß jede Waffe, ob Knüppel oder Rakete, defensiv oder aggressiv eingesetzt werden kann und daß die sozialistische Ideologie per se aggressiv ist, auch wenn diese – entsprechend den Regeln der Orwellschen Semantik – als Frieden bringend ausgelobt wird. Wenn daher ein politischer Stratege die sozialistische Militärmacht defensiv nennt, so will er damit signalisieren: Wir verzichten bewußt auf ein militärisches Gleichgewicht und erhoffen dadurch ein friedliches Nebeneinander. Also: Verzicht auf militärische Stärke, um den sozialistischen – sprich: russischen – Bären nicht zu reizen.

Die Gefahr, daß man sich so in die politische Abhängigkeit des Mächtigen begibt, liegt jedoch auf der Hand. Diese Form der Symbiose zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland hat François Revel einmal auf folgende Formel gebracht: Zwischen beiden Staaten besteht eine Art Arbeitsteilung – Deutschland liefert die Technologie und die Sowjetunion liefert die Außenpolitik.¹

Zur Illustration der Gefahr des Anlehns eines Schwachen an einen Star-ken möchte ich Ihnen einen längeren Passus aus Pestalozzi vorlesen, der

1) Leider kann ich die Quelle nur ungefähr angeben: Interview mit François Revel im »Bayern-Kurier«, 1977 oder 1978.

einem Heft der »Fragen der Freiheit« als Motto vorangestellt wurde und der mich sehr bewegt hat. Der Passus lautet: »In der Zyklopenzeit dachte ein Schwächling, ich will mich seinem Schutz anbefehlen, er tut mir dann nichts. 'Das ist wohlgetan,' sagte der Zyklop, 'nimm nur jetzt diesen Faden in die Hand, und ich will dich daran leiten, wo du links oder rechts gehen mußt'. Dieses Mitgehen mit dem einäugigen Großen erschreckte den Schwächling. Er zitterte am ganzen Leibe, doch er nahm den Faden in die Hand. Aber schon morgens sagte der Zyklop: 'Dieser Faden könnte brechen', und bot ihm dafür eine Schnur in die Hand. Wenige Tage darauf sagte ihm der Riese: 'Der Faden und die Schnur waren nur für die Probezeit, für die Zukunft muß du dieses Schutzseil in die Hand nehmen und mir schwören, dasselbe weder bei Tag noch bei Nacht aus den Händen fallen zu lassen'. Totenblaß schwor jetzt dieser Mensch, was nicht möglich war zu halten. Das Seil fiel ihm bald aus den Händen, und er eilte nicht, es von dem Boden aufzuheben. Darüber erzürnte der Wüterich und sagte: 'Das ist Untreue und Meineid, dem muß man vorbeugen! Mit dem knüttelte er ihm das Schutzseil um beide Hände. Also gebunden, sagte der Mann: 'Selig sind die, die er ohne Schutz frißt; nagte dann einmal eine Nacht durch mit den Zähnen an seinem Seile und wollte es durchfressen. Aber das Ungeheuer erwachte, ehe er los war, und band ihm jetzt das gefürchtete Seil um den kitzligen Hals mit ernster Bedrohung des schrecklichen Zuknüpfens beim ersten Fehler wider den heiligen Schutz.«¹

Begibt man sich in den Schutz eines Starken in der Hoffnung, am gewohnten Lebensstil nichts ändern zu müssen, lebt man ein »geliehenes Leben.«² Das Gegenmittel kann aber nicht lauten: Aufbau einer Gegenideologie, wie es früher einmal gefordert wurde, denn die Ideologie des real existierenden Sozialismus ist ja bloß brüchige Fassade. Das Gegenmittel lautet: Die Menschen, denen Freiheit geschenkt ist, dürfen dies nicht als lästig betrachten, sondern müssen bereit sein, Opfer dafür zu bringen. Mit anderen Worten: Die Zukunft des real existierenden Sozialismus ist auch und nicht zuletzt eine Frage der moralischen Kraft der Menschen im Westen.

Was ich über die Zukunft des real existierenden Sozialismus, womit zugleich auch die Zukunft der freien Welt angesprochen ist, zu sagen versuchte, hat Wilhelm Röpke in unübertrefflich klarer Sprache ausgedrückt: »Der Weltkampf gegen den Kommunismus. . . ist kein Turnier um die bessere Güterversorgung, so günstig das für die freie Welt wäre, da sie auf diesem Felde gewiß nicht zu schlagen sein wird. In Wahrheit handelt es sich um den alles bis in die letzten Tiefen aufrührenden Konflikt zweier ethischer Systeme im wei-

1) Abgedruckt in: »Fragen der Freiheit«, Nov./Dez. 1976, H,123.

2) Dieses Wort stammt von einem Ungarn, der auf die Frage, warum er durch politische Unbotmäßigkeit seine Freiheit auf's Spiel setze, geantwortet hat: Ich will kein geliehenes Leben leben.

testen Sinne dieses Wortes, um ein Ringen, in dem es um die geistig-moralischen Möglichkeiten menschlicher Existenz schlechthin geht und die freie Welt keinen Augenblick in der Überzeugung wanken darf, daß die eigentliche Gefahr des Kommunismus – schrecklicher als die Wasserstoffbombe – in der drohenden Zerstörung dieser Möglichkeiten auf der Erde liegt. Wer die Dinge nicht in dieser letzten, apokalyptischen Perspektive sieht, muß auf der Hut sein, nicht früher oder später, sei es auch nur aus Schwäche und Einsichtslosigkeit, zum Verräter am Größten und Höchsten zu werden, was die Menschheit je zu verteidigen hatte. Dahinter versinkt alles andere zur völligen Nichtigkeit.«¹

1) Wilhelm Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1966, S. 160.

Die Bedeutung der Freiheit für die Fortschrittsfähigkeit einer Volkswirtschaft*

Ulrich Wagner

1. Einige Symptome für den Unterschied in der Fortschrittsfähigkeit alternativer Wirtschaftssysteme

1. Entsprechende Untersuchungen über die Ursachen des Wirtschaftswachstums in West und Ost haben ergeben, daß in den entwickelten westlichen Marktwirtschaften fast 90% des Wirtschaftswachstums auf Produktivitätsfortschritte zurückzuführen sind und nur etwa 10% auf Erhöhungen des Faktoreinsatzes (insbesondere Investitionen). In den unfreiheitlichen administrativ sozialistischen Systemen ist das Verhältnis dagegen etwa umgekehrt. Für die Sowjetunion schätzt man, daß ungefähr 75–90% des Wirtschaftswachstums auf Erhöhungen des Faktoreinsatzes zurückzuführen sind und nur 10–25% auf den Produktivitätsfortschritt.
2. Selbst wenn der Anteil des intensiven Wirtschaftswachstums (Wachstum durch Produktivitätsfortschritte) für die Sowjetunion zu niedrig geschätzt worden ist, muß zusätzlich berücksichtigt werden, daß die administrativ sozialistischen Systeme ihren Produktivitätsfortschritt fast ausschließlich auf dem Wege des Technologie-Imports aus den entwickelten westlichen Marktwirtschaften übernehmen. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder übernehmen auf dem Wege der Imitation das, was in den marktwirtschaftlichen Ländern aufgrund der dort herrschenden Freiheit an neuer Technologie entwickelt und eingeführt wurde. Untersuchungen eines amerikanischen Instituts unter der Leitung von Prof. Anthony Sutton haben ergeben, daß die Sowjetunion bisher ca. 90–95% ihrer Technologie aus den entwickelten marktwirtschaftlichen Ländern übernommen hat.
3. Die DDR kann nur im Rahmen des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; COMECON) im Qualitätswettbewerb bestehen. Beim Handel mit westlichen Marktwirtschaften hat die DDR fast ausschließlich bei solchen Produkten Absatzchancen, die in den westlichen Marktwirtschaften nicht mehr im Qualitätswettbewerb, sondern schon im Preiswettbewerb angeboten werden. Die administrativ sozialistischen Länder importieren hauptsächlich Produkte mit einem hohen Technologieanteil, mit einem hohen Anteil an Forschungs- und Entwicklungsaufwand. Sie exportieren

* Zusammenfassung zweier Vorträge, gehalten am 21. und 22. Juli 1979, anlässlich der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Hersching/A. Rahmen-Thema: Mitteleuropa im Spannungsverhältnis von Ost und West – Die Ost-West-Spannung in gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Sicht.

primär Produkte, die bei uns schon eine Marktphase der Stagnation erreicht haben.

4. Die Nichtabsetzbarkeit von Produkten aus administrativ sozialistischen Ländern führt für die westlichen Exporteure zum Zwang zu Kompensationsgeschäften. Unsere Firmen haben in zunehmendem Maße nur noch dann eine Chance, in die administrativ sozialistischen Länder zu exportieren, wenn sie gleichsam auf dem Wege des Natural-Tausches sich zumindest einen Teil ihrer Exporte mit der Hereinnahme von Fertigprodukten der östlichen Handelspartner bezahlen lassen.
5. In der Entwicklung der Arbeitsproduktivität liegen die administrativ sozialistischen Länder weit hinter den westlichen Marktwirtschaften zurück.
6. Trotz statistisch in den meisten administrativ sozialistischen Ländern höherer Wachstumsraten wird der Abstand im Lebensstandard immer größer. Dies zeigt sich insbesondere bei einem Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.
7. Die technologische Lücke zwischen den westlichen Marktwirtschaften und den östlichen Zentralverwaltungswirtschaften wird trotz eifrigster Bemühungen der sozialistischen Länder, Produktivitätsfortschritte zu importieren, nicht merklich kleiner. Einzige Ausnahme bildet die Rüstungstechnologie und die (rüstungsrelevante) Raumfahrt.

II. Einige Zusammenhänge zwischen Wirtschaftssystem und der Möglichkeit, den Menschen Freiheitsrechte zu gewähren

Welcher Zusammenhang besteht zwischen der Wahl eines bestimmten Wirtschaftssystems und dem Freiheitsgrad für die Menschen, die in einem solchen System leben? In den administrativ sozialistischen Wirtschaftssystemen erfolgt die Lenkung der Produktionsfaktoren nach den Präferenzen (Wertvorstellungen) einer politischen Führung. Diese Präferenzen kann die politische Führung durch die volkswirtschaftliche Planung durchsetzen. Wie geschieht dies? In einer einigermaßen entwickelten Volkswirtschaft dürften mindestens 10 Millionen verschiedene Güterarten produziert werden. Es ist selbstverständlich unmöglich, daß dies alles zentral geplant wird, zumal die einzelnen Güterarten in ganz unterschiedlichen mengenmäßigen Zusammensetzungen, in den unterschiedlichsten Betrieben und mit Hilfe unterschiedlicher Produktionsverfahren produziert werden können. Deshalb werden diese ca. 10 Millionen Güterarten zu 3000–5000 globalen Güterpositionen zusammengefaßt. Diese werden dann zentral bilanziert, indem man die Aufkommensmöglichkeiten für diese Gütergruppen den Verwendungsanforderungen in einer Bilanz gegenüberstellt.

Wir betrachten die Bilanz der Gütergruppe X, die Vorprodukt für viele verschiedene andere Güter, insbesondere Konsumgüter, sein soll:

Planbilanz der Gütergruppe X

Aufkommensseite	Verwendungsseite
Bestände zu Beginn der Periode	Soll-Bestände am Ende der Periode
Inlandsaufkommen der Gütergruppe X	Anforderungen der verschiedenen X-Verwender:
	A
	B
	C
	D
	E
	F
	.
	.
	.
	.
	Z
Importe	Exporte

Wenn wir der Einfachheit halber einmal annehmen, die Sollbestände am Ende der Periode sollten genau so groß sein, wie die Bestände am Beginn der Periode waren, und wenn wir ebenfalls aus Vereinfachungsgründen an dieser Stelle zunächst von Importen und Exporten absehen, reduziert sich das Planungsproblem auf die Verteilung der Inlandsproduktion der Gütergruppe X auf die verschiedensten Verwendungsmöglichkeiten dieses Vorprodukts. In der Regel wird man davon ausgehen können, daß die linke Seite unserer Planbilanz kleiner ist als die rechte. Dies dürfte mehrere Gründe haben:

- Einmal ist es menschlich, daß die Wünsche größer sind als die Möglichkeiten, diese Wünsche zu erfüllen;
- administrativ sozialistische Länder betreiben einen ausgesprochenen Wachstumsfetischismus;
- die einzelnen Planungsinstitutionen, insbesondere die Betriebe, wissen, daß ein Teil ihrer Anforderungen nicht erfüllt werden kann. Aus diesem Grunde fordern sie mehr an als sie brauchen, damit sie annähernd das erhalten, was sie wünschen.

Selbst wenn wir von diesem letztgenannten Punkt absehen und davon ausgehen, daß die Planungsbürokratie richtige Informationen von den einzelnen Betrieben und Institutionen erhält, so wird es dennoch Aufgabe der zentralen Planung sein, einige der Anforderungen zu streichen, um die Planbilanz auszugleichen (also die Verwendungsseite der Aufkommenseite dieser Bilanz anzugleichen). Das Ergebnis wird dann sein, daß beispielsweise von den Anforderungen der A-Produktion 10%, denen der B-Produktion 3%, denen der C-Produktion 15% usw. gestrichen werden. Das Kriterium für solche Streichungen ist die Nutzeneinschätzung durch die Planungsbürokratie bezüglich der verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten unseres Vorproduktes X. Die Bürokratie wird sich überlegen: wo führt die Streichung welcher Mengen zu den jeweils geringsten Nutzenentgängen? (2. Gossen'sches Gesetz). Das ist im Prinzip die gleiche Überlegung, die eine Hausfrau, die über ein begrenztes Budget verfügt, anstellt, wenn sie ihr limitiertes Haushaltsgeld auf die weit weniger limitierten Kaufwünsche aufteilt. Der Hauptunterschied besteht nur darin, daß eine Familie die Entscheidung für sich selber trifft, die Planungsbürokratie aber für alle Menschen einer Volkswirtschaft.

Was bedeuten diese Kürzungen für unsere Fragestellung? Sie sind von durchaus politischer Relevanz. Die Menschen haben nämlich Bedürfnisse, und die meisten dieser Bedürfnisse lassen sich nur mit Hilfe von Konsumgütern befriedigen. Diese Konsumgüter wiederum werden mit Hilfe von Vorprodukten, beispielsweise unserem bilanzierten Vorprodukt X, hergestellt. Derjenige, der nun entscheidet, welche Vorprodukte dazu verwendet werden, welche Konsumgüter herzustellen, der entscheidet damit auch automatisch, welche Bedürfnisse es wert sind, befriedigt zu werden, in welchem Ausmaß sie es wert sind befriedigt zu werden, und welche nicht befriedigungswert sind. Hier wird praktisch für die Individuen der Gesellschaft extern entschieden, wer welche Chancen hat, welche Bedürfnisse zu befriedigen. Dies halte ich für ein hochpolitisches Ergebnis, denn der Gegensatz dazu ist Freiheit auf dem Sektor des Konsumierens. Wenn zu einer durch die Wahl eines zentralverwaltungswirtschaftlichen Systems automatisch notwendigen politischen Diktatur diese Art von Konsumdiktatur hinzukommt, wird sie schon ein klein wenig totalitärer, als sie sowieso schon ist.

Hier machen sich bürokratische Instanzen anheischig zu entscheiden, welche Bedürfnisse befriedigungswert sind und welche nicht. Die liberale Gegenposition dazu könnte etwa folgendermaßen lauten: Natürlich kann ich nicht ausschließen, daß jemand anderes besser weiß als ich, was für mich gut ist. Da ich aber nicht weiß, wer das ist, der besser weiß als ich, was für mich gut ist, entscheide ich lieber selber, was für mich gut ist. Und selbst wenn ich wüßte, wer das ist, der besser weiß als ich, was für mich gut ist, so muß diese Person oder diese Institution noch lange nicht identisch sein mit demjenigen, der

auch für alle anderen Menschen besser weiß als diese anderen Menschen, was für diese gut ist. Deshalb ist es äußerst riskant, eine politische Führung und deren Bürokraten (die natürlich totalen Durchblick und vortrefflichen Geschmack haben) mit der Entscheidung zu beauftragen, welche Bedürfnisse ich befriedigen kann. Vom liberalen Standpunkt aus ist es besser, wenn jeder einzelne Bürger entscheiden kann, was er zu konsumieren wünscht. Durch Kaufentscheidungen zu beeinflussen, was produziert werden kann (weil es sich lohnt) und was nicht produziert werden soll (weil es sich nicht lohnt), ist durchaus etwas Demokratisches. Die Abstimmungskarten in diesem Vorgang sind Scheine, auf denen steht: 10.– DM, 20.– DM, 50.– DM, 100.– DM usw. Mit Hilfe dieser Abstimmung (durch Konsumieren oder Nichtkonsumieren) wird etwas bewirkt, das man als Konsumentensouveränität bezeichnen kann. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die Ausstattung der Haushalte mit solchen Abstimmungskarten (Einkommen) recht unterschiedlich ist. Dieses System der Konsumentendemokratie ist folglich nicht besser und nicht schlechter als die realisierte Einkommensverteilung einer Volkswirtschaft.

Eine politisch weit brisantere zentrale Bilanz ist für unsere Frage der Freiheit die Arbeitskräftebilanz. In Wirklichkeit gibt es natürlich sehr viele Arbeitskräftebilanzen, nach Branchen, Regionen und anderen Merkmalen untergliedert; ich spreche hier der Einfachheit halber nur von der Arbeitskräftebilanz. In dieser Bilanz wird das Arbeitskräftepotential in entsprechender Untergliederung (auf der Aktivseite) den Anforderungen der verschiedenen Branchen und Regionen bezüglich Arbeitskräften (auf der Passiv-, der Verwendungsseite) gegenübergestellt. Auch hier wird es im wesentlichen darum gehen, die Anforderungen zu kürzen:

- Die Produktion hängt in Systemen, die primär Quellen des extensiven Wirtschaftswachstums nutzen müssen (mehr Output durch mehr Input), insbesondere von zusätzlichen Arbeitskräften ab. Dabei hat jeder einzelne Betrieb ein Interesse daran, Arbeitskräfte zu horten. Dies ist im übrigen auch der wesentliche Grund für die statistisch ausgewiesene Vollbeschäftigung in administrativ sozialistischen Ländern. Die Betriebe haben ein Interesse an der Arbeitskräftehortung, weil sie nach weichen Plänen, also nach leicht erfüllbaren Planaufgaben, streben. Ein bestimmtes Plansoll ist umso leichter erfüllbar, je mehr man Arbeitskräfte gehortet hat.
- Außerdem bekommen die Betriebe oftmals »Hau-Ruck-Aufgaben« auferlegt, wenn sich irgendwo innerhalb der Planperiode Engpässe erweisen. Die Erfüllung dieser besonderen Aufgaben ist mit besonders hohen Prämien verbunden, also außerordentlich attraktiv. Aber solche Hau-Ruck-Aufgaben kann man nur dann erfüllen, wenn man dafür vorher Arbeitskräfte versteckt hat.
- Schließlich müssen die volkseigenen Betriebe immer wieder Arbeitskräfte

für bestimmte Projekte abstellen («delegieren»). Auch dies kann man nur dann ermöglichen, ohne daß die übrige Produktion darunter leidet, wenn man für solche Fälle schon von vornherein Reserven gehalten hat.

- Ein Grund für allgemeine Arbeitslosigkeit in westlichen Marktwirtschaften besteht immer in den zu hohen Reallöhnen, in einem Reallohniveau, das nicht mit Vollbeschäftigung zu vereinbaren ist. Dieser Grund fällt in den administrativ sozialistischen Systemen in jedem Fall weg. So hat man 1969 in der DDR aufgrund des dort herrschenden niedrigen Reallohniveaus schon öffentlich diskutiert, ob die Betriebe nicht eine Strafsteuer auf die Beschäftigung von Arbeitskräften bezahlen sollten. In der Tschechoslowakei wurde diese Strafsteuer als sogenannte Stabilisierungsabgabe sogar schon 1967 eingeführt.

Selbst wenn man von diesen systemimmanenten Tendenzen zur Hortung von Arbeitskräften einmal absehen würde, bliebe doch das Problem bestehen, wie die Arbeitskräfte auf die verschiedenen Branchen und Sektoren über die zentralen Arbeitskräftebilanzen zu verteilen sind. Man könnte die Produktionspläne wegwerfen, wenn den Arbeitskräften die Möglichkeit eröffnet würde, gemäß individuellen Spontanitäten die Arbeitsplätze zu wechseln. Aus diesem Grunde muß der Staat über die zentrale Arbeitskräfteelenkung dafür sorgen, daß die Arbeitskräfte an ihren Arbeitsplätzen bleiben, selbst wenn sie gern wo andershin gingen, oder – wenn dies die zentrale Bilanzierung erfordert – dorthin überwechseln, wohin sie nach der zentralen Arbeitskräftebilanzierung sollen. Die Arbeitskräftebilanzen sind deshalb nur dann realisierbar, wenn das Recht zur Freizügigkeit, das Recht der freien Arbeitsplatzwahl und das Recht der freien Berufswahl so beschnitten werden, daß es nach unserem Verständnis den Wesensgehalt solcher Grundrechte entscheidend antasten würde. Selbst wenn die politischen Führungen administrativ sozialistischer Systeme solche Freiheitsrechte aus politischen Motiven gerne gewähren würden, so könnten sie diese Freiheitsrechte wegen ökonomischer Sachzwänge nicht gewähren.

Ein administrativ sozialistisches Wirtschaftssystem bedarf aus den beschriebenen Gründen deshalb der Diktatur und der Unfreiheit. Wer sich für ein zentralverwaltungswirtschaftliches System entscheidet, der entscheidet sich damit automatisch für Diktatur und Unfreiheit.

Wer sich für eine Marktwirtschaft entscheidet, entscheidet sich noch nicht automatisch für Demokratie und Freiheit, aber die Entscheidung für eine Marktwirtschaft erfordert zumindest die Gewährung von Freiheitsrechten im ökonomischen Bereich und läßt die Gewährung weiterer politischer Freiheitsrechte und die Entscheidung für eine Demokratie zu. Man kann ein marktwirtschaftliches System somit als eine notwendige, aber noch nicht hinreichende, Bedingung für Demokratie und Freiheit bezeichnen.

Die oben gemachten Ausführungen über den Zwang, sich für Diktatur und Unfreiheit entscheiden zu müssen, wenn man sich erst einmal für ein zentralverwaltungswirtschaftliches System ausgesprochen hat, gelten einschränkungslos auch dann, wenn der Jahresvolkswirtschaftsplan von einem demokratisch gewählten Parlament verabschiedet werden würde:

- Der Jahresvolkswirtschaftsplan der DDR für das Jahr 1979 ist der Volkskammer am 16. 12. 1978 zugegangen und wurde am gleichen Tag einstimmig verabschiedet. Der Plan für das Jahr 1978 ging der Volkskammer am 21. 12. 1977 zu und wurde an diesem Tag einstimmig verabschiedet. Das war zu einem Zeitpunkt, an dem die Betriebe längst ihre Produktionsanweisungen für das kommende Jahr kennen mußten.
- Das wäre auch in einer Demokratie nicht viel anders zu bewerkstelligen. Kein Abgeordneter könnte sämtliche ökonomischen Beziehungen überschauen, die in einem solchen Jahresvolkswirtschaftsplan verankert werden müßten. Ein Abgeordneter könnte zwar im Parlament aufstehen und sagen, von welchen Produkten seiner Auffassung nach mehr hergestellt werden müßte als im Plan vorgesehen war. Dann würde ihm die Bürokratie aber sagen, daß sie von allen Produkten gerne mehr geplant hätte, wenn ihr dafür mehr Vorprodukte zur Verfügung stünden, und der Abgeordnete möge doch bitte sagen, wo man die zusätzlichen Vorprodukte herbekommt, die zur Realisierung seines Vorschlages notwendig sind. Es ist eine Illusion zu glauben, daß ein Parlament einen solchen Plan beeinflussen könnte. Dieser Plan würde von der Bürokratie gemacht. Wir sollten uns überhaupt einmal darüber im klaren sein, daß wir nicht dadurch demokratischer werden, daß wir dem Parlament mehr Kompetenzen übertragen; denn je mehr Kompetenzen das Parlament bekommt, desto mehr muß es der Bürokratie delegieren.
- Selbst wenn das Parlament sachverständig entscheiden könnte, welche Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigenswert sind und welche nicht, so wäre doch die Chance jedes Individuums, Bedürfnisse befriedigen zu können, extern bestimmt und nicht durch individuelle Kaufentscheidungen.
- Schließlich müßte auch der von einem demokratisch gewählten Parlament verabschiedete Volkswirtschaftsplan mit Zwangsmitteln und unter Vorenthaltung wesentlicher Freiheitsrechte realisiert werden.

III. Der Einfluß der Freiheit auf die Fähigkeiten einer Volkswirtschaft, neue Produkte, neue Verfahren und neue Problemlösungen hervorzu- bringen

Wie setzt sich technischer Fortschritt in einem freiheitlichen marktwirtschaftlichen System durch?

Das geschieht durch drei »I«. Das erste »I« ist die Invention. Das ist eine Erfindung, Entwicklung oder Entdeckung, die gemacht wird in bezug auf ein neues Produkt und/oder ein neues Verfahren. Dies setzt meistens Investitionen in Forschung und Entwicklung voraus.

Das zweite »I« ist die Innovation. Unter Innovation versteht man die erste Einführung dieses neuen Verfahrens und/oder neuen Produktes. Von der Invention kommt es zur Innovation, wenn ein Unternehmer davon ausgeht, daß er mit der Innovation ökonomischen Erfolg haben wird. Wenn er diesen ökonomischen Erfolg (Gewinne) nicht hat, dann wird er – sofern es sich um eine kleine Firma handelt – »vom Markt verschwinden«. Hat eine große Firma mit der Innovation keinen Erfolg, so wird sie dies auf dem Konto der erfolglos aufgewendeten Forschungs-, Entwicklungs- und Einführungskosten verbuchen.

Hat der Innovator (manche nennen ihn »Pionierunternehmer« oder »dynamischen Unternehmer«) Erfolg, dann wird er das dritte »I« durch seine Erfolge provozieren: die Imitation. Je größer der tatsächliche oder vermutete Gewinn des Innovators ist, desto mehr und desto schneller wird er Imitatoren auf den Plan rufen.

Auf diese Weise setzt sich in einem marktwirtschaftlich freiheitlichen System technischer Fortschritt in Form von Produkt- und/oder Verfahrensinnovationen durch. Dies ist ein Prozeß von Versuch und Irrtum. Hayek nennt dies »Wettbewerb als Entdeckungsverfahren«.

Die Alternative zu dieser Form der Durchsetzung von Fortschritt ist die zentrale Planung des Fortschritts. Meine These lautet: Ökonomischer Monozentrismus – also zentrale Planung – führt zur Innovationsinkompetenz, zur Fortschrittsfeindlichkeit. Der Fortschritt ist eine Funktion der Freiheit: Je größer die Freiheit, desto größer ist die Fortschrittsfähigkeit und der konkrete Fortschritt in einer Volkswirtschaft.

Dazu acht Begründungen:

(1) Technischer Fortschritt ist wie jeder Fortschritt seiner Natur nach nicht zentral planbar. Hierzu hat von Hayek alles Notwendige gesagt: »Es ist vielleicht berechtigt, von der Planung des Fortschritts auf einem bestimmten Gebiet zu sprechen, wenn wir die Lösung eines speziellen Problems suchen und der Antwort schon auf der Spur sind. Aber wir wären bald am Ende unserer Bemühungen, wenn wir uns auf jetzt sichtbare Ziele beschränken würden und wenn sich nicht ständig neue Probleme ergeben würden. Es ist das Wissen, das wir vorher nicht besaßen, das uns zu weiseren Menschen macht« (von Hayek).

»Da der Fortschritt in der Auffindung des noch nicht Bekannten besteht, müssen die Ergebnisse unvoraussagbar sein« (von Hayek).

Eine zentrale Planung neuer, das heißt bisher unbekannter Produkte und Verfahren ist nicht auf breiter Ebene wirkungsvoll möglich. Deshalb sind

Regierungen und Parlamente gut beraten, wenn sie sich auf die Schaffung solcher Bedingungen konzentrieren, unter denen Inventionen und Innovationen gedeihen.

(2) Das Wissen über neue, bisher noch nicht angewandte Techniken und produzierbare Güter sowie über besondere orts- und zeitabhängige Umstände, die es erlauben, diese neuen Verfahren anzuwenden und neuen Produkte zu erzeugen, befindet sich bei den Individuen der Gesellschaft, nicht aber unmittelbar bei Zentralinstanzen. Die Zentralinstanz (beispielsweise ein Politbüro oder eine Staatliche Plankommission) kann dieses Wissen auch nicht ohne erhebliche Informationsverluste bei sich zentralisieren. Untergeordnete Institutionen und vor allem die Betriebe haben nämlich oft gar kein Interesse, entsprechende Informationen weiterzugeben. Selbst wenn ein solches Interesse an möglichst richtiger, schneller und umfassender Informationsweitergabe bestünde, käme es doch durch die Übertragung zu Informationsverlusten oder gar zu Fehlinformationen. Wolfram Engels vergleicht dieses Problem recht anschaulich mit dem Erfolgsspiel »Stille Post« so mancher Kinderparty: eine Anzahl Kinder sitzt im Kreis und ein Kind muß einen Begriff seinem Nachbarn ins Ohr flüstern; dieser flüstert das, was er verstanden hat, wiederum seinem Nachbarn ins Ohr usw. Der beim letzten Kind angekommene Begriff wird am Schluß mit dem vom ersten Kind tatsächlich genannten verglichen. Der Heiterkeitserfolg besteht dann immer darin, daß der vom letzten Kind (Politbüro) verstandene Begriff nicht die geringste Ähnlichkeit mit dem vom ersten Kind (Betrieb und Forschungsinstitut) genannten aufweist.

Die Zentralisierung von Informationen bedarf zusätzlich von »unten« nach »oben« der Aggregation. Dabei gehen zwangsläufig Einzelinformationen verloren, insbesondere solche über raum- und zeitbedingte Umstände.

(3) Jedes Bemühen, die Zentrale so weit wie möglich zu machen, damit diese die verschiedenen Inventions- und Innovationsaktivitäten planen, veranlassen und steuern kann, wird mit zunehmender technischer Komplexität einer Volkswirtschaft schwieriger. Je mehr die einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft insgesamt wissen, desto geringer ist notwendigerweise der mögliche Anteil der Zentrale am Wissen aller. Die Politbüros zentralverwaltungswirtschaftlicher Länder zeichnen sich allerdings dadurch aus, daß sie dies nicht zugeben und auch die Zwangsgewalt haben, andere daran zu hindern, darauf hinzuweisen.

»Natürlich gehen alle politischen Theorien davon aus, daß die meisten Menschen sehr unwissend sind. Die Vertreter der Freiheit unterscheiden sich von den übrigen dadurch, daß sie zu den Unwissenden auch sich selbst und auch die Weisesten zählen« (von Hayek).

(4) Innovationsrelevantes Wissen ist nichts Statisches. Selbst wenn es einmal gelänge, die Zentrale über alle relevanten Größen in Kenntnis zu setzen,

so würden sich doch diese Größen wieder geändert haben, bevor die Zentrale auf die mittlerweile überholten Informationen reagieren könnte.

(5) Da die Zentrale von etwas bisher nicht Bekanntem schwerlich sagen kann, wie es aussehen wird, kann sie auch niemandem befehlen, dieses noch nicht Bekannte zu entwickeln und einzuführen. Versucht sie es dennoch, fehlt ihr die Möglichkeit zu beurteilen, ob das beauftragte Institut oder der beauftragte Betrieb gescheitert sind, weil die gestellte Aufgabe nicht oder noch nicht zu lösen war, oder weil sich das Institut oder der Betrieb gar nicht bemüht haben (vielleicht weil man dort wußte, daß eben dies die Zentrale gar nicht beurteilen kann). Mit Forschungsaufgaben betraute Betriebe sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaften konzentrieren sich deshalb auf die Erfüllung *kontrollierbarer* Planaufgaben zu Lasten von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, die sich der Plankontrolle wesensmäßig entziehen.

(6) Die Aufgabe, mit neuen Verfahren zu produzieren oder neue Produkte zu erzeugen, erschwert oft die Position der Betriebe beim Kampf um weiche Pläne. Innovationen gefährden immer dann weiche Pläne, wenn die übergeordneten Behörden die Leistungsfähigkeit des neuen Verfahrens oder die Kosten des neuen Produktes besser kennen als diejenigen des »eingefahrenen«. In diesen Fällen wehren sich die Betriebe gegen Innovationen. Übergeordnete Behörden sind aber auf richtige Informationen durch die Betriebe angewiesen, da die Betriebe ein Informationsmonopol über zeit- und raumabhängige Daten, insbesondere Problemlösungsmöglichkeiten, besitzen.

(7) Betriebe stehen in administrativ-sozialistischen Ländern weder unter einem innovations-, noch unter einem imitationsfördernden wettbewerblichen Erfolgszwang. Weder die Chance zu wachsen, noch die Gefahr zu schrumpfen (oder gar verdrängt zu werden) wird durch eigene Innovationsaktivitäten merklich beeinflußt.

(8) Wer in einer Marktwirtschaft – sofern es sich um eine Demokratie handelt – eine Erfindung macht und/oder mit einer daraus resultierenden Innovation Erfolg hat, tut damit zunächst sich selber einen Gefallen. So ganz nebenbei ist er aber auch der Gesellschaft von Nutzen. In aller Regel ist für den Inventor oder den Innovator in einer marktwirtschaftlichen Demokratie das, was er hierbei tut, politisch kaum relevant (zumindest wird er diese Relevanz nicht erkennen); sie wird durch politische Kalküle nur höchst selten direkt gefördert oder gehemmt. In einer Zentralverwaltungswirtschaft, die zwangsläufig immer eine totalitäre Diktatur ist, ist jedes Tun und Unterlassen (zumindest für den Intellektuellen erkennbar) politisch relevant. Wer dort eine Innovation zustande bringt oder fördert, nützt denjenigen, die die totalitäre Zwangsgewalt ausüben. Wer das totalitäre Regime mißbilligt, aber innovationskompetent ist, wird die Innovation bzw. deren Förderung unterlassen müssen, weil er sonst zur Stabilisierung dieses Regimes beitragen würde.

Der Anteil dieses Motivs an der insgesamt zu beobachtenden Innovationsinkompetenz administrativ-sozialistischer Volkswirtschaften ist allerdings kaum quantifizierbar und auch nur beschränkt empirisch überprüfbar. Innovationskompetente Wissenschaftler scheinen aus dem oben genannten Grunde die Grundlagenforschung zu bevorzugen. Außerdem dürften viele Innovationskompetente in der systembedingten Notwendigkeit der Betriebe zu ständigen Improvisationen gebunden sein.

In marktwirtschaftlichen Systemen existieren *diese* Probleme nicht, da eine zentrale Planung und Koordination von Innovationen dort weder notwendig noch systemkonform ist. »Weil jeder einzelne so wenig weiß, und insbesondere, weil wir selten wissen, wer von uns etwas am besten weiß, vertrauen wir darauf, daß die unabhängigen und wettbewerblichen Bemühungen Vieler die Dinge hervorbringen, die wir wünschen werden, wenn wir sie sehen« (von Hayek). »Wir verdanken es den wechselseitig aneinander angepaßten Handlungen vieler Menschen, daß mehr Wissen genützt wird, als irgendeine Einzelperson besitzt oder als der Verstand synthetisch bilden könnte; dank solcher Verwertungen von verstreutem Wissen werden Errungenschaften möglich, die größer sind, als irgend ein Einzelverstand voraussehen kann. Weil die Freiheit einen Verzicht auf direkte Lenkung der individuellen Bemühungen bedeutet, kann eine Gesellschaft freier Menschen von so viel mehr Kenntnissen Gebrauch machen, als die Vernunft des weisesten Herrschers erfassen könnte« (von Hayek).

Ein weiteres – systemabhängig unterschiedlich zu lösendes – Problem entsteht dadurch, daß Innovationen in den meisten Fällen Andersverwendungen von Produktionsfaktoren erfordern: »Die Möglichkeit, über neues Wissen zu verfügen, führt allerdings noch nicht zu wirtschaftlicher Entwicklung. Dazu muß die Fähigkeit kommen, dieses in neuen Produktionsverfahren, neuen Gütern und neuen Organisationsmethoden eingebettete neue Wissen auch durchsetzen zu können. Zum Wissen muß die Motivation kommen. Beides zusammen ist die Grundlage unternehmerischer Kompetenz. . . . Die Durchsetzung neuer Kombinationen erfolgt durch Entziehung von Leistungen der Produktionsfaktoren aus ihren gewohnten Verwendungen« (Jochen Röpke).

Es dürfte für einen Innovator in einer Marktwirtschaft unter normalen Bedingungen kaum Probleme bereiten, notwendige Vorprodukte zu bekommen, wenn er sie bezahlen kann. Weit schwerer ist es jedoch für einen potentiellen Innovator in einem zentralverwaltungswirtschaftlichen System, die zuständigen (das sind oft viele und rivalisierende) Behörden davon zu überzeugen, daß *er* die Ressourcen für die Gesellschaft besser nutzt als all die anderen Antragsteller einschließlich der bisherigen Verwender, die das auch von sich behaupten. Produktionsfaktoren lassen sich leichter durch Käufe auf Faktor-

märkten als über den Weg bürokratischer Behörden und »Zuständigkeiten« aus ihren bisherigen Verwendungen ziehen.

Weil die Behörden der administrativ sozialistischen Länder bei ihren Entscheidungen über Andersverwendungen von Produktionsfaktoren keine verlässlichen Orientierungsmaßstäbe haben, übernehmen sie häufig Verfahren und Produkte, die in Marktwirtschaften bereits erfolgreich erprobt worden sind. Was die Behörden dieser Länder entscheiden, ist die parasitäre Übernahme eines Fortschritts, der unter den eigenen Bedingungen der Unfreiheit nie hätte gedeihen können.

Die Sowjetunion führt selbst keine Freiheit ein. Sie importiert stattdessen deren woanders erzielte Ergebnisse.

Das System der Marktwirtschaft begünstigt Innovationen, das der Zentralverwaltungswirtschaft lebt teils vom extensiven Wachstum (mehr output durch mehr input; »Gesetz vom vorrangigen Wachstum der Investitionsgütererzeugung gegenüber der Konsumgütererzeugung«), teils von der Imitation anderswo erfolgreich entwickelter und erprobter Verfahren, Produkte, Strukturen und Problemlösungen (Orientierung am »Weltniveau«).

Freiheit begünstigt das intensive Wachstum und Unfreiheit (administrativer Sozialismus) bringt *aus eigener Kraft* fast ausschließlich extensives Wachstum hervor; das intensive Wachstum und das qualitative Wachstum werden durch Imitation zustandegebracht.

Ihr durch Unfreiheit begrenztes Innovationspotential konzentrieren diese Länder deshalb auf die Rüstung, bei der UdSSR kommt die Raumfahrt, die aber wiederum rüstungsrelevant ist, hinzu. Dort, aber nur dort, versucht man auch, das Innovationspotential durch Schaffung größerer Freiheitsspielräume für die Forscher zu erhöhen. Die Leistungsfähigkeit administrativ sozialistischer Länder (die sich allerdings stärker in den publizierten Statistiken als im tatsächlichen Lebensstandard zeigt) ist insgesamt also eine geliehene; der Fortschritt dieser Länder ist fast ausschließlich parasitärer Natur.

»So lange einige Länder führen, können alle anderen nachfolgen, obwohl die Voraussetzungen für spontanen Fortschritt fehlen mögen. Daß sogar Länder oder Gruppen, die sie selbst nicht besitzen, viele Früchte der Freiheit genießen können, ist einer der Gründe, weshalb die Wichtigkeit der Freiheit nicht besser verstanden wird« (von Hayek).

IV. Problemlösungsimporte statt Erhöhung der eigenen Fähigkeit zur Problemlösung

In diesem Kapitel soll auf einige weitere Aspekte der Unfähigkeit administrativ sozialistischer Länder, Probleme aus eigener Kraft zu lösen, eingegangen werden.

Bei der Planung des Produktionsprozesses mit Hilfe der auf Seite 27 bereits behandelten Bilanzierungsmethode kommt dem Import von Problemlösungen eine große Bedeutung zu. Auf der Aufkommenseite der Bilanz (vgl. Seite 27) stehen die Importe und auf der Verwendungsseite die Exporte. Wenn nach einem bestimmten Ausmaß von Kürzungen der beschriebenen Art auf der Verwendungsseite diese Verwendungsseite immer noch zu groß ist – also noch ein Saldo vorhanden ist –, dann kann der Engpaß dadurch beseitigt werden, daß das betreffende Produkt in der erforderlichen Fehlmenge aus den freiheitlichen marktwirtschaftlichen Ländern importiert wird. Insbesondere wird dies getan, um kumulativ negative Folgen zu vermeiden, die ohne entsprechende Importe eintreten würden. Nehmen wir als einfaches Beispiel einmal an, wir hätten es mit einer Bilanz für Schrauben zu tun und eine weitere Kürzung auf der Verwendungsseite würde von den Planungsbürokraten als »zu teuer« betrachtet. Man überlegt sich beispielsweise, wie groß der Nutzenentgang für die Volkswirtschaft wäre, wenn man weniger Schrauben für die Herstellung von Drehbänken zur Verfügung stellen würde. Wegen dort fehlender Schrauben könnten nicht nur weniger Drehbänke hergestellt werden, sondern auch weniger Produkte, die mit Hilfe der Drehbänke produziert werden sollen, zum Beispiel Werkzeuge. Mit Hilfe dieser Werkzeuge sollten aber weitere Produkte hergestellt werden, die nun nicht produziert werden können, weil die Werkzeuge fehlen. Ursache wäre die Kürzung bei der Verwendung von Schrauben zu Lasten der Drehbankproduktion gewesen. Hier kommt dem Handel mit dem Westen die Funktion zu, Engpässe, die sich während der Planung zeigen, zu vermeiden. Der Handel mit dem Westen bewahrt die Länder des administrativen Sozialismus damit vor kumulativ negativen Folgen, die ohne diese Entlastungsfunktion des Handels mit dem Westen eintreten würden.

Das komplizierte System der zentralen Bilanzierung wird durch den Handel dieser Länder mit dem Westen insgesamt erheblich einfacher. Die Kompliziertheit des Systems zentraler Planung besteht darin, daß jede zentrale Bilanz in irgendwelchen Beziehungen zu anderen zentralen Bilanzen steht. Man spricht aus diesem Grunde auch von »Verflechtungsbilanzen«. Diese Verknüpfung der Bilanzen besteht zum Beispiel darin, daß Güter in einer substitutionalen Beziehung zueinander stehen, daß also ein Gut der einen Bilanz für bestimmte Verwendungszwecke durch ein Gut einer anderen Bilanz ersetzt werden kann. Weiter können die Beziehungen der bilanzierten Güter komplementär sein, das heißt für bestimmte Verwendungszwecke stiften zwei oder mehrere Güter nur in Kombination miteinander einen Nutzen bzw. Ertrag. Dies macht die Wirtschaftsrechnung, bei der ja auf den Markt-Preis-Mechanismus verzichtet werden muß, äußerst kompliziert. Das Ausmaß dieser Kompliziertheit kann durch den Import von Gütern erheblich reduziert

werden. Wenn man Engpässe in einer Bilanz durch entsprechende Importe ausgleicht, kann man dadurch die zentrale Planung davor bewahren, sämtliche komplizierten Beziehungen zu korrespondierenden Bilanzen weiterrechnen und in ihren Folgen bewerten zu müssen.

Eine weitere wichtige Funktion, die dem Handel mit dem Westen zukommt, ist die Erleichterung von Umstellungen in der Produktionsstruktur. Die administrativ-sozialistischen Länder bemühen sich, Produktionsstrukturen ihrer Länder zu verbessern, zu modernisieren. Die beiden wichtigsten Orientierungsgrößen bei der Veränderung von Produktionsstrukturen sind erstens Engpässe, die sich in der Vorperiode gezeigt haben und die es nun in der Folgeperiode auszugleichen gilt, und zweitens die Strukturen vergleichbarer westlicher Marktwirtschaften, die man zu imitieren versucht. Nach Auffassung von Ota Šik ist die zentrale Planung nämlich nur in der Lage, »die alten Strukturen immer wieder neu zu reproduzieren«. Für die Modernisierung der Produktionsstrukturen benötigt man Kooperationen mit leistungsfähigen, fortschrittsfähigen – also freiheitlich-marktwirtschaftlichen – Partnern. Als »Nebenprodukt« dieser Kooperation stabilisieren diese westlichen Partner aber auch gleichzeitig die totalitären Herrschaftsstrukturen. Die politischen Führungen der administrativ-sozialistischen Länder reagieren auf politische Ereignisse, insbesondere auf Unruhen und Unmutskundgebungen der Bevölkerung, durch entsprechende Änderungen in den Strukturen der Produktion. Um ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum zu erreichen, wird normalerweise der Investitionsgütersektor überproportioniert im Vergleich zum Konsumgütersektor. Wenn es nun aber, wie das in administrativ sozialistischen Systemen immer wieder vorkommt, zu politischen Unmutsbekundungen der Bevölkerung kommt, beispielsweise wegen wachsender Arbeitsnormen, verschlechterter Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern oder wegen steigender Preise, dann kann die politische Führung ihre eigene Herrschaft nur dadurch stabilisieren, daß sie vorübergehend den Konsumgütersektor stärker berücksichtigt. Normalerweise ginge dies dann zu Lasten des Investitionsgütersektors, was aber langfristig – wegen des dadurch geringeren zukünftigen Wirtschaftswachstums – ungünstig wäre. Aus diesem Grunde wird die Problemlösung (wie löse ich das Problem, mich als politische Führung an der Macht zu halten?) aus den westlichen Ländern importiert. Man kann beobachten, daß gerade nach politischen Unruhen in administrativ sozialistischen Ländern die politischen Führungen dieser Länder solche Produkte aus den westlichen Volkswirtschaften importieren, die kurzfristig für eine Verbesserung der Versorgung mit Konsumgütern sorgen können. Auf solche politischen Ereignisse muß schnell reagiert werden. Die schnelle Reaktion setzt aber voraus, daß man die Problemlösungen kurzfristig aus solchen Ländern importieren kann, die mangels zentraler Planung jederzeit

reaktions- und problemlösungsfähig sind. Folglich exportieren wir (gewollt oder ungewollt) mit den der Konsumgüterproduktion dienenden Anlagen gleichzeitig die Instrumente zur Stabilisierung totalitärer Herrschaftsstrukturen.

Eine weitere Funktion des Außenhandels vom Standpunkt des Ostens kann als »Feuerwehrfunktion« bezeichnet werden. Damit ist gemeint, daß hier, zum einen, Planungsfehler kurzfristig mit Hilfe der Wirtschaftsbeziehungen mit den westlichen Marktwirtschaften repariert werden können und, zum anderen, daß schnell auf Abweichungen reagiert werden kann, die sich erst während der Planverwirklichung zeigen. Da als Folgen von Planungsfehlern und Nichterfüllung von Planaufträgen durch die Betriebe Versorgungslücken entstehen, die kurzfristig geschlossen werden müssen, kommen in aller Regel nicht Lieferungen aus anderen administrativ sozialistischen Ländern in Frage, sondern Importe aus den »kapitalistischen« Ländern; denn die anderen administrativ sozialistischen Länder haben ja ebenfalls eine längerfristige Planung, in der die Reaktion auf solche Versorgungslücken in Nachbarländern nicht vorgesehen ist.

Weiter wird mit Hilfe des marktwirtschaftlichen Westens die Beschleunigung und Verbilligung der Autarkiepolitik sozialistischer Länder auf dem Rohstoffsektor ermöglicht. Das weit verbreitete Argument, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen hätten für den Westen den Vorteil, daß dadurch der Osten vom Westen abhängig würde, gilt vor allem für wichtige Großprojekte im Rahmen von Kooperationen nicht; denn diese werden insbesondere von der Sowjetunion dazu benutzt, mit Hilfe des Westens heimische Rohstoffe und Energiequellen bis zur vollen Autarkie zu erschließen. Diese so motivierten Kooperationen dürften im übrigen die einzigen Ergebnisse des Ost-West-Wirtschaftsverkehrs sein, die das eigene Problemlösungspotential der administrativ sozialistischen Länder vergrößert. In allen anderen Fällen – insbesondere beim Technologieimport – muß die Problemlösung immer wieder erneut aus den freiheitlich westlichen Ländern importiert werden.

Der Ost-West-Wirtschaftsverkehr trägt zur Lösung von Problemen bei, die im Rahmen des Integrationsprozesses innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) entstehen. Insbesondere dürfte die Langfristigkeit der Planung von Handelsbeziehungen zwischen den Comecon-Staaten und die detaillierte und damit unflexible Außenhandels- und Kooperationsplanung verhindern, daß kurzfristig auftretende Disproportionen und Engpässe durch gegenseitige Hilfe der Comecon-Länder untereinander beseitigt werden können. Der Westhandel wirkt hier stabilisierend und löst Probleme, die ohne einen marktwirtschaftlichen (sprich: problemlösungsfähigen) Partner nicht lösbar wären. Da im Mittelpunkt des Integrationsprozesses im Comecon ein detailliertes Spezialisierungsprogramm der Mitgliedsstaaten

steht, können Lieferprobleme eines Landes in Zukunft noch weniger durch entsprechende Lieferungen eines anderen Mitgliedslandes ausgeglichen werden. Wenn nur ein Land beispielsweise Computer oder bestimmte Walzstahlprofile oder Lastkraftwagen herstellt, dann können Probleme, die beim Ausfall von Lieferungen eben dieser Produkte auftreten, nur durch den Westhandel gelöst werden, der auch hier gleichsam wieder eine Feuerwehrfunktion erfüllt. Auch hier trägt der Westen wieder indirekt zur Stabilisierung dieser Systeme bei. Zusätzlich unterstützen wir die Sowjetunion bei der Durchsetzung von Hegemonialansprüchen gegenüber den anderen Comecon-Mitgliedsstaaten: weil nämlich die Sowjetunion bei der Integration und Spezialisierung im Comecon das Ziel verfolgt, die übrigen Mitgliedsstaaten maximal voneinander und jeden einzelnen von sich (der Sowjetunion) selbst abhängig zu machen und zugleich durch einseitige Produktionsstrukturen das »Ausscheren« einzelner Länder ökonomisch zu verhindern, darf man vermuten, daß der Westen einen für die Sowjetunion unverzichtbaren Beitrag zur ökonomischen Realisierung sowjetischer Hegemonialansprüche gegenüber den anderen Comecon-Ländern leistet.

Der Zahlungsverkehr zwischen den Comecon-Ländern wäre ohne das Vorhandensein von westlichen Marktwirtschaften erheblich erschwert. Dann könnten nämlich die Handelsgeschäfte zwischen den einzelnen Comecon-Ländern fast ausschließlich nur bilateraler Art sein. Es gibt nämlich heute faktisch keine konvertible Währung der Comecon-Mitgliedsstaaten. Aus diesem Grunde werden Salden in den Handelsbilanzen der einzelnen Comecon-Mitgliedsländer untereinander in konvertiblen Westwährungen ausgeglichen.

Die mit Abstand wichtigste Funktion, die die Wirtschaftsbeziehungen mit den marktwirtschaftlichen Ländern vom Standpunkt der administrativ sozialistischen Systeme erfüllt, ist allerdings aus den im Kapitel III analysierten Gründen der Import der neuesten Technologien.

V. Zu einigen politischen Konsequenzen

Die Ostpolitik unserer und anderer westlicher Regierungen beruht auf der Fiktion vom »Wandel durch Handel«. Damit ist gemeint, daß sich die östlichen Systeme durch den Handel mit dem Westen in der Weise wandeln würden, daß sie Elemente des westlichen Systems übernehmen würden (Konvergenzthese). Aus den analysierten Gründen dürfte von dieser These vom Wandel durch Handel nur das Gegenteil dessen übrig bleiben, was die Verfechter dieser These eigentlich gemeint haben: Im Osten wird es durch den Handel nicht zum Wandel kommen, zu dem es ohne den Handel mit dem Westen kommen müßte. Hingegen dürfte die Strategie der administrativ sozialistischen Länder im Wirtschaftsverkehr mit dem Westen auf einen Wandel im Sinne der Annäherung der westlichen Systeme an die östlichen gerichtet sein.

Der Wirtschaftsverkehr mit den administrativ sozialistischen Ländern bedeutet, daß wir Problemlösungen für die sozialistischen Länder exportieren und im Gegenzug dafür Probleme importieren.

Die Hauptprobleme, die wir durch die Wirtschaftsbeziehungen mit den administrativ-sozialistischen Ländern importieren, sind die Förderung des Konzentrationsprozesses und die Notwendigkeit wachsender Rüstungsausgaben:

Der Handel mit dem Osten fördert zunehmend bei uns den Konzentrationsprozeß, da die Kooperationspraxis der sozialistischen Länder die Großunternehmen in den westlichen Marktwirtschaften als Partner bevorzugt. Aber auch ein ganz anderer Aspekt führt dazu, daß zunehmend nur noch Großunternehmen im Osthandel und an der Ost-West-Kooperation verdienen werden, nämlich die zunehmende Notwendigkeit von Kompensationsgeschäften. *Welches mittelständige Unternehmen kann sich die Lieferung seiner hochwertigen Maschinen mit Tomaten, Scheuerlappen oder Gartenschläuchen bezahlen lassen?* Das können nur Großunternehmen, die entweder schon Absatzorganisationen für solche Produkte besitzen oder solche Absatzorganisationen aufbauen können.

Insbesondere erhöht unser Wirtschaftsverkehr mit dem Osten die Notwendigkeit, bei uns verstärkt zu rüsten: Da wir den sozialistischen Ländern die neueste Investitions- und Konsumgübertechnologie liefern, können diese Länder ihr gesamtes – durch Unfreiheit äußerst begrenztes – Innovationspotential auf die Rüstung konzentrieren. Je größer der Rüstungsvorsprung der sozialistischen Länder ist, desto stärker sind die Argumente der Rüstungsproduzenten in den westlichen Marktwirtschaften gegenüber den heimischen Regierungen, diesen Firmen zusätzliche Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsaufträge im Rüstungsbereich zu erteilen. Da es sich bei den Firmen, die Rüstungsgüter herstellen, in aller Regel um Großunternehmen handelt, wird – ganz abgesehen von dem Problem, daß wir immer größer werdende Anteile unseres Sozialprodukts für Rüstungsausgaben aufwenden müssen – der Konzentrationsprozeß durch die zunehmende Rüstung weiter gefördert. So gesehen haben auch insbesondere die westlichen Rüstungsfirmen ein Interesse am Ost-West-Wirtschaftsverkehr und an Regierungen, die der Fiktion vom »Wandel durch Handel« unterliegen.

Wichtige »negative externe Effekte« des Handels mit dem Osten bestehen – vom Standpunkt der freiheitlich-marktwirtschaftlichen Systeme – also einmal in der durch den Osthandel erhöhten Konzentration der Wirtschaft und zum andern in den durch den Osthandel notwendigen höheren Rüstungsanstrengungen.

Die wichtigsten negativen externen Effekte unseres Handels und unserer Wirtschaftsbeziehungen mit den administrativ-sozialistischen Ländern treten aber in den sozialistischen Ländern selber auf: Dort werden die totalitären Herrschaftsstrukturen und die Unfreiheit zementiert.

Viele westliche, aber auch östliche Ökonomen sind der Auffassung, daß ein sozialistisches Land in seiner Entwicklung zwei Phasen durchlaufen müßte: Eine erste Phase des extensiven Wirtschaftswachstums auf Basis einer unfreiheitlichen Zentralverwaltungswirtschaft und nach Versiegen der extensiven Quellen des Wirtschaftswachstums eine zweite Phase des intensiven Wachstums auf Basis eines marktwirtschaftlichen Systems (Rostow, Boettcher, Šik und Kohlmei). Die ökonomischen Analysen, die zu dieser Vorhersage führten, waren durchaus richtig. Es wurde dabei allerdings eines übersehen oder noch nicht gesehen, nämlich die Tatsache, daß der West-Ost-Wirtschaftsverkehr und insbesondere der damit verbundene Technologietransfer in Richtung Osten es den Machthabern der administrativ sozialistischen Systeme erlaubt, in die zweite, intensive Phase des Wirtschaftswachstums einzutreten, ohne dafür im eigenen Lande die Bedingungen zu schaffen, nämlich Marktwirtschaft und Freiheit. Die Führer der unfreiheitlich zentralverwaltungswirtschaftlichen Systeme können auf diese Weise die Ergebnisse, die die Freiheit woanders erzielt hat, in Form modernster Technologie importieren, ohne in den eigenen Ländern die Bedingungen für die Entstehung solcher modernster Technologie zu schaffen, nämlich die Freiheit. Jochen Röpke bezeichnet den West-Ost-Wirtschaftsverkehr aus diesem Grunde treffend als »Überlebenshilfe für die Unfreiheit« und als »Einnischung in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Staaten«; denn ohne diese durch West-Ost-Wirtschaftsverkehr möglichen Technologietransfers müßten die sozialistischen Länder ihre »inneren Angelegenheiten« in ganz anderer Weise lösen. Würde der Technologietransfer als Möglichkeit des Imports von woanders erzielten Ergebnissen der Freiheit wegfallen, so müßten die administrativ sozialistischen Länder entweder ihr begrenztes Innovationspotential verstärkt zu Gunsten der Investitions- und Konsumgütertechnologie aufteilen. Dies würde die Rüstungsfähigkeit dieser Länder mindern und hätte damit positive Nebenwirkungen für uns: wir müßten selbst weniger rüsten. Oder: wenn man nicht auf eine verstärkte Rüstung und Entwicklung von Rüstungstechnologien zu Gunsten der Investitionsgüter- und Konsumgütertechnologie verzichten will, muß man das eigene Innovationspotential erhöhen, also Bedingungen schaffen, die die eigene Innovationsfähigkeit erhöhen. Diese Bedingungen können aber zusammengefaßt als Marktwirtschaft und Freiheit bezeichnet werden. Dies hätte für die in diesen Ländern lebenden Menschen ungeheure ökonomische und politische Folgen im positiven Sinne.

Selbst wenn die politischen und ökonomischen Ergebnisse des Handels mit dem Osten für den Westen positiv wären – was jedoch nicht der Fall ist –, so würde dies zu Lasten der in den administrativ sozialistischen Ländern lebenden Menschen gehen. Wir würden auf diese Weise ökonomische Vorteile die dort lebenden Menschen mit politischen Nachteilen bezahlen lassen.

Nun soll keiner westlichen Unternehmung vorgeworfen werden, daß sie Osthandel betreibt. Einmal dürfte den meisten Osthandel treibenden Unternehmungen die politische Relevanz ihres Tuns nicht klar sein. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, könnte jede einzelne Firma davon ausgehen, daß ihre private Osthandelsverweigerung wirkungslos bliebe. Andere Firmen würden sich über das freiwillige Ausscheiden von Konkurrenten im Ostgeschäft freuen und sofort in diese Lücke springen. Moralisch ist der Osthandel in etwa so zu werten wie die Umweltverschmutzung durch Firmen, so lange diese erlaubt ist. Würden einzelne Firmen auf die Umweltverschmutzung verzichten, um einen gleichsam marginalen Beitrag zur Verbesserung der Umwelt zu leisten, so würde dies zu höheren Kosten für diese Firmen führen. Dadurch könnten diese Firmen von anderen, die diese Kosten sparen und die Umwelt weiter verschlechtern, von den Märkten verdrängt werden. Deshalb muß der Staat durch gesetzliche Vorschriften dafür sorgen, daß die Umweltverschlechterung durch Firmen vermieden wird. Der Staat ist hier deshalb notwendig, weil die »Wirtschaftsrechnung nicht geschlossen ist« (Eucken). Es gibt nämlich negative externe Effekte: die Firmen können betriebswirtschaftlich Kosten sparen, indem sie der Gesellschaft die Kosten in Form schlechterer Umwelt und notwendig werdender Maßnahmen, sich den Folgen verschlechterter Umwelt zu entziehen, aufbürdet. Immer dann, wenn solche negativen externen Effekte auftreten, ist es notwendig, daß der Staat entsprechende allgemeinverbindliche Regelungen erläßt. Folglich müßte eine Reduzierung des Osthandels oder ein Osthandelsverbot von den nationalen Regierungen ausgehen. Aber auch der Alleingang eines einzelnen Landes wäre wirkungsarm, da hier in etwa das gleiche gilt, was eben für die einzelne Firma gesagt worden ist. Würde beispielsweise die Bundesrepublik Deutschland keinen Osthandel mehr betreiben, so würden mit Freuden die amerikanischen, englischen, französischen und japanischen Firmen die dadurch entstehende Lücke schließen. Folglich könnte man sich einen politischen Erfolg nur versprechen, wenn es zu einer konzertierten Aktion aller sich der Freiheit verpflichtet fühlenden Länder käme.

Wettbewerb oder zentrale Planung

dargestellt am Beispiel:

Bundesrepublik Deutschland – Deutsche Demokratische Republik¹⁾

Ernst Winkler

1. Einführung

Der Versuch, das mir gestellte Thema in das Rahmenthema unserer Tagung²⁾ einzuordnen, stürzt mich in einen Gewissenskonflikt.

Zunächst betrifft das Thema die anscheinend klare Alternative zwischen Wettbewerb am Beispiel unserer Bundesrepublik und zentraler Planung am Beispiel der DDR. Das Wörtchen »oder« fordert die Entscheidung, die für uns ja nicht zweifelhaft sein kann. Daher schuldet der Vortragende lediglich eine eingehende Darstellung theoretischer Argumente und praktischer Beispiele für die Feststellung, daß unter den beiden entscheidenden Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Effizienz und der persönlichen Freiheit die Wettbewerbswirtschaft der Bundesrepublik der zentralen Planwirtschaft der DDR grundsätzlich und faktisch bei weitem überlegen ist. Soll also der Vortrag verlaufen wie ein schlechter Kriminalroman, dem jede Spannung fehlt, weil die Hörer bzw. Leser schon vorher wissen, wie alles ausgehen wird? Oder soll ich mein spezielles Thema verfehlen, indem ich es dem gefährlichen Spannungsverhältnis unseres übergeordneten allgemeinen Themas aussetze?

Mein schlechtes Gewissen hinsichtlich der zweiten, also eigenmächtigen Lösung des Gewissenskonfliktes wird etwas erleichtert durch die Abwägung von Verlust und Gewinn, weil einerseits der Verlust an wichtigen, der Bestätigung dienenden Argumenten und Fakten in anderweitigen Vorträgen dieser Tagung von kompetenteren Vortragenden³⁾ reichlich ausgeglichen wird und weil andererseits als kompensierender Gewinn eine vertiefte kritische, vor allem selbstkritische Betrachtung in Aussicht steht.

In der Tat ist das Rahmenthema unserer Tagung noch stärker spannungsgeladen, als dessen wörtliche Formulierung zunächst erwarten läßt. Denn der erste Teil der Themen-Formulierung: »*Mitteleuropa im Spannungsfeld zwischen Ost und West*« definiert als materialen Inhalt ein Spannungsverhältnis,

1) überarbeitete Form eines Vortrages, gehalten am 21.7.1979 im Rahmen der

2) 60. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 19. bis 24. Juli 1979 in der Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes in Herrsching am Ammersee.

Thema: Mitteleuropa im Spannungsfeld von Ost und West am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Die Ost-West-Spannung in gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Sicht.

3) Vgl. insbesondere die im gleichen Heft abgedruckten Vorträge von Prof. Ulrich Wagner und Prof. Joachim Starbatty.

das durch den zweiten Teil, nämlich Anwendung auf das »*Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*«, auf die formallogische Struktur des Themas dialektisch zurückschlägt. Da nämlich »Mitteleuropa« vorwiegend aus eben diesen beiden Staaten besteht, die auf gemeinsamem deutschem Boden zwei getrennte Teile der einen deutschen Nation organisatorisch erfassen, kann es sich für diesen geographischen Bereich nicht um die logisch saubere Alternative zwischen zwei gegensätzlichen Prinzipien »West« und »Ost« handeln, sondern eben nur um ein Spannungsverhältnis, dem *jeder* dieser beiden Staaten ausgesetzt ist. Daher drängt sich die Frage auf, ob und inwieweit diese zwei deutschen Staaten tatsächlich je typische Vertreter der beiden gegensätzlichen Prinzipien sind oder aber deren politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Erscheinungsweisen in spannungsgeladenen Mischformen repräsentieren.

II. Thema

Offensichtlich stellt uns das Thema eine theoretische und eine praktische Aufgabe. Zum ersten fordert es die Klärung der *logischen Alternative* zwischen den beiden gegensätzlichen Wirtschaftsordnungen, nämlich der auf Wettbewerb beruhenden freien Marktwirtschaft und der durch Zentralverwaltung bestimmten Planwirtschaft; zum zweiten die *Anwendung* dieser beiden Wirtschaftsmodelle auf die in den beiden deutschen Staaten faktisch bestehenden Wirtschaftssysteme. Diese erweisen sich bei näherer Betrachtung als komplexe, zum Teil sogar widersprüchliche Kompromiß- und Mischformen aus einzelnen Elementen der genannten beiden Ordnungsprinzipien, allerdings mit entschieden gegensätzlichen Schwerpunkten.

Damit eröffnet sich aber eine *dritte* und tiefste Schicht des unser Thema bestimmenden Spannungsverhältnisses, nämlich die grundsätzliche Spannung zwischen klar definierten theoretischen Modellen und einer komplexen, vielschichtigen Wirklichkeit. Nur die sogenannte »objektive und wertfreie« Wissenschaft alten Stils, insbesondere die Naturwissenschaft ist bemüht, die Theorie an die Wirklichkeit anzupassen. Aber für die selbstbewußte Philosophie eines Friedrich Hegel, für die radikale Gesellschafts- und Naturwissenschaft eines Karl Marx gilt die entgegengesetzte Devise: »Wenn die Theorie nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, – um so schlimmer für die Wirklichkeit!«.

Karl Marx, der die Wissenschaft auf eine philosophische Grundlage stellen und die Philosophie streng wissenschaftlich begründen wollte, gab dieser die neue Aufgabe, die Wirklichkeit nicht wie bisher nur verschieden zu interpretieren, sondern zu verändern. In der Tat: Folge der Marx'schen Ideen war eine gründliche Veränderung nicht nur der Welt, sondern auch der Wissenschaft, sofern diese die vom Menschen geschaffene und veränderbare Welt,

speziell die Wirtschaft und Gesellschaft untersucht. So zerfällt heute die Soziologie in zwei gegnerische Schulen: die traditionelle, mit Tatsachen-Analyse befaßte Richtung und die kritische, auf Gesellschaftsveränderung ausgerichtete (sogenannte »Frankfurter«) Schule.

Dieser Spaltung kann sich auch das vorliegende Thema nicht entziehen. Die polaren Begriffe Wettbewerbswirtschaft und zentrale Planwirtschaft samt den übergeordneten Begriffen Liberalismus bzw. Sozialismus – nicht zu reden vom umstrittenen Begriff des Kapitalismus – stehen heute im Zwielicht zwischen abwertend faktischer und verklärend utopischer Interpretation. Demnach steht unser Thema als ganzes im Spannungsfeld zwischen Feststellung und Zielsetzung, Realität und Modell, Faktum und Postulat – kurz gesagt: *zwischen Sein und Sollen*.

III. Theorie: Die beiden Wirtschaftsmodelle

Die Bezeichnungen »Marktwirtschaft« und »Planwirtschaft« sind in dieser Gegenüberstellung irreführend. Denn auch die sogenannte »freie« Marktwirtschaft ist nicht planlos oder gar, wie kommunistische Planwirtschaftler behaupten, chaotisch; vielmehr wird sie in ihrem Ablauf durch zahllose individuelle Einzelpläne bestimmt, die auf dem Markt (Waren-, Kapital- und Arbeitsmarkt⁴⁾) durch geregelte Formen eines möglichst vollständigen Wettbewerbs in Angebot und Nachfrage, also nach Maßgabe von Leistung und Bedarf koordiniert werden. Ob freilich diese Koordinierung optimal gelingt, also im Sinn der klassischen Nationalökonomie zur größtmöglichen Harmonie zwischen individuellem Nutzen und Gemeinwohl oder wenigstens im Sinn des sozialistischen Postulates zu einem befriedigenden Ausgleich zwischen partikularen Einzelinteressen und dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse führt, das ist eine, an die Struktur der Marktwirtschaft gebundene, im Bereich zwischen Sein und Sollen angesiedelte Frage.

In der Tat unterscheidet *Walter Eucken* nicht weniger als hundert *verschiedene Marktformen* als Ergebnis möglicher Kombinationen von Monopolen, Teilmonopolen, Oligopolen, Teiloligopolen auf der Angebotsseite und auf der Nachfrageseite in Verbindung mit zwei möglichen Geldformen und drei möglichen Geldsystemen. Grundlegend für eine optimale Wettbewerbswirtschaft im Sinn des »ordoliberalen« Wirtschaftsmodells von *Walter Eucken* sind die beiden Postulate eines Abbaues aller Monopole und Oligopole und einer funktionsfähigen Geldordnung, die *Eucken* mit dem »Prinzip vom Primat der Währung« zwar definiert, aber leider nur unzulänglich untersucht hat. Uns stellt sich also die Aufgabe, diese *ordoliberale Wirtschaftsordnung* als *theoretisches Modell* und als *Maßstab des westdeutschen Wirtschaftssystems* in Gegenüberstellung zum ostdeutschen Wirtschaftssystem zu prüfen.

4) Zum Begriff »Arbeitsmarkt« vgl. den Schlußabschnitt des Aufsatzes.

Auch die *Zentralverwaltungswirtschaft* kann in verschiedenen Formen auftreten, vor allem in verschiedenen Abstufungen zwischen totaler und partieller Planung. Die *totale Planung* des Wirtschaftsgeschehens in Produktion, Verteilung und Konsum bedeutet vollständige Entmündigung der Bürger und ist für den totalitären Staat das wirkungsvolle Mittel, die gesamte Wirtschaft und die ganze Arbeitsleistung der Bürger samt allen ihren Lebensäußerungen in den Dienst seiner machtpolitischen Ziele zu zwingen. Diese Praxis wurde nach kommunistischen Revolutionen – zuerst 1917 in Rußland durch Lenin und in jüngster Zeit in Kambodscha durch die Roten Khmer – mit rücksichtsloser Brutalität angewandt – praktisch als notwendiges Mittel zur Zerschlagung bestehender politischer und wirtschaftlicher Machtstrukturen, theoretisch als angebliche Übergangsphase zur Verwirklichung des Kommunismus mit vollständigem Abbau des Staates.

Die tatsächliche Entwicklung aber führte stets sehr schnell in den totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch mit dem Opfer von Millionen liquidierter oder verhungertes Menschen. Die notwendig werdenden Korrekturen der Entwicklung bewiesen auch den kommunistischen Staatsführungen, daß wirtschaftliche Effizienz nur durch Einführung wenigstens einiger marktwirtschaftlicher Elemente in die Wirtschaftsplanung⁵⁾ erreichbar war, wobei freilich die von der Freiheit drohenden Gefahren in Rechnung gestellt und abgewehrt werden mußten.

So bildeten sich im Ostblock mannigfache *Formen partieller Planung* mit einer in gewissen Rahmenplanungen gewährten Konsumfreiheit und mit einem sehr umfangreichen, komplizierten System statistischer Bedarfsfeststellungen, die als wichtige, aber nicht einzige Grundlage für die totale Planung der Produktion dienten. Obwohl dieses besonders in der DDR recht hoch entwickelte Wirtschaftssystem immer wieder zu großen Bedarfslücken und Engpässen führt und hinter der des »kapitalistischen« Westens trotz unbezweifelbarer wirtschaftlicher Erfolge hoffnungslos zurückbleibt, wird es nicht nur im Interesse staatlicher Machtpolitik, sondern auch aus ideologischen Gründen aufrechterhalten, nämlich zwecks sozialistischer Überwindung einer kapitalistischen Wirtschaftsvermachtung, also mit dem Ziel einer angeblich sozial gerechten Verteilung. Dabei sind freilich beide Motive längst unglaubwürdig geworden: Die Ablösung der wirtschaftlichen Macht durch die politische Macht eines bürokratischen Funktionsstaates kann durch die Behauptung »demokratischer Entscheidungsprozesse« kaum mehr getarnt werden, und die ursprünglichen Verteilungsprinzipien: »Jedem das Gleiche« oder: »Jeder nach seiner Leistungsfähigkeit, jedem nach seinen Bedürfnis-

5) Z. B. in Rußland durch Chruschtschows Reform 1957 nach dem Liberman-Plan; neue Preisfestsetzungen durch eine Kommission nach den tatsächlichen Knappheitsrelationen statt nach »Arbeitswerten«; Einführung eines Rentabilitätsindex als Richtschnur für staatliche Kapitalzuweisungen.

sen« haben sich längst aus einer utopischen in eine verlogene Phrase verwandelt.

IV. Wirklichkeit:

Die beiden deutschen Staaten mit ihren Wirtschaftssystemen

Wendet man die Polarisierung »Ost – West« auf die beiden durch diesen Gegensatz auseinandergerissenen deutschen Staaten in naiver Weise an, so kann man den Gegensatz zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland durch die folgende Gegenüberstellung bekannter Schlagworte charakterisieren, wenn auch in teilweisem Widerspruch zum jeweiligen Selbstverständnis:

allgemein: Kommunismus – Kapitalismus; also *gesellschaftlich:* sozialistische – freiheitliche Ordnung; *wirtschaftlich:* Planwirtschaft – Marktwirtschaft; *politisch:* Totalitarismus – Demokratie.

In Wirklichkeit sind allerdings für das im Spannungsverhältnis Ost – West liegende Mitteleuropa die Relationen wesentlich komplexer.

Für die DDR können wir uns auf Rudolf Bahro⁶⁾ als unverdächtigen Zeugen berufen, weil er trotz oder gerade dank seiner »Kritik des real existierenden Sozialismus« die Vorstellung eines »wahren Sozialismus« als »kommunistische Alternative« als Inhalt seines Glaubens und als Gegenstand scharfsichtig-nüchterner Argumente entwickelt hat.

Mit dem Begriff des »real existierenden Sozialismus« verweist Bahro auf den nachgerade offenkundig gewordenen Widerspruch zwischen Ideologie und Wirklichkeit. Entgegen der marxistischen Ideologie: »Auf das allgemeine Wesen des Sozialismus verweist Marx mit der Bemerkung, daß er die erste Phase des Kommunismus sei, also eben keine abgegrenzte, selbständige Formation mit eigenen Gesetzmäßigkeiten« (S. 26) charakterisiert er die Wirklichkeit der DDR: »Ein paar Jahre lang beruhte die offizielle Parteipolitik in der DDR auf der Idee, daß der Sozialismus keine kurzfristige Übergangsperiode, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab sei. Sie wurde nicht wirklich theoretisch begründet, obwohl man sie in einem dicken Buch ausbreitete. Sie war von vornherein feige formuliert.« (S. 19) – »Der Gegensatz . . . zwischen der Vision der Klassiker und der Wirklichkeit der neuen Gesellschaft . . . ist so evident, daß man sich sogar in den offiziellen Dokumenten auf die defensive Formel vom 'real existierenden Sozialismus' zurückgezogen hat. Dieses widerwillig reflektierte Schlagwort ist symptomatisch dafür, wie unseren herrschenden Parteien die marxistische Legitimation ihrer Praxis unter den Fingern zerrinnt.« (S. 20).

6) Rudolf Bahro: Die Alternative; zur Kritik des real existierenden Sozialismus; Europ. Verl., Anst., Köln 1977.

Dazu beruft sich Bahro auf ein Zitat (MEW 26.2./111)⁷⁾ über die antagonistische Realität, in der »die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozeß erkaufte wird, worin die Individuen geopfert werden.« (S. 137).

Als letzte Konsequenz dieser Entwicklung stellt Bahro fest, daß ein echter Gegensatz zwischen *Kapitalismus und Sozialismus* nur noch ideologisch besteht, aber faktisch zum Unterschied zwischen privatem und staatlichem Kapitalismus relativiert wurde. »Die Grundeinstellung der unmittelbaren Produzenten zu 'ihrem' Staat unterscheidet sich bis heute nicht wesentlich von der der Arbeiter im Kapitalismus zu 'ihrem' Konzern. Angesichts des Fortbestehens von Arbeitsteilung, Warenproduktion und Geld hat sich auch an den Prinzipien und der Gliederung der Leistungsbewertung nichts geändert. Der Lohn ist nichts als der vom Aneigner Staat gezahlte Preis der Ware Arbeitskraft. Es ist ein rein ideologischer Salto mortale, die Warennatur der Produkte im real existierenden Sozialismus anzuerkennen und zugleich die damit assoziierte Warennatur der Arbeitskraft zu verleugnen,« (S. 242). – »Die antietatistische, antiautoritäre Ideologie vieler Linksintellektueller im Westen hat... ihr historisches Recht in den bereits industrialisierten Ländern, in denen die materiellen Bedingungen für das Absterben des Staates heranreifen. Aber diejenigen Völker, die sich gerade erst für die Industrialisierung formieren, können nicht auf dieses Instrument verzichten, und ihr Staat kann, ja darf zunächst gar nicht anders als bürokratisch sein.« (S. 150). »Der Koloß, der sich in unserem real existierenden Sozialismus Partei- und -Regierung nennt, 'vertritt' die gemeinte freie Assoziation ebenso wie in allen früheren Zivilisationen der Staat die Gesellschaft vertrat.« (S. 36).

Bahro stellte sogar eine ideologische Legitimation dieser paradox erscheinenden Entwicklung fest durch den höchst bemerkenswerten Ausspruch Lenins (LW 25/369):⁸⁾ »Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein.« (S. 114).

Die saubere logische Alternative zwischen sozialistischer Planwirtschaft im Osten und »freier« kapitalistischer Marktwirtschaft in Westen hat sich also für die beiden in diesem Spannungsfeld existierenden deutschen Staaten teilweise aufgelöst, nämlich für die DDR, wie wir von Bahro erfuhren, durch Entartungserscheinungen und faule Kompromisse, dagegen für unsere Bundesrepublik, wie wir stolz zu wissen glauben, durch eine fruchtbare Synthese, genannt »*Soziale Marktwirtschaft*«.

7) MEW: K. Marx u. F. Engels, histor.-krit. Gesamtausgabe, hg. v. D. Rjasmanow u. V. Adoratschkij, 42 Bde. (1927–35).

8) LW: Lenin, Sämtliche Werke, deutsch nach der 2. russ. Ausg. des Lenin-Institutes Moskau (1929 ff.).

Aber auch hier klafft leider eine erhebliche Kluft zwischen Theorie und Wirklichkeit. Am Anfang, also in der Stunde Null unserer Bundesrepublik, stand das von Müller-Armack in Anlehnung an Euckens ordoliberales Wirtschaftsmodell entwickelte theoretische Konzept einer von privater Vermachtung und staatlichem Dirigismus möglichst freien und dadurch auch sozialen Marktwirtschaft mit möglichst vollkommener Wettbewerbsfreiheit, Verhinderung der Neubildung wirtschaftlicher Macht und »Einschränkung des Individualprinzips zugunsten eines verpflichtenden Sozialprinzips«. Aber die Wirklichkeit unseres Wirtschaftssystems hat sich in einem stürmisch verlaufenden *Restaurationsprozeß* weit entfernt von dieser ursprünglichen Theorie, die inzwischen in einem sich zuspitzenden Streit mit verkehrten Fronten zu einer Ideologie mit Alibi-Funktion verhärtete. Unter der Führung, wenn auch gegen die Absicht des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard (»Vater« der Sozialen Marktwirtschaft), aber unter dem wirtschaftlichen Druck unternehmerischer Gewinn-Interessen und dem politischen Druck aus Kreisen seiner eigenen Partei CDU erhielt das beschleunigte Wirtschaftswachstum vor den rein freiheitlich-sozialen Prinzipien die eindeutige Priorität im Dienst eines möglichst raschen Wiederaufbaues der völlig zerstörten Wirtschaft und im Hinblick auf eine allgemeine, auch dem Arbeiter zugute kommende Wohlstandssteigerung.

Trotz der erstaunlichen Erfolge des sogenannten »deutschen Wirtschaftswunders« ist der entstandene Widerspruch zwischen Sein und Sollen für den unvoreingenommenen Betrachter offenkundig – aber ebenso auch die grundsätzliche Möglichkeit seiner Überwindung durch Wiederannäherung einer verkehrten Wirklichkeit an eine Theorie, die sich trotz allem – wenn auch noch höchst unvollkommen – bewahrheitet hat. Stattdessen ging leider auch unsere Bundesrepublik den bequemeren Weg des faulen *Kompromisses*: unzulängliche Versuche einer Kontrolle jener Wirtschaftsmächte, deren Neubildung man nicht verhindert hatte oder verhindern wollte, und dafür höchst bedenkliche Kompensationsversuche durch zunehmenden Ausbau der Sozialstaatlichkeit mit Inflation der sozialen Ansprüche und mit sozialstaatlicher Kostenexplosion. So entpuppt sich bei genauerem Zusehen unsere vielgepriesene und vielgescholtene »Soziale Marktwirtschaft« als sozialstaatlich getarnte und verfälschte Form einer kapitalistischen Marktwirtschaft.⁹⁾ Aber trotz dieser grundsätzlichen Mängel hat sich unser bundesrepublikanisches Wirtschaftssystem nach den drei Maßstäben der wirtschaftlichen Effizienz, der persönlichen Freiheit und der sozialen Befriedung als weit überlegen bewährt im Vergleich zum Wirtschaftssystem der DDR und erst recht der übrigen Ostblock-Staaten, wie durch zahlreiche Zahlen und Daten (teilweise

9) Vgl. die eingehende Analyse bei Winkler: Was heißt »sozial« in der Sozialen Marktwirtschaft, Fragen der Freiheit, Heft 118, Dez. 1975

auch in weiteren Vorträgen unserer Tagung) hinlänglich belegt wird. Ja diese Überlegenheit zeigt sich sogar im Verhältnis zu manchen anderen westlichen Wirtschaftssystemen, in denen das marktwirtschaftliche Prinzip durch wirtschaftliche Privatmacht oder durch planwirtschaftliche und sozialstaatliche Maßnahmen noch stärker eingeschränkt wird.

V. Wettbewerb oder zentrale Planung?

Die Funktionsfähigkeit der *Marktwirtschaft* steht und fällt mit der Selbstregulierung durch einen möglichst vollständigen Wettbewerb im freien Kräftespiel von Angebot und Nachfrage. Diese Selbstregulierung sichert den ständigen Ausgleich zwischen den Einzelinteressen und die Koordinierung aller individuellen Einzelpläne. Wenn betont von einer »freien« Marktwirtschaft gesprochen wird, so charakterisiert das Beiwort »frei« nicht nur dieses wirtschaftliche Kräftespiel, sondern auch gesellschaftlich und moralisch die dem einzelnen Menschen zugestandene »freie Entscheidung« in der einzig sinnvollen Bedeutung dieses Begriffes, nämlich: freie Entscheidung nach Kenntnis der Gegebenheiten in rationaler Anpassung an sie und mit eingeschränkten Möglichkeiten zu ihrer Veränderung.

Genau diese Bedeutung hat auf dem *Warenmarkt* der Preismechanismus, d. h. erstens die freie Preisbildung durch das Verhältnis der Nachfrage zum Angebot und zweitens die stabilisierende Rückwirkung der frei gebildeten Preise auf eben dieses Verhältnis mit Anpassung zwischen Bedürfnissen und wirtschaftlichen Gegebenheiten. Es handelt sich also nicht um einen blinden Steuerungsmechanismus, sondern um ein wirkungsvolles Steuerungsmittel in der Hand des Konsumenten, der durch seine Entscheidungen als Käufer die Produktion nach Umfang, Qualität und Prioritäten im Sinn seiner eigenen Bedürfnisse und Wünsche steuern kann.

»Das ist zu schön, um wahr zu sein«, werden selbst Anhänger der Marktwirtschaft im stillen denken, während ihre Gegner mit aller Entschiedenheit betonen, daß diese schöne, bereits vor 200 Jahren von Adam Smith¹⁰⁾ entwickelte Theorie schlechthin falsch und durch die Wirklichkeit der liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung gründlich widerlegt sei.

Tatsache ist aber, daß sich diese Theorie, also das Modell der freien Marktwirtschaft auch in der Wirklichkeit bestens bewährt hat, aber natürlich stets nur dann, wenn – und nur insoweit, als – ihre notwendigen Voraussetzungen erfüllt waren, nämlich möglichst vollständiger freier Wettbewerb und stabile Kaufkraft des Geldes. Das hat die Geschichte unserer jungen *Bundesrepublik* – besonders zu ihrem Beginn durch das berühmte »Wirtschaftswunder« – überzeugend bewiesen und beweist sie noch heute im relativen Vergleich mit

10) Mit seinem Werk »Der Reichtum der Nation« (1776) wurde Adam Smith der Begründer der »klassischen Nationalökonomie«.

anderen Ländern genau im Maß der erfüllten Voraussetzungen. Diese selbstverständlichen Voraussetzungen dürfen nicht übersehen werden. Selbstverständlich ist der Preismechanismus nicht voll funktionsfähig, wenn der Wettbewerb durch Oligopole und Monopole eines kapitalistischen Wirtschaftssystems teilweise aufgehoben wird, und selbstverständlich kann er nur die gegenseitigen Relationen im Gefüge der Warenpreise regulieren, nicht das Preisniveau, das ausschließlich durch die Geldpolitik der Notenbank – freilich oft unter dem starken Druck der Regierungspolitik und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – bestimmt wird.

Beim Begriff der Marktwirtschaft denkt man *zunächst* aber nicht *nur* an den Warenmarkt. Das hier wirksame System der Selbstregulierung besitzt auf den anderen Märkten je eine vollständige Entsprechung. Wie die Preise auf dem *Warenmarkt*, so wirken die Zinsen auf dem *Kapitalmarkt* und die Löhne auf dem *Arbeitsmarkt*⁴⁾ erstens als Indikatoren, die durch das Verhältnis von Nachfrage zu Angebot die bestehenden Knappheitsrelationen anzeigen, zweitens als Regulatoren, die auf eben dieses Verhältnis ausgleichend, also stabilisierend zurückwirken. Aber wiederum ist die Fähigkeit der Selbstregulation an die von außen gesetzten Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft gebunden – eine entscheidende Voraussetzung, die im klassischen Liberalismus (Adam Smith) übersehen und von der ordoliberalen Schule (Walter Eucken) klar herausgearbeitet wurde. Hierzu gehört neben den bereits genannten Bedingungen der Monopolfreiheit und der Geldwertstabilität noch für den Kapitalmarkt und ganz besonders für den Arbeitsmarkt das Postulat der Vollbeschäftigung.

Nun bezweifeln die Kritiker und bestreiten die Gegner der Marktwirtschaft, daß diese notwendigen Bedingungen mit voller Wahrung marktwirtschaftlicher Prinzipien realisierbar seien. Hierauf begründen sie ihren Vorschlag bzw. ihre Forderung, die Marktwirtschaft durch planende und steuernde Maßnahmen zu ergänzen bzw. durch zentrale Planwirtschaft zu ersetzen. Daher begegnet uns in der Wirklichkeit von heute eine große Bandbreite von der kommunistisch-totalitären Wirtschaftsplanung etwa in Rußland über mannigfache Mischformen von markt- und planwirtschaftlichen Elementen beispielsweise in Jugoslawien oder ansatzweise im Prager Frühling – theoretisch weiter entwickelt von Ota Šik – bis hin zu westlichen Modellen der Wirtschafts-Lenkung oder -Steuerung mit demokratischen Entscheidungsprozessen.

Wir befinden uns also wieder im Zwischenbereich zwischen Realität und Theorie, zwischen Sein und Sollen. Da die angeschnittene grundsätzliche Argumentation für oder gegen die Marktwirtschaft sich nur im Rahmen eines

4) Vgl. Fußnote Seite 5!

theoretischen Modells durchführen läßt, liegt sie am Rand unseres Themas und kann erst zum Abschluß (in VI) noch in groben Umrissen skizziert werden als Einstieg in eine für das Reich der Zukunft und des Sollens offene Untersuchung. Im Reich des Seins aber beschränkt sich unser Thema auf die Beispiele der beiden deutschen Staaten mit Absehen von allen anderen noch möglichen und zum Teil verwirklichten Zwischenformen.

Zu den bereits erwähnten Einschränkungen der bundesrepublikanischen Marktwirtschaft ist nachzutragen, daß auf dem *Arbeitsmarkt* das freie Kräftespiel von Angebot und Nachfrage fast völlig außer Kraft gesetzt ist durch eine demokratische, d. h. politisch-rechtliche Regelung zwischen den Tarifpartnern, also zwischen »Arbeitgebern« und »Arbeitnehmern« in den organisierten Formen von Unternehmerschaft und Gewerkschaft. Diese Regelung ist nur durch die geschichtliche Entwicklung gerechtfertigt, weil die Vollbeschäftigung als unerläßliche Vorbedingung eines sinnvoll funktionierenden freien Arbeitsmarktes über lange Zeiträume nicht erfüllt und zu keiner Zeit garantiert war. Damit ist das Prinzip der Marktwirtschaft auf einem wichtigen Teilgebiet durchbrochen; die Selbststeuerung durch jederzeit flexible – auch nach unten flexible – Löhne kann nicht durch vertraglich auf feste Zeiträume fixierte Tarife ersetzt und bestenfalls nur dann in ihrem Effekt grob angenähert werden, wenn die Verhandlungspartner sich in ihren Erwartungen und Forderungen rational an den jeweiligen wirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren. Daß die »ultima ratio« von Kampfmaßnahmen wie Streik und Aussperrung solche Rationalität stört oder gar völlig zerstört, liegt auf der Hand und wird durch naheliegende Beispiele sehr drastisch belegt. Unsere bundesrepublikanische Wirtschaft ist nicht zuletzt deshalb so erfolgreich, weil fehlende Wettbewerbsmechanismen durch vernünftiges Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer annähernd ausgeglichen werden. Die Existenz von Wirtschaftsverbänden ist Folge und Ursache für ein teilweises Versagen der Marktwirtschaft; aber die trotzdem noch immer hohe Leistungskraft unserer deutschen Wirtschaft ist das Verdienst der guten Politik unserer Verbände, besonders der maßvollen Politik unserer Gewerkschaften.

Nur nebenbei sei bemerkt, daß die *Planwirtschaft* natürlich das Problem der Vollbeschäftigung nicht kennt, da sie auch die Arbeit und den arbeitenden Menschen voll in ihre Planung einbezieht und den hierfür erforderlichen Kostenaufwand aus Steuermitteln, d. h. auch noch aus wesentlich verringerten Arbeitserträgen ihrer Bürger deckt, ohne an die Bedingung der volkswirtschaftlichen Effizienz gebunden zu sein.

Wenn wir nun zum Vergleich fragen, wie sich die *Planwirtschaft* speziell in der DDR bewährt habe, so erhalten wir kompetente und gut begründete Auskünfte von unserem Gewährsmann Rudolf Bahro, der diese Wirtschaftsweise aus eigener Arbeit als ein wegen seiner Tüchtigkeit geschätzter Funktionär seit

25 Jahren sehr genau kennt und auch als bewußter Widerstandskämpfer gegen ein verkehrtes Verwaltungssystem, aber nach wie vor überzeugter Marxist, gerecht und objektiv zu beurteilen vermag.

Grundsätzlich bejaht Bahro die Planwirtschaft nicht als Selbstzweck, wohl aber als Notwendigkeit mit folgender Begründung: »Der Plan ist absolut notwendig, sobald sich Entwicklungsrichtung, Wachstumsstopp und Proportionalität der Produktion, was den gesamt-gesellschaftlichen Maßstab betrifft, nicht mehr empirisch über den Marktmechanismus herstellen. Die Bedürfnisse der Gesellschaft, über die im Kapitalismus die zahlungsfähige Nachfrage informiert, müssen nun in einen planwirtschaftlichen Bedarf übersetzt werden, wobei natürlich die begrenzten Mittel zu ihrer Befriedigung mitspielen.« (S. 181). In voller Übereinstimmung mit den westlichen Kritikern einerseits der Marktwirtschaft, andererseits des Kapitalismus nennt er also zwei Gründe für die Notwendigkeit zentraler Planung, nämlich erstens die angeblich unzulängliche Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus vor allem im Hinblick auf moderne wirtschaftliche Entwicklungsprobleme, zweitens die mit dem Begriff »Zahlungsfähigkeit« angedeutete soziale Ungerechtigkeit des Kapitalismus. Beide Einwände sind als Seins-Aussagen über die Wirtschaftssysteme des Westens – auch unserer Bundesrepublik – durchaus berechtigt, erfordern jedoch als Sollens-Aussagen über die Marktwirtschaft an sich noch genauere Untersuchungen. Aber diese Kritik bedeutet keinesfalls eine Entlastung für östliche Wirtschaftssysteme. Denn Bahros schwerwiegende Einwände gegen Handhabung und Auswirkungen der Wirtschaftsplanung in der DDR beweisen, daß durch solche Planung die genannten beiden Fehler keineswegs überwunden, sondern eher noch verstärkt und um zusätzliche Fehler vermehrt werden.

Am aufschlußreichsten ist der krasse Widerspruch zwischen dem ungeheuren Planungsaufwand und dem vergeblich angestrebten Ziel. »Die Primärdaten-Erfassung (bzw. -Erfindung) . . . auf allen Ebenen der Hierarchie« erfordert nach Bahro »ein ungeheures Zahlenspiel«, um »die Erzeugnis- und Leistungsstruktur zwei- bis dreimal jährlich (Planentwurf, Plan, präzisierter Plan, Plankorrekturen) für die zahllosen Positionen, in die sie aufgegliedert und unter die verschiedenen Wirtschaftszweige und -einheiten verteilt ist, 'materiell' (d. h. nach Menge, z. B. Stückzahl), finanziell und zeitlich durchzurechnen sowie die Aufwände an Arbeitszeit, Maschinerie und Material dafür zu bilanzieren.« (S. 181). Zwar sei die Methode wissenschaftlich genau; denn man könne voraussetzen, daß »mathematisch richtig gerechnet wird, bis in die zweite Stelle hinter dem Komma, in jenem buchhalterischen Geist, der unsere Ökonomie en detail so kleinkariert macht. Mit den modernen Rechenmaschinen stellt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch hinsichtlich ihres Kraftaufwandes ein prinzipiell lösbares Problem dar, sobald einmal die

Phase der Anpassung an die elektronische Datenverarbeitung absolviert ist.« (S. 181f.). Aber die Wissenschaftlichkeit der Planung hört schon bei »ihren Prämissen auf, also ehe sie beginnt. Diese Prämissen, ich meine die Prioritäten und Präferenzen, die in die Ausarbeitung eingehen, können gar nicht wissenschaftlich-objektiv bestimmt werden, so lange es in einer Gesellschaft antagonistische Interessen gibt, wie sie mit der ungleichen Verteilung knapper Existenz- und Genußmittel, sowie mit der ungleichmäßigen Verteilung von Bildung und Arbeit als Mitteln zur Selbstentwicklung und zur Aneignung der Kultur gegeben sind. Und der bürokratische Interessenausgleich von oben, dessen Hauptinstrument die Planung ist, kann zwar das Überschießen bestimmter partikulärer Interessen dämpfen, das 'natürliche' Parallelogramm der Kräfte zeitweise verzerren – Geltung verschafft sich die reale Differenz doch! – Vor allem aber liegt es im Wesen der hierarchischen gesamtstaatlichen Arbeitsorganisation, mit den Ebenen ihres eigenen Apparates einen alles durchdringenden, neuen vertikalen Aufbau von Interessengegensätzen zu schaffen.« (S. 182).

Die erste Voraussetzung jeder Planung, nämlich die Informationbeschaffung erkennt Bahro als ein Problem, das die Planwirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft aufs stärkste belastet. Denn »die Geldzirkulation, die auf dem Wertgesetz beruhende Kostenrechnung usw. stellen in ihrem allgemeinen Wesen die historisch notwendige, weil bis heute entwickeltste sekundäre Materialisierung des Informationsaustausches über die ökonomischen Bedürfnisse der Gesellschaft dar.« (S. 159).

Damit anerkennt der Planungs-Funktionär allerdings bewußt nur die *eine* Seite des Preismechanismus, nämlich die Funktion der Preise als Indikatoren, nicht als Regulatoren, obwohl er die schwerwiegenden Folgen dieser ideologischen Entscheidung klar durchschaut: »Alle diese Dinge sind hoffnungslos rationiert, weil es de facto keinen ökonomischen Mechanismus gibt, um Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen. Der Plan selbst ist hier der permanente Störenfried.« – »Das bürokratische Universum krümmt sich, wie das kosmische nach dem relativistischen Kalkül, überall in sich zurück, es führt keine Linie aus ihm hinaus.« (S. 253).

Und mit der unheilvollen *Bürokratie* hat Bahro ja hinlänglich Erfahrungen gesammelt: »Die Plandisziplin wird zum Selbstzweck, als Mittel zur Unterwerfung unter die hierarchische Rangordnung.« – »Die Überdetermination der Basis, die Orientierung der unteren Funktionäre auf bürokratische Disziplin statt auf industriellen und ökonomischen Erfolg bewirkt natürlich das Gegenteil von Intensivierung.« (S. 186).

Die schlimmste Auswirkung dieser Bürokratie ist die Zerstörung jeder sinnvollen Motivierung, also der Arbeitsmoral und der politischen Verantwortung: »Dem einzelnen Bürokraten tritt das gesellschaftliche Bedürfnis nicht

über den Markt, sondern über den Plan vermittelt entgegen. Das macht den Unterschied, daß ihm dort, wo dem Bourgeois, wenn er den Markt versieht, Reichtum versprochen ist, im Falle der Planerfüllung nur Vermeidung von Ärger winkt und allenfalls ein Anteil an der inflationären Schwemme von Orden und Auszeichnungen.« (S. 259). – »Die Bolschewiki mußten mit Hilfe der Gewerkschaften Disziplinargerichte gegen Bummelantentum und Produktionsdiebstähle einrichten und versuchen, gegen die starke gleichmacherische Tendenz ein Prämiensystem durchzusetzen.« (S. 122).

Die moralische Zersetzung erfaßt in anderer, womöglich noch schlimmerer Weise auch den bürokratischen Funktionär; er »verwickelt sich . . . in den Kampf um politische und administrative Machtpositionen statt in den Wettstreit um ökonomische Erfolge für die Gesellschaft.« (S. 261).

So ergibt sich das vernichtende Urteil: »Die Gesellschaft hat in dieser Beziehung allen Grund zum Verdacht, daß das bürokratische 'System der organisierten Verantwortungslosigkeit' (eine ausgezeichnete begriffliche Prägung von Andras Hegedüs) sie ebenso teuer zu stehen kommt wie die kapitalistische Anarchie.« (S. 188).

Selbstverständlich ist für einen moralisch motivierten Marxisten wie Rudolf Bahro die Wirtschaftsverfassung nicht Selbstzweck, sondern Vorbedingung für die Erreichung des *sozialistischen Zieles*: »Die reale Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, wird zu einer Frage der praktischen Politik auf Tod und Leben.« (S. 16). Dafür nimmt er einen unvermeidlichen Verlust an persönlicher Freiheit bewußt in Kauf: »Gesamtgesellschaftliche oder vielmehr gesamtstaatliche Planung und Leitung einmal gegeben, kann auch die 'Autonomie' der sogenannten Teil- bzw. Subsysteme immer nur in einem eng umschriebenen Sinne gegeben sein, der etwas qualitativ anderes meint als in der Autonomieforderung für das Individuum beschlossen liegt. Die Autonomie des industriellen Subsystems ist ein Ermessens-, aber nur bedingt ein Freiheitsspielraum für das menschliche Selbstbewußsein.« (S. 201). Aber er warnt vor einer falschen Anwendung des Gleichheitsprinzips im Sinn einer Nivellierungstendenz: »Das Fortschrittsproblem besteht niemals hauptsächlich darin, günstige Entwicklungsbedingungen zu vernichten, nur weil sie Privilegien sind, sondern sie zu verallgemeinern.« (S. 174).

Fast resigniert muß er feststellen, daß das sozialistische Ziel der Gleichheit und Emanzipation aller Menschen heute in den sozialistischen Industriegesellschaften noch ebenso wenig erreicht und fast ebenso schwer erreichbar ist wie in den kapitalistischen: »Wie sich zeigte, stört der Mensch in den komplexen Industriegesellschaften beider Formationen auf allgemeinere, nicht an eine spezifische Klassenstruktur gebundene Hemmnisse der Selbstverwirklichung, auf eine Schicht von Herrschaftsverhältnissen, die mit dem Kapital noch längst nicht weicht.« (S. 305). Allerdings unterliegt hier Bahro einer op-

tischen Täuschung, weil er trotz besseren Wissens übersieht, daß bis heute das Kapital die östlichen Industriegesellschaften in Form des Staatskapitalismus noch ebenso beherrscht wie die westlichen in Form des Privatkapitalismus.

VI.

Das dialektische Verhältnis zwischen Theorie und Wirklichkeit

Was die vorstehenden, aus dem Gesamtzusammenhang herausgerissenen Zitate vorerst nur in unklarer Vermischung und gegenseitiger Durchdringung zum Ausdruck bringen konnten, zeigt Bahros Buch in klarer Gegenüberstellung durch die inhaltliche Gliederung und bereits durch die beiden Titel-Formulierungen: * »*Kritik des real existierenden Sozialismus*« (Inhalt des Teiles II) und »*Die Alternative*« (Teil III): nämlich die dialektische Relation zwischen dem *Sein*, das heißt der Theorie als kritische Beschreibung und Analyse einer bestehenden Wirklichkeit, und dem *Sollen*, das heißt der Theorie als Modell oder Norm zur Umgestaltung dieser Wirklichkeit. Es wäre eine unzulässige Verkürzung, wenn diese, zwar am Rand unseres Themas liegende und doch zu seinem eigentlichen Verständnis notwendige, Problematik nicht wenigstens noch zum Abschluß in einer leider allzu gedrängten Zusammenfassung zum Tragen käme.

Wie wir wissen und von Bahro bestätigt erhalten, konnte das *sozialistische Ziel* der Gleichheit auf dem Weg über zentrale Planung selbst um den Preis eines Opfers an wirtschaftlicher Effizienz und persönlicher Freiheit weder in der DDR noch in irgend einem anderen kommunistischen Staat auch nur annähernd erreicht werden. Die ehemals feudale Stände-Hierarchie und die noch immer im Westen bestehende kapitalistische Klassen-Hierarchie wurde im Osten lediglich durch eine neue, nämlich bürokratische Funktionärs-Hierarchie abgelöst. Ob das Ziel grundsätzlich – in der Theorie – erreichbar ist, etwa als die »kommunistische Alternative« nach Rudolf Bahro, als der »dritte Weg« nach Ota Šik oder nach irgend welchen höchst unklaren Modellvorstellungen westlicher Neomarxisten, ist eine noch immer heftig umstrittene Frage. Dagegen bestehen gewichtige Argumente, deren Diskussion wir uns aber hier versagen müssen.

Andererseits erhebt das sozialistische und kommunistische Lager berechnete, im vorstehenden erst zum Teil erörterte Einwände gegen das westliche Wirtschaftssystem, das in unserer Terminologie als »freie« oder auch als »Soziale Marktwirtschaft«, in der gegnerischen Terminologie als »kapitalistische Wirtschaft« bezeichnet wird, ohne daß gegen diese Bezeichnung ein ernstlicher Einspruch aus dem sogenannten »freiheitlichen« Lager erhoben wird oder erhoben werden kann. Offensichtlich steht hinter solcher terminologi-

* Siehe Fußnote Seite 48.

schen Zwiespältigkeit eine noch unzureichend geklärte sachliche Problematik, die ebensowohl die Theorie wie die Wirklichkeit betrifft.

Die sozialistischen Angriffe schlagen den Sack »Marktwirtschaft« und meinen den Esel »Kapitalismus«. In der Tat ist es kaum möglich, den *Wettbewerb* als die tragende Grundlage der Marktwirtschaft richtig zu verstehen und überzeugend zu verteidigen, wenn man ihn nicht mit aller Entschiedenheit gegen die Verwechslung mit kapitalistischem Konkurrenzkampf in Schutz nimmt. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb des fairen Leistungstausches zugunsten möglichst hoher Effizienz einer monopolfreien Wirtschaft ist das genaue Gegenteil des in unserer Wirtschaft ständig praktizierten kapitalistischen Kampfes zur Vernichtung der Konkurrenten, also zur Schaffung von Oligopolen oder gar Monopolen.

Es handelt sich um die heftig umstrittene Frage, ob der Wettbewerb wirtschaftliche Machtballung durch Aufteilung und Gleichgewicht von Macht verhindert, wie die liberalistische Wirtschaftslehre (Adam Smith) und insbesondere die ordoliberalen Schule (Walter Eucken) behauptet, oder ob er sich nicht vielmehr stets zugunsten des Stärkeren auswirkt, also bestehende Machtverhältnisse noch vergrößert, wie die Gegner behaupten. Die Antwort ist einfach: Es gibt eine kritische Grenze ungleicher Machtverteilung; unterhalb dieser Grenze hat der Wettbewerb die erstgenannte, also ausgleichende und stabilisierende Wirkung, weil jeder Wirtschaftsteilnehmer den Wettbewerb mit dem Konkurrenten nur aus seiner laufenden Leistung und durch Leistungssteigerung bis an die Grenze seiner Fähigkeit oder Bereitschaft bestehen kann. Oberhalb dieser Grenze aber ist stets der Stärkere gewillt und fähig, durch einen zunächst verlustreichen Einsatz seiner finanziellen Reserven den Konkurrenten zu vernichten, um dann im Alleinbesitz der Macht seine zeitweisen Verluste in vervielfachte Gewinne umsetzen zu können.

Damit stehen wir beim zentralen Problem der ganzen Auseinandersetzung, nämlich dem *Machtproblem* und dessen unsicherer Gegenposition, aufgesplittet in die teilweise kontroversen Probleme der *Gleichheit* und (oder) der *Freiheit*. In der neueren Geschichte wurde die absolute Macht des Staates und der Stände-Privilegien gebrochen durch den politischen und wirtschaftlichen Liberalismus, also den demokratischen Rechtsstaat und die freie Marktwirtschaft. Hieraus erwuchs der, durch Wirtschaftsmacht und Klassenherrschaft charakterisierte, Kapitalismus, der seinerseits nach kommunistischer Ideologie durch eine herrschaftsfreie, klassenlose Gesellschaft überwunden werden sollte, stattdessen aber nach kommunistischer Praxis nur durch eine neue noch drückendere Form von absolutem Staat und Klassenherrschaft abgelöst wurde.

Das gesellschaftliche Problem der Macht – definiert durch Macht und Freiheit von wenigen, Entmündigung, Unterdrückung und Ausbeutung der Mehr-

heit – kann grundsätzlich nicht gelöst werden durch Konfrontation und Gegengewicht zwischen privatwirtschaftlicher und staatlicher Macht oder zwischen wirtschaftlichen Machtgruppen, etwa zwischen verschiedenen Großunternehmen oder zwischen gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, zwischen Kapital und Arbeit. Eine echte und dauerhafte Lösung ist nur möglich durch Zerstreung der Macht, das heißt grundsätzliche, nicht nur ideologische, sondern faktische Gleichheit der individuellen Macht- und Freiheits-Spielräume für alle Staatsbürger – natürlich und besonders auch im Raum des Wirtschaftslebens. Die sozialistische Angst vor Verwirklichung der persönlichen Freiheit beruht auf deren, im kapitalistischen Wirtschaftssystem üblichen, Mißbrauch zur Pervertierung in übersteigerte Freiheit einiger weniger, also zu deren Machtposition. Aber in einer echten Wettbewerbswirtschaft, also in einer von privater Vermachtung wie von staatlichem Dirigismus freien Marktwirtschaft, ist die *persönliche Freiheit* untrennbar verbunden mit *Chancengleichheit* für die persönliche, auch die wirtschaftliche Entfaltung des einzelnen. Die Teilnahme eines jeden an den produzierten Gütern und Dienstleistungen entspricht auf Grund des fairen Leistungsaustausches genau seinem eigenen Beitrag, und dabei bleibt ihm auch die Wahlfreiheit zwischen einem hohen Lebensstandard bei anstrengendem oder einem bescheideneren Lebensstandard bei beschaulichem Leben. Übrigens ist auch der bescheidene Lebensstandard noch mehr als auskömmlich, wenn in der modernen Wirtschaft die bei geringstem Arbeitsaufwand äußerst hohe Produktionsleistung *allen* anteilmäßig zugute kommt bei einer mit sehr geringen Differenzen breit gestreuten Einkommenskurve. In diesem Sinn ist die wahrhaft freie Marktwirtschaft in ihrem Wesen und in ihrer Auswirkung zugleich eine soziale Marktwirtschaft.

Dieses – heute von den meisten wohl als utopisch empfundene – Idealbild einer Wettbewerbsgesellschaft mußte entworfen werden, um deren Wesen zu verstehen und gegen die katastrophale, aber nur schwer ausrottbare kapitalistische Mißdeutung zu schützen. Dabei mögen zur Vermeidung weiterer Mißverständnisse die hier verwendeten Schlüsselbegriffe wenigstens beiläufig geklärt werden. »*Kapital*« ist ein durch Arbeit geschaffenes, für die moderne Wirtschaft unentbehrliches Subsistenzmittel zwecks Produktivitätserhöhung der Arbeit, wird aber im »*Kapitalismus*« zugleich als Machtmittel zur teilweisen Abschöpfung des so erhöhten Arbeitsertrages aus fremder Arbeit mißbraucht. Als »*Leistung*« im Sinn eines echten Beitrages zum Sozialprodukt und eines Anspruchs auf äquivalente Gegenleistung wird hier nicht nur die produktive Tätigkeit des Arbeiters, sondern ebenso auch die organisatorische Leistung des Unternehmers und die Leistung der Kapitalneubildung, insbesondere Schaffung einer neuen Kapitalart, verstanden im Gegensatz

zum leistungslosen Einkommen in Form der Grundrente aus der Monopolstellung des Grundbesitzers und des Zins- bzw. Rentenertrages aus der Monopolstellung des Kapitalbesitzers (des »funktionslosen Investors« nach John Maynard Keynes).

Mit diesem *Modell-Entwurf* ist die Grenze des gestellten Themas erreicht oder bereits überschritten, auch wenn er eine Fülle von Fragen aufwirft, die im vorliegenden Rahmen nicht mehr befriedigend beantwortet werden können – vor allem die beiden Grundfragen nach der theoretischen Schlüssigkeit und der praktischen Realisierbarkeit des Modells. Zur ersten Frage sei lediglich bemerkt, daß es sich um die zu Ende gedachten Konsequenzen aus Euckens ordoliberalem Wirtschaftsmodell handelt¹¹⁾; zur zweiten Frage seien noch einige abschließende Erläuterungen über die reale Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsmodelles angefügt, während die rein politische Frage der Realisierung im Widerstand gegen bestehende Machtstrukturen über die vorliegende Untersuchung weit hinausgeht.

Wir sahen, daß der Wettbewerb für sich allein das Machtproblem nicht lösen kann, weil er nur in einem gesellschaftlichen Zustand relativ geringer Machtdifferenzen diese zu einer Gleichgewichts-Situation auszugleichen vermag, während er bereits existierende stabilisierende Machtstellungen nicht überwindet, sondern eher noch verstärkt. Daher stand am Anfang der meisten, insbesondere der kommunistischen Revolutionen der politische Entschluß, bestehende Machtstrukturen zu zerbrechen. Vor allem handelt es sich um die beiden Machtstrukturen des traditionellen etablierten Feudalismus und des neu entstandenen Kapitalismus, also um *das Boden- und das Geld-Problem*. Die gesellschaftliche Lösung gelang hinsichtlich des ersten dieser beiden Monopolstellungen wenigstens zunächst durch gewaltsame Bodenenteignung, allerdings mit anschließendem Mißerfolg aufgrund ideologischer Fehler; für das zweite Monopol mißlang der Lösungsversuch bereits im ersten Ansatz infolge einer ideologisch bedingten krassen Unkenntnis über das Wesen des Geldes.

Tatsächlich ist *das Geld* als Tauschmittel und Wertmesser Voraussetzung der freien Preisbildung und damit unentbehrliches Mittel der auf Wettbewerb begründeten Marktwirtschaft. Hierzu steht aber seine weitere Eigenschaft als Wertaufbewahrungsmittel im Widerspruch; denn sie erlaubt dem Geldbesitzer je nach Wirtschaftslage die Zurückziehung größerer Geldmengen aus dem Wirtschaftsverkehr als Liquiditätsreserve in spekulativer Absicht: zur Vermeidung von Verlusten, zur Erzielung höherer Gewinne und besonders zum Rückzug in die Wartestellung auf eine attraktivere zinsbringende Anla-

11) und zwar in überzeugender Konvergenz mit der schon fünfzig Jahre zuvor entwickelten »Natürlichen Wirtschaftsordnung« des »genialen Außenseiters« Silvio Gesell, der z. B. von John Maynard Keynes eingehend gewürdigt wird mit dem Urteil: »Ich glaube, daß die Zukunft vom Geist Silvio Gells mehr lernen wird als von dem des Karl Marx.«

gemöglichkeit. Dieses Verhalten, das besonders deutlich in der Krisen der klassischen Konjunkturzyklen erkennbar und wirksam war, bedeutet für den Initiator die Schaffung und Verstärkung seiner wirtschaftlichen Machtposition, aber für die Wirtschaft eine Unterbrechung des Kreislaufes, also Absatzstockung und als Folge Produktionsstockung und Arbeitslosigkeit.

Auf Grund dieser Erfahrungen ist die kommunistische Ideologie verständlich, die sich aber fälschlicherweise gegen das Geld an sich als das »Instrument der kapitalistischen Marktwirtschaft« richtet. Tatsächlich wurde in der russischen Oktoberrevolution 1917 – ebenso wie später von den Roten Khmer in Kambodscha – zunächst das Geld völlig abgeschafft und durch volkswirtschaftlichen Gütertausch mittels Wertberechnungen in Budget-Büchern ersetzt. Die Folge war ein jäher Absturz in primitive Selbstversorgungswirtschaft, Verelendung und Hungertod von Millionen Menschen und ein völliger wirtschaftlicher Zusammenbruch, der 1921 zur Wiedereinführung des Geldes zwang – aber nun in der genau falschen Form: seine nützliche und notwendige Eigenschaft als Wertmesser und damit auch weitgehend seine Funktionsfähigkeit als Tauschmittel wurde durch staatliche Preisfestsetzungen nach der Marx'schen Arbeitswert-Theorie außer Kraft gesetzt; aber seine schädliche Eigenschaft als Wertaufbewahrungsmittel wurde beibehalten und öffnete die Hintertür für das neuerliche Eindringen des Kapitalismus in der gewandelten und getarnten Form des Staatskapitalismus.

Diese Überlegungen führen uns zu der abschließenden Feststellung, mit der wir nun endgültig trotz aller noch offen bleibenden Fragen¹²⁾ abrechnen müssen: Voraussetzung der richtig verstandenen Wettbewerbsordnung ist die Beseitigung der beiden traditionell verankerten Monopole, also erstens die Einführung eines sozialen Bodenrechts, das allen Bürgern (mit Einschluß der jeweiligen augenblicklichen Bodenbesitzer) den Zugang zum Boden unter gleichen Wettbewerbsbedingungen öffnet; zweitens die Einführung einer funktionsfähigen Ordnung eines neutralen Geldes, vor allem Wahrung der stabilen Kaufkraft mit Umlaufsicherung des Geldes. Die Umlaufsicherung durch Einschränkung der Wertaufbewahrungsfunktion (das heißt Durchhaltekosten für stillgelegtes Geld) ist aus zwei Gründen erforderlich: erstens um die Wirksamkeit der Geldmengenregulierung zwecks Kaufkraftstabilisierung zu sichern (»Indexwährung«) und zweitens um die kapitalistische Entartung der Marktwirtschaft langsam aber sicher zu überwinden. Die Überwindung ergibt sich von selbst durch konsequente Fortsetzung jener wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie im Hochkapitalismus bei jedem Konjunkturaufschwung bis zur jähen Unterbrechung durch die nächste Krise abließ: Die ständige Ka-

12) die immer wieder in den »Fragen der Freiheit« behandelt werden; vgl. z. B. die einschlägigen Aufsätze von Ernst Winkler (in den Heften 129 u. 135), Hans Hoffmann (102), Walter Aden (122), Felix G. Binn (127), Fritz Penserot (127), Reinhold Kraeger (134)

pitalvermehrung bewirkt ein ständiges Fallen der Kapitalrendite («Grenzleistungsfähigkeit» des investierten Kapitals) und damit auch des Geldzinses, das heißt deren zunehmende Überführung in den stetig zunehmenden Arbeitsertrag. Bei Umlaufsicherung des Geldes kann diese Entwicklung nicht mehr von der Geldseite her unterbrochen werden, auch wenn Rendite und Zins bis nahe an den Nullpunkt absinken und nur noch für Kapitalneubildung jeweils eine kurzfristig hohe, aber ebenfalls rasch auf Null sinkende Rendite als »Kapitalbildungsprämie« erzielt werden kann.

In kommunistischer Darstellungsweise bedeutet dieser Prozeß eine *Sozialisierung* nicht des Kapitaleigentums, sondern des Kapitalertrages durch Überführung in die gesellschaftliche Verfügung im allgemein individuellen, nicht im kollektiven, Sinn, nämlich Überführung in den Arbeitsertrag, also Beseitigung der Ausbeutung, aber nicht auf dem Weg der Gewalt, der Bürokratie und der zentralen Wirtschaftsplanung, sondern auf rein marktwirtschaftlichem Weg mit voller Wahrung der persönlichen Freiheit. Damit wird auch der – im Kapitalismus offenkundige, im Marxismus lediglich verdeckte – Gegensatz zwischen *Kapital und Arbeit* überwunden. Zugleich entfällt der mit Menschenwürde unverträgliche Begriff des »Arbeitsmarktes« als gegenstandslos, wenn jedem tüchtigen, unternehmungsfreudigen Arbeiter durch sein hohes Einkommen und das reiche Angebot billigen Geldkapitals der Weg in die Selbständigkeit mit eigenem Besitz der erforderlichen Produktionsmittel geöffnet wird und sein im freien Wettbewerb erzieltetes Arbeitseinkommen als Richtschnur für das Einkommen der in gleicher Sparte unselbstständig Arbeitenden dient. Diese sind dann nicht mehr abhängige Lohnempfänger, sondern freie Mitarbeiter in einem partnerschaftlich geführten Betrieb, der nicht die Lohnkosten auf der Passivseite, sondern den gemeinschaftlich erarbeiteten Gewinn auf der Aktivseite seiner Bilanz verbuchen wird.

Freiheit und Ordnung

die zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe unserer Zeit

– Gedanken zum Jahreswechsel –

Fritz Penserot

Das Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur will Gedanken und Vorstellungen entwickeln, wie eine dem Wesen des Menschen gemäße Gesellschaftsordnung beschaffen sein muß. Gelingt es in absehbarer Zeit nicht, eine menschliche, humane Lebensordnung zu errichten, so werden uns die apokalyptischen Mächte in Ost und West und bei uns selbst mitsamt dem Leben auf der ganzen Erde vernichten.

Denn die Menschenrechte sind nicht nur in weitesten Teilen der Welt nicht verwirklicht, sondern auch unsere eigene Verfassungswirklichkeit entspricht nicht dem Auftrage unseres Grundgesetzes: die vielgerühmte »freiheitlich-demokratische Grund-Ordnung« gibt es so, wie sie gedacht ist, in der praktischen Wirklichkeit unseres Zusammenlebens nicht; die Unantastbarkeit der Würde des Menschen gemäß Artikel 1 unseres Grundgesetzes ist keineswegs durchgängig gewahrt in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein Verhängnis scheint über Deutschland zu walten, daß die Deutschen nicht zu sich selbst finden, nicht in der Aufbruchzeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts (denken wir nur an Hölderlins Klage über die Deutschen im »Hyperion«), nicht in der Mitte des 19. Jahrhunderts (als die Freiheitsbestrebungen der besten Männer der Paulskirche sich nicht gegen die reaktionären Mächte ihrer Zeit durchsetzen konnten), nicht zu Beginn dieses Jahrhunderts (Rilke 1923: »Kein Zweifel, daß es Deutschland ist, das, indem es sich nicht erkennt, die Welt aufhält«), nicht nach dem letzten Kriege (»Wir wissen nicht, wer wir sind. Das ist die deutsche Frage«, so Dolf Sternberger).

Auch zahllose Hinweise von Politikern, Publizisten, Wirtschaftsführern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf die Prosperität in der Bundesrepublik Deutschland können nicht darüber hinwegtäuschen, daß von einer wirklich freiheitlichen, den Menschen in den Mittelpunkt aller Bestrebungen stellenden Gesellschaft nicht die Rede sein kann. Was wir haben, ist in Wahrheit ein »real existierender Kapitalismus«, verbrämt und gemildert durch einen großzügig ausgebauten – und eben dadurch aber auch die Freiheit einengenden – »Daseinsvor- und -fürsorgestaat«, sowie eine sich immer stärker durchsetzende Tendenz zur Zentralisierung und Bürokratisierung – und das heißt weitere Einengung oder gar völlige Beseitigung jeglicher Selbstverwaltung und Selbstbestimmung – in allen Lebensbereichen. Was heutzutage von unseren Parteipolitikern und Regierenden alles als »Reformen« ausgegeben wird, ist, wenn auch sicher ungewollt, zumeist nichts anderes als die praktische Entmündigung der Bürger unseres Landes.

Solange es keine Dauerkonjunktur und Dauervollbeschäftigung gibt, solange kann von Freiheit und Selbstbestimmung Aller nicht die Rede sein. Solange zahlreiche Menschen vom Wohlfahrtsstaat abhängig sind, gibt es nicht nur keine Freiheit, sondern – schlimmer noch – wird der Freiheitswille abgestumpft. »Das Ende wird sein, daß sie uns ihre Freiheit zu Füßen legen und rufen: macht uns zu Knechten, aber macht uns satt.« (Dostojewski). Solange unser gesamtes Bildungswesen letztlich vom Staate und von Parteipolitikern bestimmt wird, kann es den jungen Menschen nicht zu Freiheit, Selbstständigkeit, Selbstverantwortung, Spontaneität, Phantasie, Kreativität und – daraus resultierend – Glück verhelfen. »Wisset, daß das Geheimnis des Glücks die Freiheit, das Geheimnis der Freiheit aber der kühne Mut ist« – wie weit sind wir von diesem stolzen Wort des Perikles von Athen entfernt!

Darüber können auch nicht Parolen wie »Freiheit statt Sozialismus« hinwegtäuschen. Ehrlicher wäre etwa: »Kapitalismus oder Staatsbürokratie«. Dann wäre wenigstens sichtbar geworden, daß beide dem *Menschen* nicht helfen können.

*

Deshalb müssen wir nach Wegen suchen, wie wir zu einer Gesellschaftsordnung größerer tatsächlicher Freiheit und Selbstbestimmung Aller gelangen können.

Eine Vorbemerkung: die vielfach anzutreffende Meinung, es komme nicht auf die Ordnung als solche an, sondern nur auf die Entwicklung des Gut-seins der Menschen, geht an der Wirklichkeit vorbei. Der Mensch steht von seinem Beginne an stets zwischen Gut und Böse, zwischen Wahrheit und Triebhaftigkeit, zwischen dem, was die »göttliche« Ordnung der Dinge verlangt, und den Versuchungen, die das »irdische« Leben an ihn heranträgt und ihn zu egoistischem, selbstsüchtigem Handeln veranlaßt. Der Gedanke der »Prästabilierten Harmonie« der Aufklärung gilt nicht für das Denken und Tun der Menschen. Deshalb muß eine an der »Wahrheit der Dinge« orientierte Lebens- und Rechtsordnung den Menschen darin unterstützen, gut und gerecht zu handeln. Auf solcherart »Ordnungs«-Politik kommt es daher an. »Ordnung«, hergeleitet von »ordo«, entspricht dem Griechischen »Kosmos« und meint die Analogie zur christlichen »Göttlichen Weltordnung«. »Me reges regnant« – die Könige, das heißt die Heilige Dreifaltigkeit, möge mich leiten – so steht es auf der altdeutschen Kaiserkrone Ottos I. von 962. Darum geht es also: die »richtige« Rechts-Ordnung zu suchen, zu erkennen und wirksam werden zu lassen.

Wie aber erkennen wir diese? Der »Pluralismus« unserer Tage kennt gar nicht mehr eine allgemeine, verbindliche, unerschütterliche Wahrheit. Für die Pragmatiker gar ist Wahrheit das, was wirkt, was Erfolg bringt – so William James und John Dewey. Sir Charles Popper ist ebenfalls Pragmatiker.

Und für Behavioristen wie B. F. Skinner gibt es Freiheit und Würde überhaupt nicht. Anders dagegen etwa Romano Guardini und Josef Pieper, die, von Sokrates und Thomas von Aquin ausgehend, darauf hinweisen, daß das Seiende, das Wahre vom Menschen erfaßt, erkannt werden kann; daß der Mensch sich mit der Wahrheit verbinden kann. Diese erkenntnistheoretischen Ansätze zu verfolgen, wie es vor allem Diether Vogel getan hat, das muß daher unsere Aufgabe sein. Auf das Denken kommt es entscheidend an!

Das Denken in Frage zu stellen, ist abwegig, da dies nur wiederum mittels des Denkens geschehen könnte. Man kann aber nicht ein Mittel des Erkennens, das Denken, dazu benutzen, zu beweisen, man könne nicht denken. Wie aber kommt die Erkenntnis zustande? Hier der Mensch, das Ich – dort die Welt, das zu Erkennende. Es handelt sich also von vornherein um eine Polarität.

Die beiden Pole sind a priori funktional miteinander verbunden, und das Verbindende, das Ich, ist a priori über jede subjektive und objektive Bestimmtheit erhaben. Alles Denken wird durch das Ich bewirkt. Was das Ich »denkt«, ist wesensgleich mit dem Geistig-Gesetzhaften im Objekt. Denken heißt »sehen«, das Gesetz im Objekt sehen; heißt, die im Objekt verborgenen Gedanken offenbar machen, gewissermaßen »erzeugen«. Der vom Ich gedachte Gedanke ist *derselbe* Gedanke, der im Objekt lebt. Das Denken ist somit *das* Mittel des Menschen, Wahrheit zu erkennen.

Das Denken ist, wie bei Thomas von Aquin und schon bei Sokrates und Plato, die erste der vier Kardinaltugenden, die »*Tugend der Klugheit*«. Es ist schon bei Thomas der Sinn der »Tugend der Klugheit«, der Sinn des Denkens, daß die »sachliche Erkenntnis der wahren Wirklichkeit maßgebend werde für das Tun« des Menschen (Pieper). Mithin ist die »Tugend der Klugheit« der »Inbegriff ethischer Mündigkeit« und damit zugleich der »Inbegriff der sittlichen Freiheit« (Pieper), die ihre Krönung findet in der Entdeckung des selbstbewußten *Ich*. Jetzt erst ist die volle Autonomie des Menschen gewährleistet.

Unser Denken also macht uns frei. Auch dieser Satz kann noch gesteigert werden im Sinne des Apostels Paulus, der ausgesprochen hat: »Wir sind frei, insofern wir durch Christus frei geworden sind« (5. Paulus-Brief an die Galater), das heißt: das Ich in uns macht uns zu wahrhaft freien Wesen.

Unter *Freiheit* ist also nicht – gemäß der landläufigen Meinung – das Handeln aus nur individualistischen Impulsen und selbstbestimmten Motiven, also aus Willkür, zu verstehen, sondern selbstbestimmtes Handeln ist nur dann wirklich frei, wenn es aus Einsicht in den Zusammenhang des wahren Wesens des Ichs mit dem Weltganzen erfolgt.

Da aber nun Wahrheitserkenntnis wenigstens prinzipiell von jedem anderen Menschen nachvollzogen werden kann, ist die Freiheit die wahre Grundlage der menschlichen Gemeinschaft. Die Freiheit findet also gerade nicht

eine Grenze an der Freiheit des anderen, wie immer wieder behauptet wird, sondern gerade umgekehrt: die Freiheit verbindet die Menschen miteinander auf der Basis der Einsicht in das wahre Wesen der Dinge. In der Wahrheitserkenntnis sind wir Freie und *Brüder* zugleich.

*

Welches sind nun die gesellschaftlich-rechtlichen Bedingungen, unter denen der Mensch zu selbständigem Denken und dadurch zu Wahrheitserkenntnis gelangen kann?

In der Gesellschaft muß Gerechtigkeit herrschen. Nicht umsonst ist die »Tugend der Gerechtigkeit« die zweite der Kardinaltugenden schon bei den Alten. Dem Akt der Gerechtigkeit aber liegt das *Recht* voraus. Das Recht wird nicht von Menschen »gesetzt«. Das Recht kann gar nicht von Menschen »gesetzt« werden. Das Recht entsteht vielmehr mit dem »Menschen von Anfang an«. Es gibt überhaupt keinen »Akt« der Gerechtigkeit, durch den das Recht entstehen könnte – wie die Rechtspositivisten aller Richtungen glauben, wobei zumeist auch noch die Vorstellung herrscht, daß es letztlich die Macht sei, die das Recht begründe. Das Recht tritt vielmehr mit dem Menschen in die Welt. Das Werden des Menschen aber liegt jenseits jeder menschlichen Einflußmöglichkeit (denken wir dabei einmal an den Streit um den § 218) und ist mithin für niemanden verfügbar.

Hier besonders taucht also die Frage nach dem *Menschenbild* auf, und es ist offensichtlich, daß vor allem hier die Einbruchsstelle des Marxismus-Materialismus und des Totalitarismus ist, wie überhaupt die aller Weltanschauungen, wo der Mensch das Wahrheitsverhältnis verloren hat (im Agnostizismus, Skeptizismus, Relativismus, Subjektivismus, Pragmatismus, Behaviorismus, Pluralismus). In ihnen tritt etwas viel radikaler Unmenschliches zutage als in der bloßen Ungerechtigkeit.

Weil der Mensch ein geistiges, in sich ganzes, ganz und gar ursprüngliches und um seiner eigenen »Bildung« willen existierendes Ich-Wesen ist, darum steht ihm, schon bei Thomas, ein »suum« zu, ein gegen jedermann vertretbares, unveräußerliches, jeden Partner verpflichtendes Recht. Jedem das Seine! Als Mensch schlechthin, weil er schlechthin i s t, ein Ich – ich bin, weil ich bin (Schelling) –, darum hat der Mensch »sein Recht«. Freilich hat er als solcher aber auch die unabdingbare Verpflichtung, dem »Anderen« das diesem »Zustehende« ebenfalls zuzugestehen.

*

Die Gerechtigkeit hat es also vornehmlich mit dem Anderen zu tun. *Justitia est ad alterum*. Es geht einmal um des »Anderen« Sein, um des »Anderen« Recht, das der jeweils »Anderen« von dem »Einen« fordern kann. Und es geht um die »Einen«, die den »Anderen« das diesen Geschuldete zu gewähren haben. Diese »Einen« also sind die Verpflichteten. Darauf, daß wir, die »Einen«,

gerecht handeln – darauf kommt es an!

Wer ist aber nun der jeweils »Andere«? in einem Gemeinwesen herrscht dann Gerechtigkeit, wenn die drei Grundverhältnisse, die drei fundamentalen Strukturen geordnet, »richtig« in »Ordnung« sind:

1. die Beziehungen der Einzelnen zueinander,
2. die Beziehungen des Sozialen Ganzen zu den Einzelnen,
3. die Beziehungen der Einzelnen zum Sozialen Ganzen.

Diesen drei Grundverhältnissen entsprechen (bereits nach Thomas von Aquin) *drei Grundformen der Gerechtigkeit*:

1. Die »Ausgleichende« Gerechtigkeit (*justitia commutativa*),
2. die »Zuteilende« Gerechtigkeit (*justitia distributiva*),
3. die »Allgemeine« Gerechtigkeit (*justitia generalis*).

Diese drei Grundformen der Gerechtigkeit sind gekennzeichnet durch eine jeweils unterschiedliche Gestalt des »Geschuldeten«:

1. Der jeweils Einzelne schuldet seinem jeweiligen Partner als Gegenleistung zu dessen Leistung eine Leistung von gleichem »Gewicht«, von gleichem Wert. Es muß also »Gleichheit im Geben und Nehmen« (Aristoteles), »Tauschgerechtigkeit« (Thomas von Aquin), »Gegenseitigkeit« (Proudhon) zwischen den beiden Partnern herrschen. Und eben hierdurch entsteht jene *Brüderlichkeit*, die als die große, noch unerfüllte Forderung seit der Französischen Revolution von 1789 über dem Wirtschaftsleben steht.

2. Das Soziale Ganze – manifestiert im modernen Rechtsstaat – schuldet den Einzelnen die Anerkennung und Garantie ihrer unabdingbaren, unveräußerlichen Rechte, wobei es nur *einen* Maßstab dafür geben kann: die *Gleichheit*. Nur wenn alle die gleichen Rechte genießen, wenn alle vor Gesetz und Gericht gleich behandelt werden, wenn alle die gleichen Freiheitsrechte auch tatsächlich immer und überall in Gesellschaft, Staat, Bildungswesen und – vor allem – Wirtschaft besitzen und in Anspruch nehmen können, herrscht Gerechtigkeit im Lande. Nur wo Gesetze herrschen (und nicht Menschen!), die für alle gleich sind und die allen gleicherweise tatsächlich zugute kommen, herrscht auch Freiheit. Nur da ist die Grundbedingung für die Entfaltung des Menschen zur sittlichen Freiheit gewährleistet.

Der Begriff der »Zuteilenden Gerechtigkeit« besagt des weiteren, daß das Soziale Ganze den Einzelnen den ihnen »zustehenden« Anteil am *bonum commune* gewähren muß. *Bonum commune* meint nicht materielle geschaffene Güter, sondern das Allgemeine Beste und vornehmlich die Rechte, die vom Sozialen Ganzen wahrgenommen werden müssen: das Grund- und Bodenrecht, die Rechtsordnung des für die arbeitsteilige Wirtschaft so wichtigen Geld- und Währungswesens, das Arbeitsrecht, die Ausgestaltung des Staatsrechts mit der immerwährenden Problematik der richtigen Austeriarierung der drei Gewalten Gesetzgebung, Regierung, Rechtssprechung.

Der Begriff der »Zuteilenden Gerechtigkeit« ist mithin praktisch identisch mit dem modernen Begriff des Staatsgrundgesetzes, der staatlichen Verfassung und der darauf aufbauenden parlamentarisch-demokratischen Gesetzgebung. Auf das Grundgesetz also und – mehr noch – auf dessen durchgängige Verwirklichung, die Verfassungswirklichkeit, kommt es entscheidend an.

3. Die Einzelnen schulden dem Sozialen Ganzen den Einsatz ihrer besten Kräfte, ihres ganzen Könnens, das heißt, da der Mensch »Person« ist, zum Erkennen befähigt, vor allem das Hereinholen von Wahrheit aus der wirklichen Welt des Seins herein in unsere irdischen gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Einzelne schuldet dem Ganzen »Kultur«, Pflege des Wahrheitsgemäßen in allen Dingen, vor allem auch in der Frage der Bildung der Menschen – jeden nach dem ihm innewohnenden »Gesetz«. »In jedem lebt ein Bild deß, der er werden soll, solange er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll.« Der Bereich der »Allgemeinen Gerechtigkeit« hat es also mit dem Geistesleben, mit der Kultur, mit dem Bildungswesen zu tun. Hier muß, damit das Denken und Erkennen wirklich frei, unbeeinflußt von Interessen welcher Art auch immer, erfolgen kann, auch äußere, äußerliche, politische *Freiheit* und Unabhängigkeit herrschen. Damit sich der Mensch als individuelles Wesen, als Ich voll entfalten kann, damit er seinen wahren innersten Impulsen folgen kann, damit er zur Ich-Freiheit gelangen kann, bedarf er des Freigelassenwerdens von der Gesellschaft, von der Wirtschaft, vom Staate, von allem, was ihn irgendwie »fremdbestimmen« könnte. Selbst Thomas von Aquin forderte schon (wiewohl er sich gewiß noch nicht zu einer Ich-Philosophie etwa im Sinne Schellings frei machen konnte): »Das Gemeinwohl bedarf der Tugend der Klugheit« der Menschen. Die »Tugend der Klugheit« aber führt zur inneren Freiheit. Erlangt aber werden kann die »Klugheit«, die Wahrheitserkenntnis, nur durch die unbehinderte, äußerlich freie geistige Aktivität des Einzelnen.

Damit schließt sich gewissermaßen der Ring: Selbstlosigkeit ermöglicht uns – durch das Üben der »Tugend der Klugheit«, durch das Denken – die Erkenntnis der wahren Wirklichkeit. Die Erkenntnis der Wirklichkeit, das Erlangen der Wahrheit macht uns frei. Die Freiheit setzt uns in den Stand, unsere Um- und Mitwelt wahrheits-, wirklichkeitsgemäß zu gestalten, zu »ordnen«, Rechtsordnung zu errichten.

Durch Denken also zur Erkenntnis. Durch Erkenntnis zur Freiheit. Durch Freiheit zur rechten Ordnung. Und durch die Ordnung wiederum zur Freiheit.

*

Das aber bedeutet ein Dreifaches:

Nur wenn in unserem Lande das *Bildungswesen* von den Fesseln der staatlichen Bürokratie und des unmenschlichen, pädagogikfeindlichen, jede Eigeninitiative abtötenden Berechtigungswesens befreit wird, können wir hof-

fen, daß mehr gebildete, freie, innerlich selbständige Menschen in die Gesellschaft und in die Öffentlichkeit aktiv eintreten und diesen Bereichen Impulse geben, ohne die eine freiheitliche Entwicklung in die Zukunft nicht möglich ist.

*

Nur wenn in unserem Lande durch eine konsequente Fortentwicklung des Montesquieu'schen Prinzips der Gewaltenteilung und des Freiherr von Stein'schen Selbstverwaltungsgedankens der ur-demokratischen Forderung der Selbstbestimmung in allen Angelegenheiten, von denen die Menschen irgendwie unmittelbar oder mittelbar betroffen sind, wieder Folge geleistet und das föderalistische *Subsidiaritätsprinzip* voll zur Geltung gebracht wird, können wir hoffen, daß die derzeitige Lethargie und Staatsverdrossenheit überwunden wird und die Menschen wieder zu aktiver, freudiger Mitarbeit am Auf- und Ausbau unserer Kulturgemeinschaft Bundesrepublik Deutschland mitwirken.

Und wenn in unserem Lande durch eine entsprechende *Währungsordnung* die Voraussetzung geschaffen wird für Dauerkonjunktur und dadurch Dauervollbeschäftigung sowie für Geldwertstabilität im Wirtschaftsleben, können wir zu jener Gegenseitigkeit oder Tauschgerechtigkeit gelangen, die den Menschen die tatsächliche Freiheit und Chancengleichheit in allen Bereichen unseres Gesellschaftslebens gewährleisten die die Bedingung des sozialen Friedens sind. Damit erst können alle Menschen wirklich ihren eigenen Zielen nachgehen und die entwürdigende Entfremdung überwinden, die sie heute in so vielen Bereichen erleiden müssen.

Nur wenn in unserem Lande durch eine entsprechende *Bodenordnung* die Voraussetzungen geschaffen werden, daß eine sinnvollere Land- und Städtebebauung möglich wird und die Belastung aller Lebensgüter mit Grundrente nicht mehr in die Taschen einer Minderheit fließt, sondern der Allgemeinheit zugute kommt, werden wir auch auf diesem Gebiete zu größerer Gerechtigkeit für alle gelangen und zu Entfaltungschancen für viele Menschen, von denen wir heute noch kaum etwas ahnen können.

*

Vergleichen wir nun diese – von ihrer Verwirklichung freilich noch unendlich weit entfernte – Idee der freiheitlichen Gesellschaftsordnung mit den Grundvorstellungen sowohl des Marxismus-Leninismus als auch des »real existierenden Sozialismus«, so wird ohne weiteres ersichtlich, daß es sich dort um eine schlechthin andere Welt handelt. Gott und Geist sind gewissermaßen offiziell abgeschafft. Damit aber wird der Bezugsgrund letztlich allen Lebens radikal geleugnet. Der Mensch wird weder als »Person« gesehen, durch die der Urgrund des Seins »zu Wort« kommen kann, noch wird er gar als zur Freiheit berufene Individualität, als ursprüngliches Ich erkannt, dessen Würde

unantastbar und dessen Rechte unveräußerlich sind. Er wird vielmehr degradiert zu einem unselbständigen Glied im sozialistisch-kommunistischen Kollektiv, das von einer Kaste der »Wissenden«, von einer allmächtigen Funktioniärshierarchie beherrscht wird, deren Ziel nicht die Herbeiführung eines Zustandes der Gerechtigkeit oder gar der Freiheit ist, sondern die Ausweitung der Macht des kommunistischen Systems, gipfelnd in der Allmacht des ZK der KPdSU. Der Staat und seine Bürokratie sind derart allgegenwärtig, daß von einem noch so bescheidenen Freiraum, von einer Privatsphäre des Menschen so gut wie keine Rede sein kann. Die Gedanken der Herrschenden sind die absolut herrschenden Gedanken. Jede Abweichung wird mit äußerstem Argwohn verfolgt und praktisch unmöglich gemacht. Ich und Kollektiv – das ist der absolut äußerst denkbare Gegensatz.

Freilich, es besteht kein Zweifel darüber, daß der Westen selbst es ist, der es zu diesem unversöhnlichen Gegensatz hat kommen lassen und der noch immer weiter dazu beiträgt, daß dem Marxismus-Kommunismus immer wieder aufs neue Impulse von erheblicher Kraft zufließen – weil er nicht bereit ist, den Kapitalismus und die sich daraus ergebenden Ungerechtigkeiten zu überwinden; weil er nicht bereit ist, die Rechte der Menschen unbedingt über jegliche Art von Interessen zu setzen; weil er nicht bereit ist, den Menschen, das Ich und dessen Freiheit zum unverrückbaren Maßstab all seiner Bemühungen um die Ordnung des menschlichen Zusammenlebens zu machen. Wir selbst wären schuld daran, wenn eines unseligen Tages unsere zur Errichtung einer freiheitlichen, menschenwürdigen Ordnung berufene Gesellschaft ausgelöscht werden sollte. Deshalb dürfen wir uns durch niemand und nichts davon abbringen lassen, dieses Ziel der Errichtung einer freiheitlichen Ordnung von *Wirtschaft, Staat und Kultur beharrlich zu verfolgen.*

Buchbesprechung

»Die währungs- und wirtschaftspolitischen Einflüsse der Elemente der Geldmenge auf die Stabilität der inneren Kaufkraft des Geldes.«*

I.

Der lange kompliziert klingende Titel läßt eine sehr spezielle und recht schwierige geldtheoretische Untersuchung erwarten. Aber das Buch leistet sehr viel mehr, als dieser den Kern der Untersuchung exakt beschreibende Titel verspricht. Nach meinem Urteil würde es den sehr viel kürzeren, aber anspruchsvollen Titel verdienen: »Die Lehre vom Geld« – und zwar wirklich »die Lehre« und nicht »eine Theorie« zusätzlich zu den zahllosen, schon existierenden Geldtheorien, die den Leser mehr verwirren als unterrichten und den Sachverhalt mehr komplizieren als klären.

Ausgehend von der Entstehung des Geldes als *Tauschmittel* auf dem Warenmarkt wendet der Verfasser diese einfache und einleuchtende Vorstellung von Wesen und Funktion des Geldes auf die komplexe Wirklichkeit von heute, auf die noch komplizierteren wissenschaftlichen und die oft irreführenden banktechnischen Theorien an. (Zu Recht kritisiert er die »bankinterne Brille, deren Weitsicht nicht einmal bis auf den Marktplatz vor dem Bankgebäude reicht«, S. 91). Mit größtmöglicher Exaktheit und umfassendem Wissen entwickelt er das Gefüge der einschlägigen Begriffe und Relationen aus Wirtschaftstheorie, Währungsverfassungen und Banktechnik, unterbaut sie mit einer Fülle statistischen Materials in

ausführlichen Tabellen (vorwiegend aus der Wirtschaft der Schweiz für die Jahre 1950–1977) und veranschaulicht sie durch zahlreiche schematische und graphische Darstellungen. Schon dieses Daten-Material allein lohnt reichlich die Anschaffung des Buches; es erweist sich als reiche Fundgrube von Sachinformationen, die vor allem zur Untersuchung von Relationen und Überprüfung von Hypothesen unentbehrliche Dienste leisten.

Die Klarheit und Einfachheit der Ausgangsposition bewährt sich glänzend in der Bewältigung der scheinbar verworrensten Zusammenhänge, führt zu einleuchtenden Lösungen so mancher in der Wissenschaft bisher heftig umstrittener Probleme und zur Auflösung so merkwürdiger Scheinprobleme wie die angebliche »Schöpfung« von Geld und Kredit in vermeintlich störender Konkurrenz zur Notenbankpolitik. Das Verständnis der logisch schlüssigen und, soweit irgend möglich, zugleich anschaulichen, sprachlich leicht verständlichen Darstellung wird noch wesentlich erleichtert durch hervorragende drucktechnische Gestaltung und durch optisch wirksame, didaktisch geschickte Aufgliederung der besonders informationshaltigen Sätze (Definitionen; Untersuchungsergebnisse). Daher eignet sich das Buch vorzüglich für den *Studien-Anfänger*, aber ebenso auch zur *Vertiefung*, teilweise *Berichtigung* einer

* Hans Hoffmann, »Die währungs- und wirtschaftspolitischen Einflüsse der Elemente der Geldmenge auf die Stabilität der inneren Kaufkraft des Geldes«, Zürich 1978, 117 S., DM (sfr) 8.-, Chr. Gauke Verlag, Postfach 1225, 3510 Hann. Münden.

bereits fundierten Fachkenntnis, da »eine ganze Anzahl Gedanken und Darlegungsmethoden neu entwickelt« sind und – wie dieser Feststellung des Vorwortes hinzugefügt werden darf – in der Tat neue Einsichten vermitteln.

II.

Zur inhaltlichen Würdigung sei aus der Fülle des Gebotenen und Geleisteten die wichtigste Neueinführung herausgegriffen, die vermutlich kontroverse Diskussionen auslösen wird, nämlich die Einführung des aus der Technik auf das Geldwesen übertragenen Begriffes »Wirkungsgrad« zwecks Modifizierung (nämlich »Berichtigung«) der in mathematische Formel (»Verkehrsgleichung«) gefaßten Quantitätstheorie des Geldes. Es handelt sich um den für die ganze Untersuchung grundlegenden Erkenntnisweg von der Definition des Begriffes »Geld« zum Währungsproblem der stabilen Kaufkraft. Nach vorläufigen Definitionen des Geldes aus seiner Entstehungsgeschichte und speziell des Bargeldes durch exakte funktionale Kriterien ergibt sich der folgende Dreischritt zur Wesensbestimmung:

1. Die funktionale Definition des Geldes betont dessen Eigenschaften als Tauschmittel und Wertmesser (richtiger: »Wertvergleich« nach Hoffmann) mit Ablehnung der widersprechenden Sparmittel-Eigenschaft. 2. Die juristische Definition nennt die drei Wesensmerkmale: Legitimation durch eine für das Sozialprodukt erbrachte Leistung (»Leistungsdeckung« des Geldes); Rechtsanspruch auf eine äquivalente Gegenleistung aus dem Sozialprodukt; die Verpflichtung, diesen Anspruch auch unverzüglich geltend zu machen oder einem anderen zu diesem Zweck zeitweise zu übertragen. 3. Die währungs- und wirtschaftspolitische

Definition kennt als das entscheidende Kriterium die Fähigkeit, durch wirksame Nachfrage in der Marktwirtschaft preisbildend und niveaupreisbildend zu wirken.

Hieraus ergibt sich eine einfache Lösung des in der Geldtheorie immer wieder umstrittenen Problems, die Grenze zwischen Geld und Kapital zu bestimmen trotz des fließenden Überganges zwischen den »Elementen der Geldmenge« bei Einschluß der »geldnahen, geldähnlichen und geldfernen« Elemente (hier in etwas vereinfachter Wiedergabe): N = Noten- und Münzen-Emission; B = Zentralbankgeld = »monetäre Basis« (nämlich $B = N + G$, wenn G die Giralguthaben bei der Notenbank bedeuten); S = Sichtguthaben = »Buchgeld« (hieraus Geldmenge $M_1 = B + S$); T = Termineinlagen = »Quasigeld« ($M_2 = M_1 + T$); K = Kapital-Sparanlage (? $M_3 = M_2 + K$) und schließlich A = Anlagekapital (? M_4). Preisbildend ist nicht die, durch die gesamte emittierte Geldmenge B repräsentierte »potentielle«, sondern nur die ausgeübte Nachfrage*, also nur der wirksam auf dem Markt auftretende Geldmengen-Teil $b \cdot B$, wobei der Faktor b (zum Beispiel $b = 0,6$) nach Hoffmanns Definition den »Wirkungsgrad« des Bargeldes angibt*; das »gehortete«, das heißt stillgelegte Geld (also $B - b \cdot B$) kann offensichtlich nicht preisbildend wirken.

Beispielsweise errechnet Hoffmann für $B = 20$ Mia die Gesamtsumme von 8 Mia für die Kassenhaltungen auf den verschiedenen Ebenen, also die marktaktive Geldmenge $b \cdot B = 12$ Mia und

* Aus drucktechnischen Gründen werden hier die lateinischen Kleinbuchstaben b, s, t, k, a, w anstelle der vom Verfasser eingeführten entsprechenden griechischen Buchstaben verwendet; ihre vom Verfasser vorgesehene anderweitige Bedeutung, nämlich für die so gebildeten Produkte, ist für das vorliegende Buch unerheblich.

hieraus den »normalen« Wirkungsgrad 60% ($b = 0,6$). Zur »normalen« Kassenhaltung können aber auch noch spekulativ motivierte »Überschußreserven« (»Wartegeld« – von Hoffmann als »kriminelle Hortung« bezeichnet) beispielsweise bis zur Höhe von 4 Mia kommen, so daß die aktive Bargeldmenge nur noch 8 bis 12 Mia, also der Wirkungsgrad der Notenemission nur noch 40 bis 60% beträgt.

Auch die Geldmengen S und T können bis zu einem gewissen Grad marktaktiv werden, also preisbildend wirken, indem sie auf eine »höhere Liquiditätsstufe« von S in B und von T in S überführt werden; aber keinesfalls die Kapitalbildungen K und A , die zu diesem Zweck erst »remonetarisieren«, das heißt in »Geld« (»moneta« = Geldmünze) umgewandelt werden müßten. Damit ist die gesuchte Grenze zwischen Geld und Kapital eindeutig bestimmt und begründet (im Widerspruch beispielsweise zu dem erst kürzlich mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman).

Höchst interessant ist, daß Hoffmann diese Grenze trotz scheinbar fließender Übergänge auch mathematisch definieren und quantifizieren kann durch die von ihm modifizierte »Verkehrsgleichung« (Formel der bereinigten Quantitätstheorie) zur Berechnung des Preisniveaus P , nämlich:

$$P = \frac{b \cdot B + s \cdot S}{w \cdot W} \text{ und erweitert:}$$

$$P = \frac{b \cdot B + s \cdot S + t \cdot T + k \cdot K + a \cdot A}{w \cdot W}$$

zum Beispiel =

$$\frac{0,6 \cdot B + 0,9 \cdot S + 0,05 \cdot T + 0,0 \cdot K + 0,0 \cdot A}{0,95 \cdot W}$$

Dabei wurden die jeweils zugehörigen »Wirkungsgrade« b bis a der jeweiligen Geldmengen-Elemente B bis A sowie w

der Warenproduktion W eingeführt und es zeigt sich, daß t sehr klein, aber k und a noch beträchtlich kleiner, nämlich praktisch null sind.

Da die von Th. Christen eingeführte »Handels-Charakteristik« $h = \frac{s \cdot S}{b \cdot B}$ (Verhältnis des Buchgeldeinsatzes zum Bargeldeinsatz) über Jahrzehnte ziemlich konstant ist, konnte die vereinfachende und für die Geldpolitik besonders aufschlußreiche Umformung vorgenommen werden:

$$b \cdot B + s \cdot S = b \cdot B + h \cdot b \cdot B = b(1+h) \cdot B.$$

$$\text{hieraus: } P = b \cdot B \cdot \frac{1+h}{w \cdot W}.$$

Aus diesen Relationen ergibt sich für die Notenbank die entscheidend wichtige Folgerung für ihre Währungspolitik: Zur Stabilisierung der Geld-Kaufkraft oder also ihres reziproken Wertes p (Preisniveau) kann und soll im zugehörigen Bruch der Nenner $w \cdot W$ (die auf den Markt drängende Warenproduktion) kaum gesteuert werden, sehr wohl aber die zu emittierende *Notenmenge* B im Zähler des Bruches – allerdings nur dann mit währungspolitisch sicherer Auswirkung, wenn zugleich der Wirkungsgrad b beherrscht (am einfachsten: konstant gehalten), das heißt die störungsfreie *Geldzirkulation* gesichert werden kann. Eben diese Forderung ist uns bereits bei der *funktionalen* Gelddefinition als Ablehnung der Sparmittel-Eigenschaft und bei der *juristischen* Gelddefinition als Verpflichtung zur Realisierung des Anspruchsrechtes an das Sozialprodukt begegnet.

III

Sehr klar und überzeugend ist die Lösung des »Buchgeldproblems«, nämlich ob die von Privaten und Banken »geschaffenen« Sichteinlagen zusätzlich und unabhängig von der Bargeldemission der Notenbank einen währungs-

politischen Einfluß (Minderung der Geldkaufkraft) haben können. Zur Widerlegung dieser Möglichkeit benutzt Hoffmann zwei verschiedene Argumentationen, deren jede eine schon früher vertretene bestätigt und vertieft. Zum einen wird Walkers Argumentation (in »Buchgeld«) dahingehend präzisiert, daß die »primäre Preisbildung« durch die Nachfrage des Endverbrauchers und daher vorwiegend durch Bargeld geschieht, also nur mit geringer Mitwirkung des Buchgeldes zu etwa 10%, während die zu 90% vom Buchgeld bestimmte »sekundäre Preisbildung« in Handel und Industrie über Marktmechanismen an die primäre Preisbildung gebunden bleibt. Zum anderen wird auch die von mir persönlich vertretene Argumentation mittels der Produktbildung $b \cdot (1+h) \cdot B$ bestätigt. Besonders eindrucksvoll ist Hoffmanns Begründung, daß die (futuristisch faszinierende) Möglichkeit eines durch Computoren vermittelten völlig bargeldlosen Zahlungsverkehrs durch theoretische Überlegungen und erste praktische Erfahrungen (selbstverständlich in USA) widerlegt wird.

Um von Hoffmanns Verkehrsgleichung die Brücke zu der von ihm abgelehnten *Quantitätstheorie* des Geldes zu finden, setzen wir den Effizienz-Faktor der Warenproduktion $w = 1$ und deuten in den beiden Gleichungen:

$$P = \frac{b \cdot B + s \cdot S}{W} = \frac{B \cdot U}{W}$$

mit $U = b \cdot (1+h)$

die »Wirkungsgrade« b und s als »Umlaufgeschwindigkeiten« des Bargeldes B bzw. Buchgeldes S . Dabei zeigt sich, daß man nicht zwei gesonderte, von einander unabhängige »Umlaufgeschwindigkeiten« für die beiden verschiedenen Geldmengen-Arten annehmen muß, sondern daß die Einführung des bar-

geldlosen Zahlungsverkehrs in der Wirkung gleichbedeutend ist mit einer in konstantem Verhältnis erhöhten »Umlaufgeschwindigkeit« U , die nur auf das Bargeld bezogen ist. Die Stabilität des Preisniveaus P wird also bei gegebener Warenproduktion W durch die Regulierung der Bargeldmenge B und der »Umlaufgeschwindigkeit« U gesichert.

Aber Hoffmann lehnt den »Unbegriff« der »Umlaufgeschwindigkeit« ab, weil einerseits die populäre Definition als »Zahl der Handwechsel« oder als »Umschlaghäufigkeit« in ausweglose Schwierigkeiten führt (trotz der von ihm selbst angegebenen diesbezüglichen Statistiken für Sichteinlagen) und weil andererseits die wirtschaftswissenschaftliche Definition als Verhältnis des in Geldwert gemessenen Sozialproduktes $W \cdot P$ (wenn zur Vereinfachung von den Dienstleistungen einmal abgesehen wird) zur Geldmenge B , also die Defini-

tion $U = \frac{W \cdot P}{B}$ die Verkehrsgleichung

$$P = \frac{U \cdot B}{W}$$

zu einer Tautologie macht. (Das symbolische Produkt $W \cdot P$ wird als Mittelbildung aus den Produkten von Warenmengen mal Preisen bei einem repräsentativen Warenkorb gebildet).

Nun ist in der Tat die Wahl der Bezeichnung »Geschwindigkeit« für die Hilfsgrößen U sehr unglücklich gewählt, um die Einbeziehung der Zeit-Dimension im Verhältnis zwischen statischer Geldmenge (Maß: DM) und dynamischer Warenproduktion (Maß: DM pro Zeiteinheit, zum Beispiel pro Jahr oder pro Monat) auszudrücken; die Folge ist eine zusätzliche Verwirrung bezüglich des an sich schon reichlich problematischen Begriffs von U . Dagegen trifft der Vorwurf der Tautologie wohl nicht den Kern der Sache. In der Tat erweist sich die Verkehrsgleichung bei der

Schreibweise $P \cdot W = B \cdot U$ (das heißt Warenstrom = Geldstrom mit entgegengesetzter Richtung) nur im zeitlichen Mittel als tautologische Selbstverständlichkeit, während gerade die kurzfristigen Schwankungen des Geldstromes um den durch den Warenstrom bestimmten Wert als Folge von Horten und Ent-hortung (Erhöhung und Verringerung der Liquiditätsreserven) jene Störungen hervorrufen, die als deflationäre bzw. inflationäre Trends die Tendenz der Selbstverstärkung haben. (Allerdings kann es nur dann zu einer echten Inflation kommen, wenn die Notenbank diesem Druck durch Geldvermehrung nachgibt.)

Als Ergebnis dieser Überlegungen stellen wir fest, daß hinter den verschiedenen Terminologien im wesentlichen doch sachliche Übereinstimmung steht hinsichtlich der faktischen Auswirkungen einer veränderlichen »Umlaufgeschwindigkeit« bzw. eines veränderlichen »Wirkungsgrades«. Daher können wir an dieser Stelle auf eine weitere Diskussion - vor allem über den strittigen Dimensionsbegriff hinsichtlich einer Einbeziehung der Zeit-Dimension - mit gutem Gewissen verzichten.

Jedenfalls vermeidet Hoffmanns Verkehrsgleichung die mit dem gerügten »Unbegriff« verknüpfte Problematik und hat überdies noch den Vorzug der mathematischen Symmetrie, da sie auch der Warenproduktion W einen »Wirkungsgrad« w zuordnet. Normalerweise erwartet man allerdings den Wert $w=1$, während in der Regel $b < 1$ (und $s < 1$) ist, da die Waren unter Angebotszwang stehen, während die Waren-Nachfrage durch Geld-Angebot dem Ermessen des Geldbesitzers freigestellt ist. Nehmen wir für die in vereinfachter Form geschriebene Verkehrsgleichung

$$P = \frac{B \cdot b}{W \cdot w} \text{ als Beispiel } b = 0,8 \text{ statt}$$

$b = 1$ an, so ist das Preisniveau um 20% niedriger und zugleich findet 20% der produzierten Warenmenge keinen Absatz. Trotzdem muß in diesem Fall $w = 1$ gesetzt werden (die nach Absatz suchende Warenmenge), nicht etwa $w = 0,8$ (tatsächlicher Warenstrom über den Markt). Wenn aber nun zum Zweck der Preisstützung 20% der Waren vernichtet werden, so ist $w = 0,8$ und das Preisniveau $P = \frac{B \cdot 0,8}{W \cdot 0,8} = \frac{B \cdot 1}{W \cdot 1}$ wird gehalten.

Übrigens muß die oben erwähnte Unterscheidung zwischen zeitlichem Mittel und Augenblicksituation beim Wirtschaftsgeschehen ständig beachtet werden. Ein weiteres Beispiel hierfür liefert Hoffmann auf Seite 92 f. mit der Feststellung, daß bei Bildung von Sichtguthaben durch Bareinzahlung (nicht durch zusätzliche wirtschaftliche Leistung) die Summe $B+S$ (Bargeld plus Sichteinlagen) erhalten bleibe. Auch sie gilt nur für den zeitlichen Durchschnitt, nicht für jeden Augenblick (einzelner Ein- oder Auszahlungs-Akt).

Ernst Winkler

Ankündigungen

Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.

Einladung

zur 1. Jahresveranstaltung 1980
des Seminars für freiheitliche Ordnung

Beginn: Freitag, den 4. Januar 1980 um 17.00 Uhr

Ende: Sonntag, den 6. Januar 1980 um 16.00 Uhr

Tagungsort: *Gasttagung* in der EVANGELISCHEN AKADEMIE,
7325 Bad Boll, Krs. Göppingen (Autobahnausfahrt Aichelberg)
Telefon 07164/2051

Rahmenthema: Die Bedeutung der Familie für die Gesamtkultur
und die Gesellschaft

Tagungsleitung: Jürgen Rauh, Jurist, Gießen

Tagesordnung

Freitag, den 4. 1. 1980

17.00 Uhr Anreise

17.30 bis 18.30 Uhr Begrüßung
Einführung in das Tagungsthema

Dr. med. H. H. Vogel
Bad Boll

20.00 bis 21.15 Uhr Einzelmensch – Familie – Gesellschaft
– Die Sozialanthropologischen
Grundlagen der Familie –

Dr. med. E. Th. Mayer
Psychiatrische Klinik
der Universität
München

21.15 bis 22.00 Uhr Plenum

Samstag, den 5. 1. 1980

9.00 bis 10.15 Uhr Alternativen der Geburtenplanung

Eine Ärztin als Ver-
treterin der *Pro-*
Familia, Stuttgart

10.30 bis 11.00 Uhr Plenum

11.15 bis 12.30 Uhr Gruppenarbeit

15.00 bis 16.15 Uhr Mensch von Anfang an
– Die Persönlichkeit des Menschen
aus der Sicht der Embryologie –

Prof. Dr. med.
E. Blechschmidt
Direktor des Anatomic-
schen Instituts der
Universität Göttingen

- | | | |
|---------------------|--|---|
| 16.30 bis 17.00 Uhr | Plenum | |
| 17.00 bis 18.15 Uhr | Gruppenarbeit | |
| 20.00 bis 21.15 Uhr | Verfassungsrechtliche Aspekte zur
Autonomie der Familie und ihre
Einbettung in die Rechtsgemein-
schaft | <i>Prof. Dr. jur. M. Kriele</i>
Universität Köln,
Richter am Verfas-
sungsgericht des Lan-
des Nordrhein-West-
falen – angefragt – |
| 21.15 bis 22.00 Uhr | Plenum | |

Sonntag, den 6. 1. 1980

- | | | |
|---------------------|--|--|
| 9.00 bis 10.15 Uhr | Der Bevölkerungsrückgang, als
soziale Frage | <i>Klaus Jentzsch,</i>
Stuttgart,
Fachreferent für Er-
wachsenenbildung,
Landeszentrale für
pol. Bildung
Baden-Württemberg |
| 10.30 bis 11.00 Uhr | Plenum | |
| 11.15 bis 12.30 Uhr | Gruppenarbeit | |
| 14.00 bis 15.30 Uhr | Zusammenfassung der Ergebnisse | |
| 15.30 bis 16.00 Uhr | Abschließende Plenumsdiskussion
Abreise | |

– Änderungen vorbehalten –

Mahlzeiten: Abendessen 18.30 Uhr, Mittagessen 12.30 Uhr, Kaffee 14.30 Uhr

Die Auflösung unserer Gesellschaft in politische, wirtschaftliche und weltanschaulich-ideologische Einzelgruppen weist als äußeres gegenwartsgeschichtliches Geschehen auf einen Verlust an geistig-kultureller Übereinstimmung hin. Aus der Tradition der Kirchen ist keine unmittelbare Reform mehr zu erwarten – ebensowenig von unseren hohen Schulen oder gar von der Wissenschaft. Gerade die Wissenschaft hat sich, wie die gesamte moderne Zivilisation von der Faszination der Technik und dem Technisch-Machbaren längst einfangen lassen.

Ungebrochen ist alleine die Frische und Lebensbereitschaft der ständig nachwachsenden Generationen. Aber auch hier ist die pragmatisch-rationelle Denkweise bis in die einzelnen Familien vorgedrungen und bedroht die ersten und letzten Kulturquellen, aus denen heraus die Menschheit bis heute schöpft. Was für die Entwicklung in die Zukunft der Urgrund aller lebendigen Kultur – *die Familie* – bedeutet ist in Gefahr, aus dem Bewußtsein der Zeitgenossen zu verschwinden.

Die kommende Tagung möchte einen Beitrag liefern zur Überwindung der Kulturkrise. Es soll gezeigt werden, daß der Zerfall der Kultur aufgehalten werden kann, wenn wir erkennen, daß das Gemeinsame und Verbindende im Menschen selbst aufgesucht wird. In der heranwachsenden Generation haben wir die gemeinsame Wurzel sowohl unseres individuellen als auch unseres gesellschaftlichen Lebens zu sehen.

Es wird unsere Aufgabe sein, der Jugend die Lebensbedingungen, die sie braucht zu schaffen. Dazu muß die Bedeutung der Familie, ihre kulturelle und wirtschaftliche Ausstattung den ersten Rang künftiger gesellschaftspolitischer Zielsetzungen erhalten. Sie sind zur Mitarbeit herzlich eingeladen.

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

- Joachim Starbatty* Professor Dr. rer. pol., Universität Bochum
Ulrich Wagner Professor Dr. rer. pol., Fachhochschule für Wirtschaft, Pforzheim, Tiefenbronner Straße
Ernst Winkler Dr. phil., Mathematiker, Pullach bei München, Mozartstr. 6
Fritz Penserot Kirn/Nahe, Dhauner Straße

Vorankündigung für Heft 142/I 1980

- Professor Dr. phil. Johannes Flügge* Selbstüberwindung – ein Grundbegriff pädagogischer Anthropologie
Professor Dr. phil. Wolfgang v. Wartburg Über die Freiheit des Menschen
Franz Anton Schwarz Studienrat Geschichte der abendländischen Universität im Spannungsverhältnis zwischen geistiger Autonomie und staatlicher Einflußnahme

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.
Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 100 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 Weihnachten 1972

Fragen der Freiheit, Zweimonatsschrift,
Herausgeber für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll
Boslerweg 11, Telefon (07164) 2572

Preis: Jahresabonnement DM 30.-, sfr. 30.-, ö. S. 220.-
zuzüglich Versandkosten

Einzelhefte: DM 5.50, sfr. 5.50, ö. S. 37.-

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011 / BLZ 61050000

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Eckwälden/Bad Boll
Postscheckamt Frankfurt am Main 261404-602
Schweiz: 30-30731 Postscheckamt Bern
Österreich: H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll
Postsparkassenamt Wien 7939686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4
Altgeorgisch-Byzantinisches Motiv

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck Göppingen





